Rentendrama, S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 25 – 22. Juni 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Probleme verschleppen statt lösen: Kanzlerin Angela Merkel mit Innenminister Horst Seehofer im Reichstag Bild: pa

»Endspiel« auf Zeit

Die CSU muss fürchten, dass ihre Niederlage im Asylstreit bis Oktober auffliegt

Nach dem Schaukampf mit der Kanzlerin hat CSU-Chef Horst Seehofer nachgegeben. Für die CSU kann das brandgefährlich werden.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) könnte es noch bereuen, dass er den publikumswirksam ausgetragenen Asylstreit mit der Kanzlerin zum „Endspiel um Glaubwürdigkeit" aufgeblasen hat. Denn nach der jüngsten Einigung zwischen den Unionsparteien erscheint völlig offen, wie die Partie ausgeht.

Vorerst zumindest hat Söders Parteifreund und Bundesinnenminister Horst Seehofer klein beigegeben: Angela Merkel bekommt die von ihr geforderten zwei Wochen, um – angeblich – eine Lösung mit den europäischen Partnern auszuhandeln. Ein Kunststück, das sie seit drei Jahren versucht und nicht hinbekommt. Oder möglicherweise auch gar nicht hinbekommen möchte, weil der Ist-Zustand, dass die allermeisten Asylgesuche Deutschland treffen, ihren Wünschen entspricht.

Merkel wohlgesonnene Medien loben die Regierungschefin dafür, wie ruhig und planvoll sie an Lösungen arbeite, statt lautstark aufzutreten wie Seehofer. Kritiker wenden dagegen ein, dass Merkel eben genau das nicht tut, nämlich an echten Lösungen zu arbeiten. Wie in der Euro-Krise spiele die CDU-Chefin auch bei der Asylflut lediglich auf Zeit, während der sich die Probleme immer weiter verschärften.

> In zwei Wochen steht vermutlich ein bloßer Formelkompromiss an

Merkel behauptet, sie wolle die „europäische Lösung" in der Asylfrage, weil ein „nationaler Alleingang" das europäische Einigungswerk gefährde. Dabei war es Merkel, welche die europäische Einheit durch brachiale Alleingänge, erst bei der Energiewende und heftiger noch bei ihrer mit keinem Partner abgesprochenen Grenzöffnung, erschüttert hat.

Merkel hat die östlichen Partner mit ihrer Asylpolitik entfremdet. Auch beim Brexit spielte ihre Politik eine nicht unbedeutende Rolle. Die Entscheidung fiel mit 52 zu 48 Prozent. Wenn also nur zwei Prozent der Briten Merkels „Willkommen" zum Anlass nahmen, für den Austritt zu stimmen, hat die Kanzlerin den Brexit mit zu verantworten. Da mutet es fadenscheinig an, wenn Merkel heute den Kämpfer für Europas Einheit mimt.

Österreichs Kanzler Sebastian Kurz arbeitet längst an einem eigenen Netzwerk gegen den Asylmissbrauch, er hat mindestens Italien und Dänemark schon im Boot. Und die Mittelosteuropäer stehen der Wiener Linie ohnehin nahe und lehnen Merkels Asylpolitik kategorisch ab.

Möglicherweise steht in zwei Wochen also ein Formelkompromiss an, den jeder, Merkel, Seehofer und die EU-Partner, als Sieg für sich verbuchen kann. Was solche Kompromisse wert sind, hat die Erfahrung mit derlei Übereinkommen längst gezeigt: nichts.

Für die CSU wird es gefährlich, wenn dieses „Nichts" noch vor der bayerischen Landtagswahl im Oktober ins Bewusstsein der Öffentlichkeit dringt. In diesem Falle dürfte das „Endspiel um Glaubwürdig" mit einer krachenden Niederlage enden. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Zum Schaden

Vor Angela Merkel haben 29 Kanzler Deutschland regiert. Unter ihnen waren brillante und unfähige, starke und schwache, erfolgreiche und glücklose. Doch wie immer die Bilanz ihrer Amtszeit ausgefallen ist, eines ist ihnen gemein: Mit Ausnahme Adolf Hitlers, der im Wahn Deutschland in die von ihm als nationale Götterdämmerung inszenierte Katastrophe geführt hat, hat keiner von ihnen vorsätzlich zum Schaden des Landes gehandelt. Ganz anders dagegen Merkel. Auch sie hat einmal den Amtseid abgelegt. Wäre dessen Bruch strafbar, müsste Merkel bis ans Ende ihrer Tage hinter Gittern sitzen. Kaum etwas, was sie getan hat, war zum Wohle oder Nutzen des deutschen Volkes. Ihre Energiepolitik ist eine Farce, ihre Verteidigungspolitik nicht minder, und ihre Sozial- und Familienpolitik ist desaströs. Schlimmer noch: Menschen verlieren ihr Leben, weil sie Vergewaltiger und Mörder ins eigene Land gelockt hat und unbeirrbar weiter locken will. Nur auf den Erhalt der eigenen Macht bedacht und mit selbstherrlicher Attitüde hat sie systematisch die Erosion des Rechtsstaats betrieben und erheblich zur Deformation der politischen Kultur beigetragen.

Der Grund dafür ist Merkels tiefe Verachtung für das heutige Deutschland und die Deutschen. Woher diese rührt, bleibt Spekulation. Für gewöhnlich versteht sie es, diese Verachtung hinter einer sachlichen und emotionslosen Maske zu verbergen. Einmal ist ihr diese Maske für einen Augenblick verrutscht. Das war nach ihrem Wahlsieg 2013. Die Szene, wie sie sich mit vor Ekel verzerrtem Gesicht einer Deutschlandfahne entledigt, spricht Bände.

Dank Seehofer ist sie jetzt nur noch eine Kanzlerin auf Abruf. Sie ist zum Opfer ihrer eigenen Machtarroganz geworden.

»Bikulturelles Bindeglied eigener Prägung«

Deutsch-rumänische Regierungskonsultationen zu den Belangen der deutschen Minderheit

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, der zugleich Präsident des Bundes der Vertriebenen ist, hat gemeinsam mit dem Staatssekretär im rumänischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, George Ciamba, die 21. Sitzung der Deutsch-Rumänischen Regierungskommission für die Belange der Deutschen Minderheit in Rumänien geleitet.

An der Kommissionssitzung nahmen zahlreiche Akteure der deutsch-rumänischen Minderheitenpolitik teil, darunter der deutsche Botschafter in Rumänien, Cord Meier-Klodt, der Vertreter der deutschen Minderheit im rumänischen Parlament, Ovidiu Gant, der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Banater Schwaben, Peter Dietmar Leber, sowie die Bundesvorsitzende des Verbands der Siebenbürger Sachsen, Herta Daniel, teil.

Der rumänischen Delegation gehörten auch Repräsentanten der deutschen Minderheit in Rumänien an, vertreten durch den Vorsitzenden des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien, Paul-Jürgen Porr, und den Geschäftsführer Benjamin Jozsa sowie die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Jugendorganisationen in Rumänien, Adelheid Simon.

Die Delegierten brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die deutsche Minderheit einen eigenständigen Beitrag leisten könne, das gute und freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Rumänien zu stärken sowie kulturelle und zivilgesellschaftliche Brücken zwischen den beiden Ländern zu bauen.

> Bundesregierung stellt Millionen für Minderheit bereit

Die Bundesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die deutsche Minderheit zu fördern und zu stärken. Für das Haushaltsjahr 2018 sind 2,2 Millionen Euro an Fördermitteln im Haushalt des Bundesministeriums des Innern bereitgestellt. Hinzu kommen Rückflussmittel aus Darlehen zur Wirtschaftsförderung in Höhe von zirka 1,4 Millionen Euro, die 2018 erneut eingesetzt werden sollen. Das Auswärtige Amt verfügt über weitere Mittel in Höhe von über 450 000 Euro zur Förderung von Kultur und Sprache sowie zusätzliche 1,25 Millionen Euro für die Förderung von Lehrern, um deren Abwanderung ins Ausland oder in die Wirtschaft zu verhindern. Insgesamt stehen damit im Jahr 2018 rund 5,3 Millionen Euro für Zwecke der deutschen Minderheit in Rumänien durch die Bundesregierung bereit. Hinzu kommen noch Förderprogramme für Kultur, Sprache und Schulausbildung durch die Länder Baden-Württemberg und Bayern.

Schwerpunkte der Förderung sind Hilfen im sozial-humanitären Bereich durch Finanzierung von Altenheimen und Sozialstationen, Wirtschaftshilfen mittels Vergabe von Kleinkrediten an kleine Unternehmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Infrastruktur, der Siedlungsgebiete der deutschen Minderheit und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Auch die Förderung der Jugend- und Spracharbeit ist für die deutsche Minderheit ebenfalls von existenzieller Bedeutung.

Schwerpunkte der auf der 21. Sitzung der deutsch-rumänischen Regierungskommission geführten Diskussionen waren die Unterstützung des deutschen Schulsystems in Rumänien sowie die Finanzierung von Altenheimplätzen für Angehörige der deutschen Volksgruppe.

In dem Abschlussprotokoll der Sitzung unterstreichen beide Regierungen die Wichtigkeit der deutschen Gemeinschaft als „bikulturelles Bindeglied eigener Prägung und als Brückenbauer zwischen Rumänien und Deutschland". *J.H.*

MELDUNGEN

Friedrichs Rechnungen

Berlin – Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und das Geheime Staatarchiv Preußischer Kulturbesitz haben die 2011 veröffentlichte kommentierte Online-Edition der Schatullrechnungen Friedrichs des Großen (1712 – 1786) in Kooperation mit perspectivia.net, der Publikationsplattform der Max Weber Stiftung, und dem Research Center Sanssouci (RECS), um rund 1500 verloren geglaubte Belege ergänzt. Die Schatullrechnungen, die „Kontoauszüge“ Friedrichs II., sind bedeutende Quellen zu den Finanzen des Königs und zum friderizianischen Preußen überhaupt. Sie geben Auskunft über Friedrichs Ausgaben sowie seine persönlichen Vorlieben. Die rund 20000 Einzelposten sind seit 2011 auf perspectivia.net frei verfügbar; transkribiert, digitalisiert und durchsuchbar. *J.H.*

Merkels Etat abgesegnet

Berlin – Der Bundestags-Haushaltsausschuss hat den Haushaltsentwurf 2018 für die Bundeskanzlerin und das Bundeskanzleramt abgesegnet. Im Einzelplan 04 sind in diesem Jahr Gesamtausgaben in Höhe von 2,92 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind 122,4 Millionen Euro mehr als 2017 (plus 4,4 Prozent). Dem stehen wie 2017 Einnahmen in Höhe von 2,89 Millionen Euro entgegen. Erwartungsgemäß stimmten die Oppositionsfraktionen geschlossen gegen die Vorlage, nachdem sie mit zahlreichen Änderungsanträgen zu den insgesamt zwölf Kapiteln des Einzelplans gescheitert waren. Der Schwerpunkt der Anträge zielte dabei auf den Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Monika Grütters (CDU). Die Staatsministerin soll laut Entwurf in diesem Jahr mit 1,5 Milliarden Euro einen um 44,9 Millionen Euro höheren Etat zur Verfügung haben als 2017. Sowohl die AfD-Fraktion als auch die Fraktion Die Linke hatten Änderungen bei den Ansätzen für das geplante Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin vorgeschlagen. Die AfD fordert, den Gesamtansatz von 17,12 Millionen Euro zu streichen und das Projekt neu auszuschreiben. Auch die Linken fordern einen Neuanfang bei dem Projekt, haushaltspolitisch verlangt die Fraktion hingegen nur einen Sperrvermerk für den entsprechenden Haushaltstitel. 2018 sind im Entwurf für Baumaßnahmen für das Denkmal 2,05 Millionen Euro eingeplant. Grüne, AfD und FDP forderten zudem einen höheren Mittelansatz für die Digitalisierung des Filmerbes. Die FDP-Fraktion forderte zusätzliche Mittel für die Provenienzrecherche und -forschung. Zudem schlug sie vor, die im Regierungsentwurf deutlich erhöhten Mittel für die Filmförderung weniger stark anzuheben. Die AfD-Fraktion forderte zudem, dem Bundeskanzleramt für 2018 sämtliche Mittel für den Bundesnachrichtendienst (BND) zu streichen. Der Regierungsentwurf sieht für dieses Jahr Zuschüsse in Höhe von 920,4 Millionen Euro vor. Zur Begründung führte ein Vertreter der AfD aus, dass seine Partei an der Aufstellung der BND-Ansätze nicht habe mitwirken können. In dem für die Etats der Nachrichtendienste zuständigen Vertrauensgremium sitzt bislang kein Vertreter der Fraktion. Der Kandidat der AfD, Marcus Bühl, hatte in mehreren Anläufen keine Mehrheit im Bundestag erzielt. *J.H.*

Entnationalisiertes Nationalteam

»Die Mannschaft« dient als Instrument, die Integrationslüge besonders zuckrig und massenwirksam zu verbreiten

Nun rätseln sie wieder – unsere „Volksvertreter“ und deren liebedienerische Medien. Was hat die deutschen Nationalspieler Mesut Özil und Ilkay Gündogan nur geritten, sich mit dem türkischen Despoten Recep Tayyip Erdogan zu dessen propagandistischem Nutzen fotografieren zu lassen? Nicht nur notorisch böse Rechte, sondern auch Linke und Grüne wie Cem Özdemir waren zunächst empört. Erst jetzt, wo deutsche Fußballfans durch schrille Pfiffe das multikulturelle Wolkenkuckucksheim gefährden, schließen sich wieder die Reihen.



Multikulti auf dem Spielfeld: Mit den „Helden von Bern“ hat die deutsche Nationalmannschaft kaum noch etwas gemein Bild: Getty

Zwar dürfte Angela Merkel unsere Bundeskicker wohl nicht mehr wie zu Klinsmanns Zeiten in die Kabine verfolgen. Aber eine mild-gütige Staatsmutter verzeiht natürlich den beiden und wirbt um „Vergebung“ für ihre Mesuts und Ilkays, die nun die Folgen unachtsamer Äußerungen ausbaden. Dabei sei doch Gündogans Deutschland-Bekenntnis „sehr berührend“. Zuvor hatte sich auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier „ein bisschen ratlos“ gezeigt. Schließlich weiß er am besten, dass man Unliebsames nicht ausspricht.

Immerhin kennzeichnet ihn ein vermittelndes Amtsverständnis. Und so bot er den beiden quasi Resozialisierungshilfe an. Die Gegenprobe, ob umgehend ein Besuchstermin im Schloss Bellevue frei ist, falls ein Nationalspieler sein Trikot etwa auf einer AfD-Veranstaltung tragen sollte, wird dem selbsternannten „Brückenbauer“ vermutlich erspart. Denn dass eine solche Abweichung vom Mainstream wohl die Karriere beendet, ahnt jeder im Land und verhält sich entsprechend.

Weiterhin ratlos zeigt sich die durch drastische Unmutsäußerungen aufgeschreckte wie angewiderte Team-Führung des Deutschen Fuballbundes (DFB). Was erlauben sich diese offenbar wildgewordenen Fans? Man hatte doch ihren Aktionsraum seitens des DFB (à la Postdemokratie) vermeintlich abgesteckt. Sie sollten applaudieren, ständig neugestylte überteuerte Trikots kaufen, in schwarz-rot-goldener Bettwäsche schlafen oder sich entsprechend schminken. Ihr Patriotismus war also klar definiert. Und nun fordert der verhetzte Zuschauerpöbel von Millionärs- und Legionärsmentalitäten tatsächlich patriotische Identifikation und begnügt sich nicht mit dem, was im Verständnis der Funktionäre allein zählt: mit Erfolg.

Welche Einfalt! Zweifelt denn einer, dass man Nationaltrikots ebenso wechselt wie andere Hemden? Dass man hier zwar aufwuchs und profitierte, aber dennoch für die Türkei aufläuft wie etwa Nuri Sahin. Und dass, wenn Spieler wie Özil dies anders halten, vorwiegend karriereorientierte, kommerzielle Motive dahinterstehen, Entscheidungen hochbezahlter Berater. So ist das in der Tat. Tragen wir dennoch ein wenig zur Aufklärung dieser abgeklärt „Ratlosen“ bei: Özils und Erdogans Parteinahme schockiert keineswegs als schändliches Meinungsdelikt. Es gefährdet lediglich eine vom Establishment gehätschelte Integrationslüge, die per Fußball besonders zuckrig und massenwirksam verbreitet werden soll. Schon die Erdogan-Stimmen bei der letzten Volksbefragung zur Präsidialreform hätten einer Mehrheit eigentlich die Augen öffnen können. Ganz abgesehen von dem, was sich wöchentlich in Kreisligen an massiven ethnischen Konflikten abspielt und durch eine – Millionen zwecklos verschwendende – „Respekt“-Werbung lediglich willkommenskompatibel verschleiert wird.

Dass Gündogan also „seinem“ Präsidenten ein Trikot widmete, war taktisch unklug, aber keineswegs verwerflich. Vielmehr büßt er für dieses naive Outing seiner wirklichen Sympathien stellvertretend für andere. Denn wie Proteste gegen den aktuellen Bevölkerungsaustausch eigentlich vors Bundeskanzleramt und nicht vor Asylantenheime gehören, lässt sich sagen: Die Pfiffe gegen die türkischen Spieler hätten die tatsächlich Verantwortlichen treffen sollen: Bundestrainer Jogi Löw und seine Entourage.

Schließlich hat dieser höchste Fußball-„Lehrer“ ihnen offensichtlich niemals beigebracht, dass die Mitgliedschaft in einer Nationalmannschaft mehr bedeuten sollte als substanzlose Zugehörigkeit zu einem Spielkollektiv. Er ahnt wohl nicht einmal in seinen hellsten Stunden, in welch großer gesellschaftlicher Tradition seine Truppe steht, die durch den spektakulären Sieg bei der Weltmeisterschaft 1954 ihrem Land einen der erhebendsten Momente ihrer trist-traumatischen Nachkriegsmisere schenkte. Was aber nicht eingefordert wird, darf man auch nicht erwarten. Das gilt für zum Nulltarif verschleuderte Staatsbürgerschaften ebenso wie für die Vorbildfunktion Fußball spielender Deutschland-Repräsentanten.

Dass das Nationalteam seit 2015 nur mehr „Die Mannschaft“ heißt, setzt solche falschen Signale. Und ein Mannschafts-Manager Oliver Bierhoff, der Initiator dieser Etikettenbarbarei, die einem Fritz Walter wohl noch die Grabesruhe raubt, denkt mit Euro-Glitzern im Auge offenbar ausschließlich in Marketing-Kategorien. Dass man dabei wenigstens im Sinne von Corporate Identity auch Einwanderern zumuten darf, die deutsche Hymne zu singen, liegt außerhalb seines Horizonts.

Inzwischen bewegen zwar einige der Spieler aufgrund von Zuschauerprotesten kurz die Lippen. Doch man erinnert sich noch gut an die geradezu demonstrative Kluft zwischen Bio-Deutschen und Immigranten im Halbfinale 2010. Während alle Italiener ihren Nationalstolz mit Inbrunst der Welt vermittelten, sang keiner der Neudeutschen mit.

Ein verdrängtes Problem ist plötzlich sichtbar geworden. Ob es (scheinbar) wieder verschwindet, hängt einzig an den Spielresultaten. Denn Erfolg übertönt alle Dissonanzen. Sollten Siege allerdings ausbleiben, droht Ungemach. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Nation nach dem Deutschland verzückenden Kraftakt von Bern einem Sepp Herberger auch eine dann folgende lamentable Niederlageserie nachsah, war durch ein tiefes Sympathieband gefestigt. Den Jogis, Mesuts und Olivers wird man wohl weniger verzeihen.

Günter Scholdt

Der Sport ordnet sich der Gewalt unter

Die Politisierung des Fußballs hat im Vorfeld der Weltmeisterschaft zugenommen

Nach Gewaltandrohung gegen die argentinischen Spieler durch den palästinensischen Fußballverband hat Argentinien das Spiel gegen Israel in Jerusalem, das letzte vor der Weltmeisterschaft, abgesagt. Auch die deutsche Nationalmannschaft hatte im letzten Jahr ihr letztes Qualifikationsspiel gegen Aserbaidschan gegen einen verurteilten Mörder bestritten – ohne nennenswerten Protest des Deutschen Fußballbundes (DFB).

Im Jahre 1986 hatte Diego Maradona mit seiner Mannschaft in Israel gespielt und danach die WM gewonnen. Seitdem war es fast zu einer guten Tradition für die Argentinier geworden, das letzte Testspiel vor der WM-Eröffnung in Israel auszutragen. Das Freundschaftsspiel gegen Israels Nationalteam hatte ursprünglich in Haifa stattfinden sollen, war dann aber mit Unterstützung israelischer Behörden nach Jerusalem verlegt worden. Dschibril Radschub, Chef des palästinensischen Fußballverbands, hatte dazu aufgerufen, Trikots und Bilder des argentinischen Starspielers Lionel Messi zu verbrennen, was Palästinenser vor dem Trainingsgelände der argentinischen Mannschaft bei Barcelona auch taten. „Wir werden Messi, der Millionen von Fans in arabischen und muslimischen Ländern hat, persönlich ins Visier nehmen.“

Diese Drohungen, die sich auch gegen Angehörige der Fußballer richteten, haben die südamerikanischen Spieler derart beeindruckt, dass der argentinische Außenminister interveniert und das Spiel in Israel abgesagt hat. Die Palästinenser hatten ihren Gewaltaufruf gegen das Fußballspiel auch damit begründet, dass Israel palästinensisches Territorium wiederrechtlich besetzt halte und dass man von den Argentiniern die Verteidigung der Rechte des palästinensischen Volkes erwarte. Bislang wurden noch keine Sanktionen von Seiten des Weltfußballverbands FIFA gegen den palästinensischen Fußballverband bekannt.

Die Bekanntmachung der Spielannulierung hat in Israel Bedauern hervorgerufen. Israels Verteidigungsminister Avigdor Liebermann zeigte sich enttäuscht, dass wieder einmal die Gewalt sich durchgesetzt habe, auch im Fußball, der ja eigentlich die schönste Nebensache der Welt sein sollte. Dennoch hat das Amt von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu bekanntgegeben, die Gewalt sei zwar in Israel allgegenwärtig, und Israel habe gelernt, damit umzugehen, auch im Sport. Allerdings, so das Amt, sei die Freundschaft zwischen Israel und Argentinien nicht nur auf den Sport beschränkt, sondern gehe weit darüber hinaus.

Auch die Wahl der ägyptischen Nationalmannschaft der tschetschenischen Hauptstadt Grosny als Quartier hat in der Sportwelt für einen Aufschrei gesorgt. Präsident Ramasan Kadyrow hat in der autonomen russischen Republik eine Art Staatsislam eingeführt. Er verfolgt alle, die seine Religionsauslegung und seine Macht infrage stellen – von islamistischen Kämpfern über Salafisten und moderate Muslime bis zu säkularen Menschenrechtlern. Dabei scheut er nicht vor Sippenhaft zurück: Menschen werden entführt, ihre Häuser zerstört.

Die Palästinenser sind nicht die einzigen, die glauben, auch den Sport der Gewalt unterordnen zu können. Beim glanzvollen Abschluss der deutschen WM-Qualifikation in Kaiserslautern gegen Aserbaidschan wirkte ein wegen Auftragsmordes verurteilter Spieler im Team Aserbaidschans mit, ohne dass es allzu großen Protest des DFB gegeben hätte. Javid Huseynov hatte ein Jahr zuvor einen Mord an einem kritischen aserbaidschanischen Journalisten in Auftrag gegeben und war von einem ordentlichen aserbaidschanischen Gericht zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Bereits im Hinspiel gegen Deutschland im März 2017 durfte er erstmals nach seiner tatsächlich nur wenige Tage andauernden Haft wieder im Nationalteam antreten. Aserbaidschan zahlte unter anderem 80 Millionen Euro an den europäischen Fußballverband UEFA, um bei der EM 2016 prominent als Großsponsor auftreten zu können. Nicht zuletzt deshalb erhielt seine Hauptstadt Baku auch den Zuschlag als Austragungsort des Europa League Finales 2019.

Bodo Bost

Rüffel aus Rom

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz gerät immer mehr in Widerspruch zu Papst und Kirchenvolk

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Münchner Erzbischof Reinhold Marx, verliert wegen seiner oft widersprüchlichen Stellungnahmen immer mehr an Rückhalt nicht nur im katholischen Kirchenvolk, sondern auch in Rom.



Bild: pa

Zu Kreuze gekrochen: Bevor sie den Tempelberg besuchten, haben die deutschen Kirchenfürsten ihre Amtsinsignien abgelegt

Vor 15 Jahren hatte der heutige Kardinal Marx noch den Saarbrücker Theologen Gotthold Hasenhüttl als Priester abberufen, weil dieser Protestanten auf dem Ökumenischen Kirchentag in Berlin unerlaubterweise zur katholischen Eucharistie eingeladen hatte. Inzwischen macht sich Marx genau dafür stark, wofür er einst Hasenhüttl maßregelte und er wundert sich, dass er jetzt seinerseits von Papst Franziskus gemaßregelt wurde, wenn auch nicht gleich seines Amtes enthoben. Das ist nur eines der vielsagendsten Beispiele für die seltsamen Wendungen des Oberhauptes der Katholiken in Deutschland, das auch innerkirchlich, vor allem bei seinem Kölner Amtskollegen, Kardinal Rainer Maria Woelki, auf immer mehr Widerstand stößt

Der Abendmahl-Streit geht zurück ins Reformationsgedenkjahr 2017. Damals hatten Marx und Heinrich Bedford-Strohm, der Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche, die fallweise Zulassung evangelischer Partner zur Kommunion als Zeichen der Ökumene vereinbart. Auf der Frühjahrsversammlung der katholischen Bischöfe in Ingolstadt verabschiedete eine Dreiviertelmehrheit eine entsprechende Handreichung. Sieben deutsche Bischöfe, darunter fast alle Oberhirten aus Bayern und eben Woelki, erhoben allerdings Einspruch gegen die Handhabung. Am 3. Mai dieses Jahres reisten Kritiker wie Befürworter zum klärenden Gespräch nach Rom. Der Papst und der Präfekt der römischen Glaubenskongregation, Erzbischof Luis Ladaria, haben nun jenen sieben deutschen Bischöfen Recht gegeben, die Einspruch gegen die Handreichung erhoben hatten. Papst Franziskus sei „zur Auffassung gekommen“, dass die Handreichung „nicht zur Veröffentlichung reif“ sei, heißt es in dem auf Deutsch abgefassten Brief Ladarias.

Der Brief, der gleichzeitig bei der Bischofskonferenz und einigen Medien ankam, stellt eine krachende Niederlage für Marx dar, der immerhin zum engsten Beratergremium um den Papst in Sachen Vatikanbank gehört. Für Rom ist die Frage, wer zur Kommunion gehen kann, eine Frage des Glaubens und nicht der Seelsorge, weshalb sie in Rom und nicht in Deutschland entschieden werden müsse. Die zuständigen Behörden, so heißt es in dem Brief, arbeiteten schon an der Klärung der Fragen auf weltkirchlicher Ebene. Dass dabei eine Lösung im Sinne des Münchner Kardinals herauskommt, ist sehr unwahrscheinlich, immerhin ist das Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken nirgendwo so gut wie in Deutschland.

Der Papst erwartet von den deutschen Bischöfen, dass diese selbst „im Geist kirchlicher Gemeinschaft“ eine möglichst einmütige Regelung finden. In Ausnahmefällen, so Woelki, sei die Kommunion für Protestanten in Ordnung, doch dürften „pastoral begründete Ausnahmeregelungen nicht als neue Normen festgeschrieben werden“. Woelki argumentiert weiter, Kommunionempfang und Kircheneinheit hingen unmittelbar zusammen. Für konfessionsverschiedene Ehepartner gelte es, „den Schmerz der Kirchenspaltung auszuhalten“.

Der Papst riet einem gemischtkonfessionellen Paar in Rom, zu beten, und dann dem eigenen Gewissen zu folgen. Kein Pfarrer und auch nicht Woelki wird sonntags in der Messe fragen, welcher Konfession er ist.

Zu Beginn seiner Amtszeit als bayerischer Ministerpräsident hatte Markus Söder als Bekenntnis zu den Werten des christlichen Abendlandes entschieden, dass ab 1. Juni in allen bayerischen Amtsstuben Kreuze aufgehängt werden sollen. Obwohl die Mehrheit der bayerischen Bevölkerung hinter ihm steht, erntet er gerade von höchsten Kirchenvertretern, allen voran wiederum Kardinal Marx, also gerade von denen, von denen man es am wenigsten erwartet hätte, starke Kritik. Diese sehen im Kreuz nur ein religiöses und kein kulturelles Symbol. Allerdings hatten Marx und Bedford-Strohm 2016 im Vorfeld des Reformationsgedenkjahres bei einem Besuch auf dem Jerusalemer Tempelberg und im Felsendom gerade ihre Brustkreuze verdeckt, weil sie in ihnen eine über das religiöse hinausgehende kulturelle Symbolik anerkannten. Sie hätten, so ihre Begründung damals, mit diesem religiösen Symbol islamische Würdenträger nicht vor den Kopf stoßen wollen, weil Jesus ja auch ein Prophet des Islam gewesen sei.

Auch für seine Kritik am Kreuz in bayerischen Amtsstuben bekam Marx just beim Antrittsbesuch Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten am 1. Juni in Rom einen Rüffel. Den Papst stören nämlich Kreuze in Amtsstuben überhaupt nicht. Für ihn ist ein Kreuz ein Bekenntnissymbol, was eigentlich auch ein Kardinal wissen müsste.

Diese beiden Beispiele zeigen, dass Kardinal Marx mit seinem kirchenfürstlichen Gehabe immer mehr am Willen einer Mehrheit seines Kirchenvolkes aber auch seinen römischen Vorgesetzten vorbei handelt. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Kirchenasyl nimmt zu

Nürnberg – Im vergangenen Jahr wurden dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) über 1500 und im ersten Quartal 2018 bereits über 500 Fälle von Kirchenasyl gemeldet. Bei den Kirchenasylfällen handelt es sich laut Bamf „fast ausschließlich um Dublin-Verfahren, bei denen bewirkt werden soll, dass das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt und von einer Überstellung in den eigentlich zuständigen Mitgliedstaat abgesehen wird“. *J.H.*

WASt soll ins Bundesarchiv

Berlin – Die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (Wehrmachtauskunftstelle, WASt) soll ins Bundesarchiv überführt werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor. Die WASt nimmt Bundesaufgaben wahr und wird vollständig vom Bund finanziert. Mit der Deutschen Einheit seien die Gründe für die Sonderstellung der Dienststelle entfallen. Da die Unterlagen der Dienststelle perspektivisch zu Archivgut würden, sei die Übernahme in das Bundesarchiv zudem eine sachgerechte Lösung, heißt es zur Begründung. Die am 26. August 1939 zur Registrierung sämtlicher Personalverluste der Streitkräfte gegründete WASt ist die letzte noch existierende Dienststelle der Wehrmacht. 1951 wurde sie durch Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Berlin zur Landesbehörde umgewandelt und der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales unterstellt. Ihr Bestand umfasst zu mehr als 18 Millionen Personen Datensätze, die der Klärung von Soldatenschicksalen sowie von zivil-, personenstands- oder rentenrechtlichen Fragen und der Erfassung von Kriegsgräbern dienen. *J.H.*

Erstes Aufbegehren

An der Fernuniversität Hagen regen sich Stimmen gegen den Gleichstellungswahn

Die hierzulande immer mehr ausufernde Gesetzgebung zum Zwecke der „Gleichstellung“ von Männern und Frauen erweist sich zunehmend als weltfremd und antidemokratisch. Ein aktuelles Beispiel hierfür liefert die Fernuniversität in Hagen.

Um Personengruppen wie Berufstätigen, Behinderten und Inhaftierten die Möglichkeit eines Fernstudiums einzuräumen, wurde 1974 im nordrhein-westfälischen Hagen die Fernuniversität (Eigenschreibweise: FernUniversität) gegründet. Diese hat sich seitdem zur größten deutschen Hochschule entwickelt, an der aktuell über 74 000 Studenten eingeschrieben sind. Zu den Absolventen der Fernuniversität gehören unter anderem Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD).

Um ihr gesetzlich garantiertes Mitbestimmungsrecht auszuüben, entsenden die Studenten, das wissenschaftliche und das sonstige Personal der Alma Mater Vertreter in diverse akademische Gremien. Diese werden in regelmäßigen Abständen gewählt – zuletzt geschah das im März dieses Jahres. Damals ging es um die studentischen Sitze im Senat sowie den Räten der Fakultäten Kultur- und Sozialwissenschaften, Mathematik und Informatik, Wirtschaftswissenschaft sowie Rechtswissenschaft. Hierbei kam es zum Eklat, worüber jetzt ein Artikel in der „Zeitschrift der Studierendenschaft der FernUniversität in Hagen“ namens „Sprachrohr“ berichtet. Der Beitrag mit dem Titel „Quo vadis, FernUniversität? Verhinderung von demokratischen Entscheidungen“ stammt von dem Studenten Andreas Konopka, der bereits über einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss in Wirtschaftswissenschaften verfügt und an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Bielefeld arbeitet. Er schildert, wie die Universitätsleitung dafür sorgte, dass die Liste „RCDS und FSA – Freie Studentische Allianz und Christdemokraten/Gemeinsam für ein besseres Studium“ sowohl von der Wahl zum Senat als auch zum Fakultätsrat Kultur- und Sozialwissenschaften ausgeschlossen wurde.

Gemäß dem Landesgleichstellungsgesetz und dem Hochschulgesetz von Nordrhein-Westfalen müssen akademische Gremien „geschlechtsparitätisch besetzt“ werden. Andernfalls „ist das jeweilige Gremium unverzüglich aufzulösen“. Unter Berufung auf diese Regelungen verwehrte die Leitung der Fernuniversität der Liste RCDS und FSA die Zulassung. Wobei diese es nicht etwa versäumt hatte, genügend weibliche Kandidaten für die zu vergebenden Sitze aufzustellen. Vielmehr vergaß eine der 30 zur Wahl stehenden Studentinnen, explizit zu erklären, dass sie mit ihrem Listenplatz hinter einem männlichen Kommilitonen einverstanden sei. In Reaktion auf die Entscheidung der Hochschule versuchten die Freie Studentische Allianz und die Christdemokraten, die Wahl gerichtlich stoppen zu lassen, was aber scheiterte. Die ausgeschlossenen Kandidaten müssten erst das Wahlprüfungsverfahren der Universität abwarten, hieß es. Nach dessen Abschluss soll dann eine erneute Klage erfolgen, wie Konopka ankündigte.

Außerdem stellte er in seinem Beitrag die grundsätzliche demokratische Legitimation und den Sinn des Ganzen in Frage. Wenn man tatsächlich strikt geschlechtsparitätisch besetzte Gremien wolle, müsse man eigentlich separate Wahlen für männliche und weibliche Studenten durchführen, was aber „unter unserem freiheitlich-demokratischen Verständnis äußerst fragwürdig“ wäre. Und selbst wenn das Verfahren auch ohne so etwas funktioniere: „Was bringt es mir ... als Wählerin oder Wähler, wenn mich ein Geschlecht vertritt, was nur auf dieser Position sitzt, weil das Gesetz es so will?“ Sollte nicht stattdessen lieber die Kompetenz der Bewerber entscheiden? Hier habe der Gesetzgeber in demokratische Prozesse eingegriffen und damit entschieden mehr Schaden als Nutzen gestiftet. Ebenso verwies Konopka noch auf den Umstand, dass es ja auch Studenten gebe, welche sich weder dem einen noch dem anderen Geschlecht zuordnen wollten: „Wie soll diese Personengruppe angemessen berücksichtigt werden? Und wie soll dies geschehen, ohne dass diese Personen sich öffentlich zwangsouten müssen?“ Hier werde man dann endgültig an Grenzen stoßen, worauf es letztlich nur eine Antwort gebe: „Keinerlei explizite oder implizite Quoten, ... sondern nur freie, demokratische Wahlen, unabhängig vom Geschlecht.“

Es ist sicher kein Zufall, dass ein derartiger Ruf gerade an der Fernuniversität ertönt, denn von deren Studenten stehen immerhin 80 Prozent im Berufsleben, was für einen vergleichsweise großen Realitätsbezug sorgt. *Wolfgang Kaufmann*

Arbeiten bis zum Umfallen

Rente mit 69 – Heutige Arbeitnehmer fürchten, im Alter zu verarmen

Ob Rente mit 69, Teilzeit- oder Flexirente – alle Politikervorschläge zum Thema Rente haben nur eines zum Ziel: Die Deutschen sollen länger arbeiten. Gleichzeitig haben immer mehr Menschen Angst vor Altersarmut.

Der Schock sitzt tief. Neurentnerin Christa Rödig soll über 1000 Euro Einkommenssteuer nachzahlen und darf zusätzlich vierteljährlich Vorauszahlungen berappen. So wie ihr geht es vielen Rentnern, die in den vergangenen Jahren in den Ruhestand gingen und die Sache mit der Steuererklärung nicht so ernst nahmen, im Glauben, es könne ja gar nicht so viel auf sie zukommen.

Doch seit 2005 ist die nachgelagerte Besteuerung in Kraft, das heißt, alle Renten mit Beginn 2005 wurden zu 50 Prozent besteuert, wobei der steuerpflichtige Anteil sukzessive auf 80 Prozent im Jahr 2020 steigt, bis im Jahr 2040 schließlich die Rente zu 100 Prozent versteuert werden muss. Der Gesetzgeber sieht in dieser Regelung einen Vorteil, da Vorsorgeaufwendungen im Laufe der Berufstätigkeit steuermindernd geltend gemacht werden können. Kritiker sehen in dieser Praxis nichts als eine versteckte Rentenkürzung.

Die Besteuerung selbst kleiner Renten wird in der Bevölkerung zunehmend als ungerecht empfunden. Die Menschen fühlen sich um ihre Ersparnisse betrogen, da ja auch Erträge aus der privaten Vorsorge zusätzlich versteuert werden. Laut einer DGB-Umfrage glauben 80 Prozent der Beschäftigten, dass ihre Rente nicht ausreichen wird. Besonders Frauen in mittleren Altersgruppen fürchten sich vor dem Rentenalter, aber auch Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigte.

> Besteuerung von Renten als ungerecht empfunden

In Ballungsräumen wie Berlin oder München zeigen sich bereits die Folgen der verfehlten Rentenpolitik. Der Armutsbericht München spricht von 27 Prozent der über 65-Jährigen, die nach ihrem Einkommen arm sind. Die Zahl der Rentner, die Grundsicherung erhalten, wächst ständig wie auch bei denjenigen, die sich bei den Tafeln mit Lebensmitteln versorgen. Laut dem Statistischen Bundesamt bekommen mehr als eine Million Menschen Grundsicherung im Alter. Diese erhält man ab einer Rente von 747 Euro. Wer heute im Mindestlohnsektor arbeitet, wird nicht einmal eine solche Rente erreichen. Er müss-te 60 Jahre arbeiten, um eine einigermaßen auskömmliche Auszahlung zu erhalten. Da das Rentenniveau aber auf 41 Prozent sinken soll, würde sich die Zahl der Beitragsjahre auf illusorische 69 erhöhen.

Für Merkels Regierung steht neben dem Vertrauens- ein Glaubwürdigkeitsverlust auf dem Spiel. Eine neue Rentenkommission, die sich erst vor wenigen Tagen konstituiert hat, soll Lösungen für eine zukünftige sichere Rente erarbeiten.

Als größtes Problem wird der demografische Wandel gesehen. Die Lebenserwartung steigt ständig. Immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Ruheständler aufkommen. Dennoch erklärt die Deutsche Rentenversicherung, dass die gesetzliche Rente das wichtigste Standbein der Altersvorsorge sei, ergänzende oder betriebliche Absicherungen seien aber ratsam.

Die Vorschläge reichen von Arbeiten bis 69, der Flexirente bis zur Drittel-Lösung (gesetzliche, private und betriebliche Altersvorsorge). Neu ist das alles nicht. Alle Eingaben der Politik hinterlassen das mulmige Gefühl, dass die auch keine Lösung finden wird. Aus den Kommentaren zu Berichten über Rentnerarmut geht hervor, dass der Unmut über die Fremdleistungen aus der Rentenkasse wächst, vor allem wenn damit unqualifizierte Einwanderung subventioniert wird, während das Rentenalter ständig erhöht wird und Beitragszahler bis zum Umfallen arbeiten sollen.

Manuela Rosenthal-Kappi



Bild: Imago

Flaschen sammeln, um zu überleben: So dürfte sich kaum ein gesetzlich Rentenversicherter seinen Ruhestand vorgestellt haben

Zeitzeugen

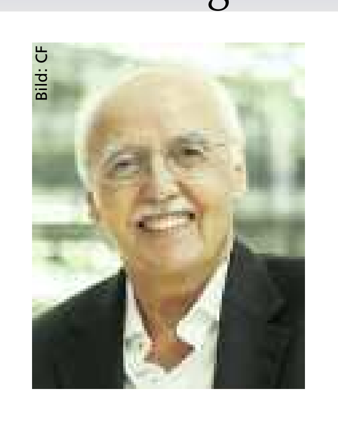


Bild: CF

Horst W. Opaschowski – Der Hamburger Zukunftsforscher hält längere Arbeitszeiten für unbedingt notwendig. Als wissenschaftlicher Leiter seines Instituts für Zukunftsforschung berät er Politik und Wirtschaft. Seit 2013 führt er gemeinsam mit dem Ipsos-Institut den Nationalen Wohlstandsindex für Deutschland durch.

Marian Wendt – Eine sogenannte Drittel-Finanzierung schlägt der CDU-Bundestagsabgeordnete vor. Die Menschen sollen privat vorsorgen, eine gesetzliche Vorsorge über die Rentenversicherung haben, aber auch eine betriebliche Altersvorsorge. Dieser Vorschlag sorgte für Unverständnis seitens Sozialwissenschaftlern, da er in Zeiten der Niedrigzinsphase wenig Sinn mache. Es müsse daher an anderen Stellschrauben gedreht werden.



Bild: Imago

Walter Riester – Der 1943 geborene Sozialdemokrat war als Bundesarbeitsminister (1998 bis 2002) maßgeblich an der Gestaltung der nach ihm benannten „Riester-Rente" beteiligt. Riesters geschäftliche Beziehungen zum Finanzdienstleister AWD brachten ihm viel Kritik ein, „Transparency International" sprach sogar von „politischer Korruption". Der Vorwurf lautete, dass er Unternehmen verbunden sei, die besonders stark von der „Riester-Rente" profitiert hätten.

Dirk von der Heide – Der Sprecher der Deutschen Rentenversicherung weist in einem Interview darauf hin, dass die Bundesregierung 2016 das sogenannte Flexirentengesetz beschlossen hat, wonach es möglich ist, bis 80 zu arbeiten, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich einig sind. Der Vorteil: Ab dem Regelrentenalter gibt es keine Hinzuverdienstgrenzen mehr und die Einkünfte sind steuerfrei.



Bild: Imago

Annelie Buntenbach – Weil die Verunsicherung der Erwerbstätigen hinsichtlich ihrer zu erwartenden Rente so groß geworden ist, fordert die ehemalige Politikerin der Partei Bündnis90/Die Grünen und heutiges DGB-Vorstandsmitglied sowie Mitglied der Rentenkommission der Bundesregierung von der Politik, die Weichen für mehr Sicherheit zu stellen und für ein gutes Leistungsniveau der Rentenversicherung auch auf lange Sicht zu sorgen.

Fremdleistungen: Der Staat bedient sich großzügig

Es ist eine der Lügen um die Rente, die Politiker seit vielen Jahren verbreiten: Den Beitragszahlern wird nichts weggenommen, denn zum Ausgleich der versicherungsfremden Leistungen, die aus der Rentenkasse bestritten werden, zahlt der Bund den Staatszuschuss. Versicherungsfremde Leistungen sind Zahlungen der Rentenversicherung, die nicht durch Beiträge gedeckt sind. Dazu zählen beispielsweise Ersatz- und Anrechnungszeiten zum Ausgleich von Lücken in der Versicherungsbiografie, die Mütterrente, Rentenzahlungen an Spätaussiedler und ehemalige DDR-Bürger sowie abschlaglose Frühverrentungen. Hinzu kommen die Vermögenswerte der Rentenversicherung, welche die Regierung Kohl zur Finanzierung „vereinigungsbedingter Lasten" und die Regierung Merkel zur Versorgung von Asylsuchern zweckentfremdet haben. Alles Ausgaben, die aus gesellschaftlicher Sicht ihre Berechtigung haben. Also solche, die der Gesamtheit der Steuerzahler aufzuerlegen sind, aber keine, die ein Sonderopfer der Zwangsversicherten begründen.

Im vergangenen Jahr betrugen die Rentenausgaben rund 250 Milliarden Euro. Davon entfielen auf die versicherungsfremden Leistungen gut 88 Milliarden Euro. Der Bundeszuschuss betrug jedoch nur rund 68 Milliarden Euro. Mithin „fehlen" 20 Milliarden Euro in der Rentenkasse.

Versicherungsfremde Leistungen wurden erstmals 1957 erhoben. Da der Staatszuschuss zu keiner Zeit deren Entnahme gedeckt hat, hat sich der Fehlbetrag auf rund 779 Milliarden Euro inklusive Zinsen summiert. Geld, das eigentlich der Rentenkasse und damit den Beitragszahlern gehört. So hat der Staat einen Schattenhaushalt zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben errichtet, der ausschließlich aus den Beiträgen der Zwangsversicherten gespeist wird. Sie allein haben den Schaden in Form von höheren Beiträgen oder geringeren Renten. Rentenexperten gehen davon aus, dass der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung um acht Prozentpunkte fallen könnte, würden die versicherungsfremden Leistungen regulär aus Steuermitteln bestritten. Auch wäre die Finanzierung selbst höherer Renten gesichert. Nicht der Staat subventioniert die Rentenkasse, sondern umgekehrt.

J.H.

In die Zinsfalle gelockt

Erst zur privaten Vorsorge gedrängt, jetzt geschröpft

Mit der hitzig geführten Rentendebatte um das Jahr 2000 kochte die Frage nach privater Altersvorsorge hoch. In endlosen Talk-Runden und Medienbeiträgen drängten Politiker und „Experten" die Deutschen, selbst etwas fürs Alter anzusparen, da die gesetzliche Rente angesichts der demografischen Entwicklung unvermeidlicherweise immer bescheidener ausfallen müsse. Dafür wurde ihnen unter anderem die im Volksmund nach dem damaligen Arbeitsminister benannte „Riester-Rente" angeboten.

Bald schon breitete sich indes Ärger über hohe Gebühren für diese Rente aus, die offenbar vor allem die Versicherer reich machte. Doch dies sollte erst der Anfang der Misere sein, welche die private Zusatzvorsorge heute überschattet.

Um den Euro-Raum zusammenzuhalten, hat die Europäische Zentralbank den Leitzins immer weiter abgesenkt, damit sich Pleitestaaten und eigentlich bankrotte Banken billig verschulden können. Da die Anbieter von Zusatzrenten oder Lebensversicherungen das Geld ihrer Kunden indes weitgehend in „sicheren" Staatsanleihen anlegen, gibt es dafür kaum noch Zinsen.

> Das Gesparte schrumpft immer weiter zusammen

Resultat ist etwa, dass der einstige gesetzliche Mindestzins für Lebensversicherungen und ähnliches von einst vier auf zuletzt 0,9 Prozent gesenkt werden musste. Bei einer Inflationsrate von 2,2 Prozent (Mai 2018) bedeutet dies einen Wertverlust von 1,3 Prozent zulasten des Versicherten. Aufgezinst über die Jahrzehnte ergeben sich daraus beträchtliche Einbußen für den Sparer.

Zudem hat der Gesetzgeber 2014 die Regel gekippt, dass Lebensversicherte bei der Auszahlung zur Hälfte an der sogenannten „Bewertungsreserve" beteiligt sind. Die Reserve ergibt sich aus Gewinnen, welche die Versicherungen durch den Handel mit den angekauften Wertpapieren gemacht haben. Nun wird nur noch nach Geschäftslage ausgeschüttet, oft weniger als ein Zehntel der ursprünglich in Aussicht gestellten Summe. Dagegen hat der Bund der Versicherten vor dem Bundesgerichtshof geklagt. Das Urteil wird für den 27. Juni erwartet.

Hans Heckel

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Russen zeigen Präsenz

Zwei Ausstellungen gleichzeitig eröffnet – Erinnerung an russische Avantgarde in Berlin



Reflexion in Kostümen, Gewändern und Collagen: Ausstellung im Russischen Haus Berlin erinnert an den Vertreter des Konstruktivismus, Alexander Rodtschenko

Bild: J.T.

Zwei Tage vor dem WM-Beginn in Russland wurden anlässlich der Feier „Tag Russlands“ in Berlin zwei völlig unterschiedliche Ausstellungen im Russischen Haus eröffnet. Die eine kommt aus dem WM-Austragungsort Königsberg [Kaliningrad], die andere weckt Erinnerungen an das „russische Berlin“.

Den 12. Juni feiern die Russen als „Tag Russlands“ . An diesem Tag im Jahr 1990 wurde die Deklaration über die Souveränität der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik unterzeichnet. Im Volk wird das Datum als Tag der Unabhängigkeit Russlands gesehen. Anlässlich dieses Feiertags hat das Russische Haus der Wissenschaft und Kultur in der Berliner Friedrichstraße zwei völlig unterschiedliche Ausstellungen eröffnet, mit denen gleich eine doppelte Verbindung zwischen Deutschen und Russen symbolisiert wird. In beiden Ausstellungen haben die Organisatoren einen Akzent darauf gesetzt, dass die Geschichte und Kultur Russlands und Deutschlands sich einander oft in unerwarteter Weise ergänzt haben. Angesichts der Periode der nicht einfachen Beziehungen zwischen den Ländern hatten einige Aussagen der Redner einen besonders aktuellen und symbolischen Charakter.

Die erste Ausstellung „Segel Russlands“ wurde von Königsberg aus nach Berlin gebracht. Der Fotograf Walerij Wassilewskij hat lange Reisen – darunter auch Weltreisen – auf verschiedenen Segelschiffen unternommen. In der Ausstellung werden seine Fotografien gezeigt, die an Bord der berühmten Segelschiffe „Krusenstern“, „Sedow“, „Pallada“ und „Mir“ aufgenommen wurden. Die Ausstellung ist die erste gemeinsame zwischen dem Russischen Haus in Berlin und dem Ozeanmuseum in Königsberg. Der Direktor des Russischen Hauses, Pawel Iswolskij, berichtete, dass er im vergangenen Jahr Swetlana Siwkowa, die Direktorin des Ozeanmuseums, kennengelernt habe, die dann nach Berlin gereist sei und mit ihm die künftige Zusammenarbeit abgesprochen habe. Diese Ausstellung solle „eine Plejade“ gemeinsamer Arbeiten nach sich ziehen, die in Berlin im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Königsberger Museum gezeigt werden sollen.

> In Charlottenburg leben heute noch Zehntausende Russen

Der Künstler selbst war bei der Ausstellungseröffnung nicht zugegegen, da er bereits seine nächste Seereise angetreten hat. Das Museum wurde durch den Leiter der Abteilung, Alexander Gusnajew, und dessen leitenden Forscher Alexander Matwijez vertreten.

Bei der Begrüßung der Gäste sagte Matwijez: „Wir haben das Thema russische Segelschiffe gewählt. Segelschiffe sind Symbole für den Staat und sie sind die besten Diplomaten. Wenn sie ankommen, dann frösteln alle vor Freude, und die Menschen sehen in ihnen die Hoffnung auf etwas Großes und Schönes ... Seeleute unterstützen sich gegenseitig und helfen stets, denn wenn der Ruf ertönt ‚Mann über Bord‘, eilen ihm alle zur Hilfe. Wir sitzen alle in einem Boot und dürfen es auf keinen Fall kentern lassen.“

Es wurde hervorgehoben, dass zwei der Großsegler, die heute in Russland äußerst bekannt sind, aus deutschen Werften stammen. „Die Familie der Seeleute kennt keine Grenzen, die Krusenstern und die Sedow wurden in Deutschland gebaut. Das ist eine Art Brücke zwischen den beiden Ländern“, unterstrich Matwijez. Die „Sedow“ wurde 1921 in Kiel gebaut und erhielt ursprünglich den Namen „Magdalena Vinnen II“, und die „Krusenstern“ lief 1926 in Bremerhaven (damals Wesermünde) als „Padua“ vom Stapel.

Die zweite Ausstellung war Alexander Rodtschenko, einem Vertreter des Konstruktivismus, gewidmet. Seinen künstlerischen Weg und seine Ausbildung schlug Rodtschenko in Kasan ein. Es verwundert daher kaum, dass die Ausstellungsorganisatoren, die unabhängige gemeinnützige Organisation „Zentrum für soziale Projekte Divergent“ und „Studio 2A“ von dort kommen. Die berühmten grafischen Arbeiten Rodtschenkos fanden in der Ausstellung eine ungewöhnliche Reflexion in Kostümen und Gewändern sowie in Collagen.

Rodtschenko gilt als führender Vertreter der russischen Avantgarde in der Fotografie und Malerei der 1920er Jahre, obwohl sein Werk bei Zeitgenossen und Wissenschaftlern äußerst konträr aufgenommen wurde. Die Erste Russische Kunstausstellung Berlin 1922 zeigte Rodtschenkos Gemälde „Gegenstandslos“, „Konstruktion“, „Schwarze Komposition“, „Rote Farbe“, „Komposition“, „Suprematismus“ sowie einige Zeichnungen zu Architekturprojekten.

Rodtschenko ist eines der seltenen Beispiele in der Kunst, dessen Werke breit bekannt und bei Sammlern und Galerieinhabern im Westen stark gefragt sind. Besonders beliebt ist Rodtschenko in Deutschland, wo insbesondere der Sammler Alex Lachmann sich um die Förderung seiner Werke bemüht ist.

Die Blütezeit der russischen Avantgarde der 1920er Jahre fiel mit der Massenemigration von Russen infolge der Revolution nach Berlin zusammen. Zeitweilig lebten fast 360 000 Emigranten in der deutschen Hauptstadt. Besonders der Stadtteil Charlottenburg wirkte wie ein Magnet auf die russische Intelligenz. Der Romancier Andrej Belyj taufte ihn um in „Charlottengrad“. Es bildeten sich viele einzigartige soziokulturelle russisch-sprachige Zentren in der deutschen Hauptstadt, die Kulturszene erhielt einen starken Entwicklungsimpuls. Auch heute erfreut sich Berlin großer Beliebtheit bei Russen. Etwa 220 000 russischsprachige Menschen leben in Berlin, 15 000 bis 17 000 in Charlottenburg. Neben der Zahl echter Auswanderer steigt die der Russen, die nur auf Zeit dort leben und zwischen Russland und Deutschland pendeln.

Jurij Tschernyschew

Irreführung

Von Vera Lengsfeld

Ein ganzes Wochenende spekulierten die Medien über den „Asylstreit“ in der Union. Der bayerische Löwe mit den Samtpfötchen hatte wieder einmal gebrüllt, dachte aber nicht daran zu handeln. Die Wiederherstellung der Gesetzlichkeit an unseren Grenzen hätte der Innenminister längst still und leise bewerkstelligen können. Er braucht dazu weder die Kanzlerin noch den Bundestag zu befragen, sondern einfach die mündliche Anweisung seines Vorgängers de Maizière widerrufen, alle, die behaupten, Asyl suchen zu wollen, ins Land zu lassen – auch Menschen ohne Papiere, oder die schon in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt haben und bereits abgelehnte und abgeschobene Asylbewerber. Kanzlerin Merkel hätte ihn schwerlich seines Amtes entheben können, denn die Begründung, dass einer ihrer Minister sich erdreiste, zu verfassungsgemäßen Verhältnissen zurückzukehren, wäre zu grotesk gewesen.

Statt zu handeln, inszenierte Seehofer eine Schmierenkomödie. Er drohte mit dem Widerruf der Anweisung de Maizières, wollte sich aber vorher noch die Zustimmung des CSU-Parteivorstands einholen. Die braucht er zwar noch weniger als das O.k. der Kanzlerin, denn die Zeiten, wo ein Politbüro die Richtlinien der Politik bestimmte, sind seit 1989 vorbei. Aber es machte Effekt.

Verstärkt wurde das Verwirrspiel durch ein „Kompromissangebot“ Merkels, dass ab sofort rechtmäßig abgelehnte und abgeschobene „Asylbewerber“ an der Einreise gehindert werden dürften. Damit ist der Öffentlichkeit en passant vor Augen geführt worden, wie sehr der Rechtsstaat bereits demontiert ist. An unseren Grenzen herrscht offensichtlich ein ungehindertes „Merry-go-round“. Wer durch die Vordertür abgeschoben wird, kommt durch die Hintertür wieder herein. Dass es sich nur um eine paar Hundert Menschen handelt, die damit ihre Missachtung der deutschen Gesetze demonstrieren, liegt nur daran, dass es kaum Abschiebungen gibt. Auf Anweisung der Kanzlerin werden die Behörden gezwungen, die Gesetzlichkeit zu missachten! Kein Aufschrei, nirgends, stattdessen reden die Medien den Bürgern dieses Landes ein Wochenende lang Angst vor dem Bruch der Regierung und Neuwahlen ein.

Am Montag kam es dann zu erwartbaren Einlenken der CSU. Seehofer gab auf einer Pressekonferenz bekannt, er wolle nunmehr „schrittweise“ vorgehen. Die Kanzlerin solle 14 Tage Zeit haben, um eine „europäische Lösung“ zu erreichen, um die Zurückweisung von Asylsuchenden, die schon in einem anderen Land einen Antrag gestellt haben, durchführen zu können. Das sieht zwar bereits das Dublin-Abkommen vor, ohne dass es zusätzlicher bilateraler Abkommen bedarf, aber es geht ja darum, so viele Nebelkerzen wie möglich zu werfen, um vom Totalversagen der merkelschen „Flüchtlingspolitik“ abzulenken.

Weitere Ungereimtheiten zum NSU

Untersuchungsausschuss im Brandenburger Landtag wirft Schatten auf Verfassungsschutz

Der NSU-Untersuchungsausschuss im Brandenburger Landtag bot am 11. Juni die Bühne für eine bemerkenswerte Zeugenbefragung. Zu einer stundenlangen Vernehmung geladen war Carsten Sz., unter seinem Decknamen "Piatto" von 1994 bis zu seiner Enttarnung im Jahre 2000 Spitzenquelle des brandenburgischen Verfassungsschutzes. Neben zahlreichen Informationen zur Neonazi-Szene hatte „Piatto“ 1998 auch mehrmals Hinweise auf das Trio Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe geliefert, das später als NSU bekannt wurde.

Die drei waren nach einer Durchsuchungsaktion in Jena am 26. Januar 1998 in die Illegalität abgetaucht. Rekonstruiert werden konnte, dass sich die per Haftbefehl Gesuchten zunächst nach Chemnitz absetzten. Der brandenburgische V-Mann Carsten Sz. wiederum unterhielt zur damaligen Zeit enge Beziehungen zu Akteuren der sächsischen „Blood & Honour“-Bewegung, die sich um das Trio kümmerten. Seinem V-Mann-Führer lieferte „Piatto“ erstmalig im August 1998 einen Hinweis auf das Trio.

Im Laufe des Septembers folgten weitere Informationen zu Unterstützern des Trios, Pläne für Waffenbeschaffung und zu Banküberfällen. Brandenburgs Verfassungsschutz steht seit Bekanntwerden der Berichte unter Verdacht, die Informationen nicht weitergeleitet zu haben, um seine Spitzenquelle „Piatto“ vor Enttarnung zu schützen. Nach Erkenntnissen mehrerer Untersuchungsausschüsse und aufgrund von Aussagen im Münchner NSU-Prozess ist dieser Vorwurf jedoch kaum haltbar.

> BfV hatte schon 1998 ein recht genaues Bild vom »Trio«

Die Aussage eines Thüringer V-Mannführers in München deutet sogar darauf hin, dass aus Potsdam ein konkreter Hinweis auf Chemnitz als Wohnort des Trios nach Erfurt übermittelt wurde. Als sicher gilt zudem, dass Mitte September 1998 in Potsdam ein Treffen mit Verfassungsschützern aus Sachsen und Thüringen stattfand. Dabei ging es um die Frage, wie Informationen von "Piatto" an die thüringische Polizei weitergegeben werden konnten. Die Frage, ob der Thüringer Verfassungsschützer am Abend des 16. September 1998 den Chef des LKA Thüringen über die brisanten Informationen aus Potsdam in Kenntnis gesetzt hat, ist bis heute nicht geklärt.

Noch mehr Fragen wirft das Agieren des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) auf. Laut Aussagen eines Brandenburger Verfassungsschützers vor dem Potsdamer Untersuchungsausschuss wurden sämtliche Deck-blattmeldungen „Piattos“ an das BfV nach Köln übermittelt. Zudem war „Piatto“ 1998 nicht die einzige Quelle zu dem Trio. Informationen der Thüringer V-Leute Tino B. und Marcel D. müssten analog zu „Piattos“ genauso beim BfV gelandet sein.

Zumindest in der Auswertung des BfV dürfte damit 1998 ein relativ gutes Gesamtbild zum späteren NSU-Trio vorgelegen haben. Kaum zur Entlastung der Bundesbehörde trägt der Umstand bei, dass kurz nach Auffliegen des NSU 2011 ein Beamter des BfV Akten zu V-Leuten im Umfeld des NSU vernichten ließ. Das Verfahren ist im Frühjahr gegen Geldbuße eingestellt worden. Als Motiv für die Aktenvernichtung hatte der Verfassungsschützer angegeben, dass die Zahl der V-Männer des Bundesamts in Thüringen in der Öffentlichkeit Fragen aufgeworfen hätte: „Die nackten Zahlen sprachen ja dafür, dass wir wussten, was da läuft, was aber nicht der Fall war“, so der Verfassungsschützer gegenüber der Bundesanwaltschaft. *N.H.*

Woidke versucht’s

Personalwechsel soll SPD die Wende bringen

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat seine Staatskanzlei umgebildet. Kanzleichef Thomas Kralinski ist nun Staatssekretär für Bundesangelegenheiten. Dieses Amt hatte zuvor Martin Gorholt inne, der Chef der Staatskanzlei wird. Gorholt übernimmt gleichzeitig das Amt des Flughafenkoordinators.

Woidke hat außerdem einen neuen Beauftragten für die Lausitz in der Staatskanzlei ernannt. Klaus Freytag wirkte zuvor als Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium.

> Bei Wahl 2019 droht heftiger Einbruch

Der Ministerpräsident begründete den Wechsel mit wachsenden Aufgaben in der Staatskanzlei. Beobachter vermuten jedoch einen anderen Hintergrund. Der SPD droht im Herbst 2019 bei der Landtagswahl eine vernichtende Niederlage. Die amtierende Regierung aus Sozialdemokraten und Linkspartei hätte nach derzeitigem Stand der Umfragen keine Mehrheit mehr.

Die jüngste Meinungserhebung sieht die oppositionelle CDU gleichauf mit der SPD bei je 23 Prozent. Die Union käme zusammen mit der AfD (22 Prozent) auf 45 Prozent, ein Linksbündnis aus SPD, Linkspartei und Grünen erreichte 52 Prozent. Ein Einzug der FDP (derzeit bei vier Prozent) in den Landtag würde die Lage noch unübersichtlicher gestalten.

Im ungünstigsten Fall könnte sich die SPD nach den Wahlen in der Opposition wiederfinden. Ob die Rochade in der Staatskanzlei ausreicht, einen neuen Wind in die Segel der Sozialdemokraten zu blasen, ist ungewiss. Bereits zum Jahresende 2017 musste Woidke mit der Absage der Kreisgebietsreform eine heftige Niederlage hinnehmen. *Frank Bücker*

MELDUNG

Asylsucher an unattraktive Orte

Kopenhagen/Wien – Dänemarks liberal-konservative Regierung hat angekündigt, abgewiesene Asylbewerber künftig in Lagern außerhalb des Landes unterzubringen. Diese sollen sich an „nicht sonderlich attraktiven“ Orten in Europa befinden, berichtet der Sender Danmarks Radio. Die Pläne für ein solches Zentrum würden mit weiteren betroffenen Ländern diskutiert und seien schon „relativ weit“, sagte Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen. Es würde einen großen Unterschied machen, wenn man ein Lager einrichten könnte, das nicht in den attraktiven Asylländern liege, sondern anderswo, lautete sein Argument. Am Ende sollen Asylsucher ihre Asylanträge auch nur noch außerhalb der EU stellen können und die Einreise erst nach Bewilligung erlaubt werden, forderte Rasmussen. Sein Vorschlag ist mit der österreichischen Regierung abgesprochen. Laut Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) befindet man sich auf Expertenebene „in intensiven Gesprächen“ und „enger Abstimmung“. Bereits Anfang des Jahres hatte Kickl angekündigt, Asylsucher in Zukunft nur noch außerhalb Europas in sogenannten „Transitzonen“ unterzubringen. Auch er sagte nicht in welchem Land ein solches Zentrum eingerichtet werden könnte. Er glaube allerdings, dass ein Pilotprojekt noch vor Jahresende beginnen könne. Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) konzentriert sich jetzt auf den Kampf gegen illegale Migration und den Schutz der EU-Außengrenzen. „Illegale Migranten sind nach ihrer Rettung an der Außengrenze zu stoppen und zu versorgen, anschließend sollten sie nach negativem Abschluss ihres Verfahrens schnellstmöglich in ihre Herkunftsländer zurückgebracht werden. Wenn dies nicht möglich sein sollte, so ist ihnen vorübergehender Schutz in Zentren in sicheren Drittstaaten zu bieten“, heißt es dazu aus dem österreichischen Bundeskanzleramt. *B.B.*

»Nicht einfach auf Russland zeigen«

Beweise der Ermittlungsgruppe im Fall MH 17 nicht überzeugend

Wie bei mehreren anderen Vorfällen, an denen in der Öffentlichkeit unbesehen Russland die Schuld gegeben wird, ist es auch bei dem Absturz des malaysischen Passagierflugzeugs MH 17 über der Ukraine im Juli 2014 so, dass nach einem Sturm der Anschuldigungen auf einmal Ruhe eintritt und die Sache als bewiesen abgetan wird. Tatsächlich lassen sich die Einzelheiten nicht so einfach unter den Tisch fegen.

So trat dieser Tage der malaysische Verkehrsminister Anthony Loke an die Öffentlichkeit und erklärte, die Beweise der niederländischen Ermittlungsgruppe, des Joint Investigation Team (JIT), gegen Russland seien nicht überzeugend. Ihre Mitglieder dürften „nicht so einfach mit dem Finger auf Russland zeigen“. Damit bezog er sich auf die kürzlich erfolgte Präsentation von Wrackteilen des Flugzeugs als Zwischenergebnis der Untersuchungen und auf den apodiktischen Schluss, Ursache habe nur eine russische Buk-Rakete sein können, und die sei aus einer Basis der ostukrainischen Seite abgeschossen worden.



Angeblich von der ostukrainischen Seite abgefeuert: Reste einer Buk-Rakete Bild: action press

An diesem Vorgang zeigt sich eine systematische Schwierigkeit der Untersuchungen. Der Ermittlungsgruppe gehört neben den Niederlanden, Malaysia, Belgien und Australien auch die Ukraine an. Diese brachte es fertig, die Teilnahme des hauptsächlich von dem Drama betroffenen Malaysia zunächst zu verhindern. Bis das Land wegen der monatelangen Proteste seines Botschafters in den Niederlanden dann doch zugelassen werden musste, war bereits eine maßgebliche taktische Entscheidung gefallen:

Danach sieht das Reglement der Gruppe vor, dass Ermittlungsergebnisse nicht veröffentlicht werden dürfen, wenn auch nur ein teilnehmendes Land dagegen Einwände erhebt. Einzelheiten oder Ergebnisse, die bekannt würden, so begründete die niederländische Regierung diese Regelung, könnten die internationalen Beziehungen belasten – was immer das bedeuten mag. Käme also eine Einzelheit zutage, welche die Ukraine belastet, so könnte diese verhindern, dass sie bekannt würde. Deshalb verwies das niederländische Nachrichtenmagazin „Elsevier“ auf das Informations-Freiheitsgesetz und fragte bei dem zuständigen Ministerium nach, wie sich jene Bestimmung dazu verhalte. Eine Antwort aber blieb aus. („Ministerie weigert geheime deal MH17 openbaar te maken.“)

Es handelt sich also ausschließlich um westliche, oder, was die Ukraine angeht, ein dem Westen zugeneigtes Land, vom nur geduldeten Malaysia einmal abgesehen. Dabei war vom Tag des Abschusses bis heute die Ukraine als Verdächtiger nicht auszuschließen. Es ist also an dem, dass ein Verdächtiger auf der Richterbank sitzt, während der andere, Russland, gar nicht gehört wird.

> Die Ukraine arbeitet in der Ermittlungsgruppe mit, obwohl sie selbst zu den Verdächtigen gehört

Umso erstaunlicher ist, dass Ende Mai der niederländische Außenminister Stef Blok – Mitglied einer Regierung, die keineswegs bekannt ist für ihre Russland-Freundlichkeit – nicht mehr ausschließt, dass die Ukraine in die Liste der Verdächtigen aufgenommen werden muss. „Ich schließe nichts aus“, sagte Blok anlässlich einer Debatte des niederländischen Repräsentantenhauses zu diesem Thema.

Ein weiterer Vorgang wirft ein seltsames Licht auf die Rolle der Ukraine innerhalb des JIT. Der Vertreter der Ukraine im Ermittlungsteam war niemand anders als Wasilij Griza, der Chef des ukrainischen Geheimdienstes SBU. Über seine Kenntnisse des Flugwesens ist nichts bekannt, doch im Konstruieren von Lügengeschichten hat er sich kürzlich einen unsterblichen Namen gemacht. Er nämlich leitete federführend die Räuberpistole um die vorgetäuschte Ermordung von Arkadij Arkadjewitsch Babtschenko, der, kaum dass Russlands Schuld an seinem vorgeblichen Tod beeidet war, wieder auftauchte und, zusammen mit seinen Hintermännern, nämlich Grizas Agenten, die Schauergeschichte von einer russischen Verschwörung darbot.

Mag die anfängliche Weigerung der JIT-Gruppe, Malaysia aufzunehmen, dort zu einem gewissen Trotz geführt haben, oder nimmt man in Kuala Lumpur wegen der unmittelbaren Betroffenheit die Sache ernster als andere, gleichviel – man tat, was keinem der anderen JIT-Mitglieder bislang in den Sinn gekommen war, und forderte auch in Russland Daten aus den zivilen und militärischen Kontrollstellen an und bekam sie auch umgehend. Im Gegensatz dazu war, beispielsweise, bislang noch kein einziges Satelliten-Foto aus den USA zu sehen, das vielleicht den Vorwurf russischer Schuld hätte erhärten können.

Unterdessen nannte Russlands Präsident Wladimir Putin die Bedingung, unter welcher Moskau die Ergebnisse des JIT anerkennen könne: dann nämlich, wenn es selbst ohne Einschränkungen an den Untersuchungen beteiligt würde: „Unsere Position lautet: Wir haben ursprünglich eine gemeinsame Arbeit bei der Ermittlung zu dieser Tragödie angeboten. Doch zu unserer Überraschung lässt man uns zur Ermittlung nicht zu.“ Putin fuhr fort: „Die ukrainische Seite arbeitet dort, obwohl die Ukraine gegen internationale Regeln verstoßen hat, als sie den Luftraum über einem Territorium nicht geschlossen hat, auf dem Kriegshandlungen stattfanden. Aber sie darf teilnehmen und Russland nicht.“

Mittlerweile aber scheint die bislang fest zementierte Front gegen Russland spröde zu werden. Ausgerechnet der niederländische Chefermittler Fred Westerbeke räumte schon im Januar dieses Jahres ein, der Abschuss der MH 17 hätte auch versehentlich geschehen sein können. Von hier bis zu der immer wieder vorgetragenen These von einem Kampfjet, der das Passagierflugzeug abgeschossen habe, ist dann kein weiter Weg mehr. Doch auch das würde für das JIT kein wirkliches Problem darstellen: Dann handelte es sich eben um eine russischen Militärmaschine.

Florian Stumfall

Nebelkerzen aus Shanghai

Der Vertrag zwischen US-Präsident Trump und Nordkoreas Diktator Kim Jong-un brachte nichts substanziell Neues

Nach seinen Äußerungen vertrat der US-Präsident Donald Trump lange Zeit die Ansicht, auf dem letzten Dienstag in Shanghai erfolgten Gipfeltreffen könne er mit dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un bereits sämtliche Probleme des geteilten Landes lösen. Pjöngjang müsse alle Atomwaffen an das US-Atomlabor Oak Ridge in Tennessee zur Verschrottung ausliefern. Erst nach dieser totalen Abrüstung wäre mit amerikanischen Gegenleistungen zu rechnen.

In den Vorgesprächen die Woche davor erklärte der Abgesandte Nordkoreas, keine Einwände gegen den Verbleib der 28 500 US-Soldaten im Süden Koreas zu haben, selbst nicht gegen deren dortige Atombomben, deren Existenz indes Washington seit Jahren abstreitet.

Die USA ihrerseits boten gigantische Wirtschaftshilfe an, wobei man den erfolgreichen Marshall-Plan für Deutschland betonte. Trump musste indes erkennen, dass Nordkorea nur zu einer schrittweisen Lösung der so vielen Probleme bereit sei.

Die Gespräche zwischen beiden Staatspräsidenten brachten keinen Durchbruch, nicht einmal den von Trump angestrebten Deal. Positiv muss man feststellen, dass der von Trump vorgeführte Film über ein wirtschaftlich aufblühendes Land und die gigantischen Möglichkeiten der US-Militärmacht Kim überaus nachdenklich machte.

Schon das Stadtbild Singapurs hatte Kim sehr überrascht. Einen tiefen Eindruck soll die ihm zugespielte Mitteilung gemacht haben, dass die tief über Nordkorea fliegenden Drohnen neuerdings sogar das Schuhwerk der Menschen aufnehmen können. Ob und welche Folgen diese Bilder auf Kim haben, bleibt abzuwarten.

Zugleich gab Trump als Präsident der USA, das sich gern als „Land der Freiheit“ sieht, gegenüber dem Diktator Kim Jong-un eine Sicherheitsgarantie, das heißt eine persönliche „Überlebensgarantie“ ab, ohne die Menschenrechte seiner Untertanen auch nur zu erwähnen – ein seltsamer Begriff von politischer Moral. Oder sollte es ein verzuckertes Lockmittel für die Abrüstung und damit vielleicht den Frieden auf der Halbinsel sein?

Der US-Präsident hat jedenfalls einen Anfang gemacht, dessen Ausgang allerdings nicht abschätzbar ist. Bisher hatte Kim seine Atomwaffen als Nordkoreas „heiliges Schwert der Gerechtigkeit“ gepriesen. Sollte eine Nuklear-Abrüstung tatsächlich stattfinden, dürfte sie nicht ohne stärkere ideologische und machtpolitische Differenzen mit der Militärführung Nordkoreas erfolgen. Bisher sind echte Konzessionen des Nordens nicht erkennbar.

Der jetzige Vertrag beinhaltet auch nur bloße Absichtserklärungen, jedoch nichts Substanzielles. Die komplette Denuklearisierung „soll bald beginnen“, heißt es. Einen Zeitplan zur realen Umsetzung der Beschlüsse gibt es nicht. Die bisherige Forderung Trumps nach einer „überprüfbaren und unumkehrbaren“ Nuklear-Abrüstung fehlt im jetzigen Vertragstext. Auch die Zahl und der Umfang der Überprüfer blieben ungeklärt.

Es bleibt nur zu hoffen, dass diese sehr wichtigen Details in den kommenden Verhandlungen sehr genau formuliert werden. Ohnehin ist es die Frage, ob man wirklich die wahre Zahl der vorhandenen Atombomben und Raketen sowie deren Produktionsstätten kennt. Eine Verifikation ist heutzutage in überaus großem Umfang möglich, doch dies über die Existenz von Plutonium soll kaum feststellbar sein.

Der Hinweis Trumps auf die Sprengung des nordkoreanischen Atomtestgeländes Punggye-ri als Zeichen des ehrlichen Abrüstungswillens Pjöngjangs erscheint fragwürdig. Er sollte wissen, dass nach chinesischen Wissenschaftlern die Anlage bereits bei einem Nukleartest im September 2017 einstürzte und seitdem unbenutzbar sein dürfte. Wirklich ehrlich wäre es gewesen, wenn die Nordkoreaner bei jener angeblichen Sprengung Experten im Sinne von Abrüstungs-Spezialisten den Zugang gestattet hätten.



Die Gefahr ist nicht gebannt: Trump mit Kim beim Treffen in Shanghai Bild: pa

Ebenfalls ohne jegliche Gegenleistung versprach der US-Präsident die Einstellung der alljährlichen nordamerikanisch-südkoreanischen Militär-Manöver, welche Kim Jong-un selber noch unlängst für ihn unwichtig erklärte. Sie wäre ein starker Affront gegen das verbündete Südkorea, das ohne die US-Streitkräfte dem stark aufgerüsteten Nordkorea unterlegen wäre.

Wenn Trump mit Kim in Augenhöhe verhandelt und ihn „großartige Persönlichkeit“ glaubt nennen zu können, so erhöht er damit dessen Selbstüberschätzung und zugleich den Preis, den die USA gerade für die Vernichtung der Langstreckenraketen gegen ihr Land werden bezahlen müssen. Trump steht vor Kongresswahlen im November, aber kann den Bürgern nicht versichern, diese Gefahr aus Nordkorea für die USA bis heute beseitigt zu haben.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Chinesen blasen zum Kampf

Der US-Elektroautobauer Tesla gerät immer mehr unter Druck – Konkurrenz aus Asien auf dem Vormarsch

Dem Elektroauto-Pionier Tesla machen nicht nur Produktionsprobleme beim neuen Model 3 zu schaffen. In China geht bald ein Unternehmen an den Start, das mit Hilfe westlicher Manager und massiver staatlicher Hilfe dem kalifornischen Unternehmen Tesla, aber auch den deutschen Autobauern den Kampf ansagt.

Noch halten die meisten Investoren Tesla-Chef Elon Musk die Treue. Bei der jüngsten Jahreshauptversammlung im kalifornischen Mountain View lehnte die Mehrheit der Aktionäre den Antrag ab, dem Firmengründer eine Doppelfunktion zu untersagen: Der Milliardär führt den Verwaltungsrat bei dem E-Autobauer, ist zudem aber auch Vorstand des Unternehmens. Der Verbleib auf beiden Posten ist für Musk ein dringend nötiger Erfolg.

Über Tesla gab es in den letzten Monaten vorzugsweise Negativ-Schlagzeilen. Vor einigen Wochen sorgten Unfälle mit dem Autopilot-Programm für Aufsehen. Erst vor Kurzem hatte Bloomberg, der einflussreiche Anbieter für Wirtschaftsnachrichten, die finanzielle Lage bei dem Elektroautobauer unter die Lupe genommen. Ergebnis der Recherchen waren Aussagen wie „Tesla verbrennt keinen Treibstoff, es verbrennt Geld".

Nach den Berechnungen von Bloomberg soll Tesla pro Minute 6500 Dollar verpulvern. Gewarnt wurde zudem, Tesla könnte noch in diesem Jahr das Geld ausgehen, wenn das Unternehmen wie bisher wirtschaftet und keine zusätzlichen Finanzierungsrunden durchführt. Nur wenig später kündigte Musk an, etwa neun Prozent der Belegschaft entlassen zu wollen. Derzeit beschäftigt das Unternehmen Tesla weltweit etwa 46 000 Mitarbeiter, rund 4100 Arbeitsplätze sollen wegfallen.

Vom Arbeitsplatzabbau ausnehmen will der Firmenchef Mitarbeiter, die an der Produktion des Model 3 beteiligt sind. Dieses Fahrzeug ist der Hoffnungsträger des Unternehmens, mit dem der Sprung in den Massenmarkt für Elektroautos gelingen soll. Allerdings kommt die Serienfertigung nur schleppend in Gang. Für den Wagen sind mehr als 400 000 Bestellungen eingegangen. Am 8. Juni gab Tesla bekannt, dass bislang nur etwa 35 000 Tesla Model 3, also weniger als zehn Prozent der insgesamt bestellten Fahrzeuge produziert worden sind. Zwischenziel sei es, die Monatsproduktion auf 30 000 Fahrzeuge des Models 3 hochzuschrauben.

Im April sollen sogar dreimal mehr Stornierungen als Vorbestellungen eingegangen sein. Das Magazin berief sich bei seinem Bericht auf eine anonymisierte Auswertung von Kreditkartentransaktionen. Ein Sprecher von Tesla bezweifelte die Korrektheit der Angaben, gab allerdings keine eigenen Zahlen bekannt.

Obendrein wird sich Tesla auch auf stärker werdende Konkurrenz einrichten müssen. Der Hersteller Jaguar hat inzwischen mit dem steht der Ex-BMW-Manager Carsten Breitfeld. Auch bei der Entwicklung der Fahrzeuge arbeitet Byton mit deutschen und westlichen Experten zusammen. Angekündigt hat der neue Autobauer weitgehend autonom fahrende E-Autos mit Reichweiten von bis zu 400 Kilometer, die nur noch nur 45 000 Dollar kosten sollen.

Bei seinen Plänen kann sich das Unternehmen auf Rückendeckung durch den chinesischen Staat verlassen. Erst vor Kurzem hat es



Stromfresser: An den Elektroladestationen könnten sich bald die Tesla-Autos rarmachen Bild: Imago

Bereits im Mai musste Tesla einen Rückschlag einstecken, als ein US-Verbrauchermagazin keine Kaufempfehlung für das Model 3 abgab. Mittlerweile seien auch viele Interessenten von ihren Vorbestellungen für das Model 3 zurückgetreten und hätten sich ihre Anzahlung von 1000 Dollar aushändigen lassen. So berichtete das Magazin „Recode", dass Tesla bislang fast 23 Prozent der von den Kunden geleisteten Anzahlungen für das Model 3 in den USA zurückerstattet habe.

I-Pace einen Elektro-SUV vorgestellt, der Tesla im Hochpreissegment Kunden abspenstig machen kann. Gleiches gilt für den Autobauer Volvo, der ankündigte, ab 2019 würden seine neuen Modelle zumindest ergänzend zum Verbrennungsmotor einen Elektromotor an Bord haben.

Ein gefährlicher Gegner wächst für Tesla derzeit in China heran. Dort eilt dem chinesischen Start-up-Unternehmen Byton mittlerweile der Ruf eines „Tesla-Killers" voraus. An der Spitze von Byton

sein Kapital um eine halbe Milliarde Euro erhöht: Bei den Geldgebern handelt es sich fast ausschließlich um chinesische Staatsunternehmen oder staatliche Fonds. Mit der Geldspritze will Byton ab 2021 nicht nur Tesla Konkurrenz machen, sondern auch etablierten Autobauern wie Mercedes und BMW.

Viele Anleger glauben trotz solcher Herausforderung immer noch an eine große Zukunft für den kalifornischen Elektroautobauer. Gemessen am Börsenwert hat das erst 2003 gegründete Unternehmen im vergangenen April sogar den Hersteller Ford überholt. Während der Autoriese aus Detroit an den Börsen auf 45 Milliarden Dollar taxiert wurde, brachte es Tesla im April auf rund 49 Milliarden Dollar an Börsenwert. Mit dieser Marktkapitalisierung rückte Tesla in den USA hinter General Motors auf Platz 2 der Autobranche auf. Mit im Spiel sind dabei eher hohe Zukunftserwartungen und weniger der Ist-Zustand bei Tesla. Während Tesla weniger als 80 000 Elektroautos an Kunden ausliefern konnte, verkaufte Ford 2017 rund 6,7 Millionen Autos. Der Traditionskonzern verdiente dabei 26 Milliarden Dollar, Tesla schreibt dagegen einen Verlust von 2,3 Milliarden Dollar.

Einige Marktbeobachter fühlen sich vor dem Hintergrund solcher Daten im Vergleich zum Börsenwert bereits an die Dotcom-Blase um die Jahrtausendwende erinnert. Auch in den 90er Jahren hatten technologische Entwicklungen wie das Internet oder Mobiletelefone die Reife für den Massenmarkt erreicht und eine Euphorie um die sogenannte New Economy entfacht. Ähnlich wie nun Tesla wurden vielen neugegründeten Technologieunternehmen glänzende Zukunftsaussichten bescheinigt. Viele dieser Hoffnungen zerplatzen allerdings im März 2000. Reihenweise wurden damals Start-up-Unternehmen, die kurz zuvor noch einen hohen Börsenwert hatten, plötzlich als Ramsch gehandelt.

Derzeit weckt nicht nur Tesla die Zukunftsphantasien vieler Anleger. Für Euphorie sorgten auch die Höhenflüge von Kryptowährungen. Die bekannteste dieser Digitalwährungen, war Ende 2017 im Wert zweitweise um beinah das 20-fache gegenüber dem Jahresbeginn angestiegen. Auch die darauffolgende scharfe Korrektur erinnerte einige Ökonomen wie den Wirtschaftsnobelpreisträger Robert Shiller bereits stark an altbekannte Spekulationsblasen. *N. Hanert*

MELDUNGEN

Baulandpreise unterschiedlich

Berlin – Die Bundesregierung hat die Zahlen der örtlichen Gutachterausschüsse und des Statistischen Bundesamtes für 2016 im Hinblick auf die Entwicklung der Baulandpreise ausgewertet. Am günstigsten war demnach der Grund für Eigenheimbauer in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen (40 Euro pro Quadratmeter im Durchschnitt), am teuersten in den Stadtstaaten Hamburg (480 Euro) und Berlin (280 Euro). Die kostspieligsten Flächenländer waren Hessen und Nordrhein-Westfalen (190 Euro). Auf kommunaler Ebene war München das teuerste Pflaster mit einem Quadratmeterpreis von 1600 Euro. *J.H.*

Fossile Stoffe rückläufig

Berlin – Der Anteil sogenannter erneuerbarer Energien am Brennstoffeinsatz zur Wärmeerzeugung in Deutschland hat sich von 9,2 Prozent 2006 auf 19,8 Prozent im Jahr 2016 mehr als verdoppelt. Der Steinkohle-Anteil sank im gleichen Zeitraum von 24,2 auf 19,6 Prozent. Auch der Anteil an Braunkohle, Mineralöl und Gasen war rückläufig, Insgesamt beansprucht die Wärmeversorgung mehr als die Hälfte des gesamten Endenergieverbrauchs. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.963.907.848.372 €
Vorwoche: 1.963.954.169.548 €

Verschuldung pro Kopf:
23.719 €
Vorwoche: 23.719 €

(Dienstag, 19. Juni 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Dümmste Kartoffel

Von Rolf Stolz

Merkwürdiges dringt in einem speziellen Einzelfall aus dem Jugendamt Hamm nach draußen. Sozusagen unter dem Teppich hervor hat das Ganze mehr als ein „Gerüchle“. Aber auch der Duft der großen weiten Welt zwischen Afghanistan, Deutschland und Norwegen weht hier. Norwegen, das ist doch das Land, das seit zwölf Jahren auf Platz 1 im „Human Development Report“ (Bericht zur menschlichen Entwicklung) bei Lebensqualität, Lebenserwartung und Bildung abonniert ist. Deutschland hat hierbei Platz 6 erreicht. Man lich sein, in Norwegen leben zu können. Allerdings haben frecherweise die Norweger die Erwartung, dass Neuankömmlinge auf kriminelles Handeln verzichten und durch Arbeit für sich selbst sorgen. Solches ist bekanntlich nicht jedermanns Zielvorstellung.

Nun kann das Jugendamt Hamm zunächst einmal nichts für seine es heimsuchenden Kunden. Die Verantwortung des Amtes beginnt dort, wo Verantwortung zu übernehmen ist. Verantwortungsvoll wäre es gewesen, Sabor S. bei der Rückreise nach Oslo zu helfen und ihm zu verdeutlichen: Asyl in Europa kann kein Wunschmenü sein, bei dem man sich jede Woche eine andere Spezialität auftischen lässt. Aber das Jugendamt Hamm hat eine alternative Auffassung vom Leben und vom Rechtsstaat. Zwar erklären sich die Norweger, trotz nicht gerade motivierender Erfahrungen mit dem fröhlichen Jungmann Sabor, bereit, diesen zurückzunehmen. „Kommt gar nicht in Frage“, sagt man sich in Hamm. „Der Sabor ist jetzt unser Sabor, um den kümmern wir uns, wir brauchen Fachkräfte. Außerdem soll am deutschen Sozialwesen die Welt genesen.“

> Asyl in Europa kann kein Wunschmenü sein, bei dem man sich jede Woche eine andere Spezialität auftischen lässt

muss nicht erläutern, wie Afghanistan abgeschnitten hat.

Es gibt Menschen, denen nichts schön genug ist. Womöglich leidet auch der knapp 18-jährige Afghane Sabor S. an diesem noch nicht medizinisch erforschten Krankheitsbild. Jedenfalls ist er nach eigenen Worten im Februar 2018 aus Norwegen, wo er Asyl beantragt und eine Aufenthaltsgenehmigung bis zum Oktober 2018 erhalten hatte, nach Deutschland geflüchtet. Ein Flüchtling flüchtet – aus einem der sozialsten und ausländerfreundlichsten Länder der Welt ausgerechnet ins angeblich so kalte Deutschland? Geht es noch?

Angesichts der Offenheit der Norweger für Ausländer – man frage nur die 50 Thailänder auf Spitzbergen, die größte Minderheit dort – sollte man als weitgereister Flüchtling glück-

Dem kopfschüttelnden Beobachter solcher Übergriffigkeit drängt sich die Frage auf: Haben vielleicht jene Türken und Araber ein wenig recht, die den deutschen Hans für die dümmste Kartoffel von allen halten?

Masterplan noch keine Wende

Von Gerd Seidel

Aus dem Masterplan des Bundesinnenministers Horst Seehofer zur angeblichen Neugestaltung des deutschen Asylrechts ist bis heute nur ein Punkt bekannt. Er hat offenbar aber die Kraft, CDU und CSU zu spalten. Dabei bedeutet dieser eine Punkt in Wirklichkeit nur ein sachtes Herantasten an eine echte Wende in der Asylpolitik, welche „die Herrschaft des Unrechts“ (Seehofer) tatsächlich beenden könnte.

In diesem Punkt wird nämlich lediglich die Zurückweisung solcher Ausländer an der deutschen Grenze verlangt, gegen die bereits eine Einreisesperre verhängt wurde oder die in anderen EU-Mitgliedstaaten schon Asyl beantragt hatten und dort erfasst wurden. Die meisten Ausländer, die aus allen Herren Ländern Merkels großzügige Gastrecht genießen wollen, brauchen weiterhin wie bisher an der Grenze zu Deutschland nur das Wort „Asyl“ zu nennen, um Zutritt zu dem Land zu bekommen, in dem sie dann – unabhängig vom Ausgang des eingeleiteten Asylverfahrens – im Regelfall für den Rest ihres Lebens, zumindest aber für viele Jahre, auf Kosten der deutschen Steuerzahler bei freier Kost und Logis gut leben werden.

> Deutschland darf Grenzregime ohnehin wiederherstellen

Daran würde der Seehofer-Plan wenig ändern – allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres haben 200 000 Asylbewerber die deutsche Grenze überschritten. Dennoch lehnt Bundeskanzlerin Angela Merkel auch diese vorsichtige Hinwendung zu mehr Normalität strikt ab. Sie findet dabei die Unterstützung der SPD, der Grünen und der Linken.

Der Vorgang zeigt zweierlei: Es gibt keinen Grund, Seehofer nach den vorliegenden Informationen als Retter zu feiern, der uns etwa aus dem von Merkel im September 2015 verursachten Asylchaos herausführen würde. Und der hartnäckige Widerstand von Merkel und ihren Helfern macht deutlich, wie tief der Riss ist, der durch die Gesellschaft geht, und dass es noch einiger Anstrengungen bedarf, um den eingetretenen staatlichen Kontrollverlust zu beenden sowie den status quo ante delictum wieder herzustellen.

Nach deutschem Verfassungsrecht (Artikel 16a Grundgesetz) und Gesetzesrecht (Paragraf 18 Asylgesetz, Paragraf 15 Aufenthaltsgesetz) sowie nach geltendem Europarecht (Dublin III – VO) wäre Deutschland ohnehin berechtigt, das für die deutschen Grenzen vorgeschriebene Regime umgehend wiederherzustellen, nämlich allen um Asylrecht begehrenden Ausländern die Einreise zu verweigern, wenn sie aus einem sicheren Drittstaat einreisen wollen. Als sichere Drittstaaten gelten alle Nachbarstaaten der Bundesrepublik.



Effektives Grenzregime: Deutschland darf alle Ausländer, die als Asylsucher aus einem sicheren Drittstaat einreisen wollen, an der Grenze abweisen

Bild: Imago

Gegenwind



Die EU kann von den Dinosauriern lernen

Von Florian Stumfall

Nach einem über viele Jahre anhaltenden Streit über den Namen des Landes hat Mazedonien nun mit seinem Nachbarn Griechenland einen Ausgleich gefunden. Der neue Name des Balkan-Staates lautet künftig: Republik Nordmazedonien. Das ist für die Griechen hinnehmbar, der bisherige, einfache Name war es nicht, denn man fürchtete eine Verwechslung mit dem antiken Makedonien, der Heimat Alexanders des Großen.

Nun also ist die griechische Seele beruhigt, und das ganze Gezerre hat ein Ende. Es war ohnehin nicht nur überflüssig, sondern vor allem lächerlich, weil die heutigen Griechen mit denen der Antike ethnisch kaum noch etwas zu tun haben, wie der Orientalist Jakob Philipp Fallmerayer schon vor rund 150 Jahren schrieb. Heute allerdings ist diese Erkenntnis politisch nicht mehr korrekt.

Dass aber dem Streit um Makedonien dennoch eine gewisse Bedeutung zukam, war der Umstand, dass sich Griechenland hartleibig weigerte, eine Aufnahme Mazedoniens in die EU unter diesem Namen auch nur ins Auge zu fassen. Und da bei derlei Fragen in der EU das Prinzip der Einstimmigkeit herrscht, war die gesamte EU-Erweiterung auf dem Balkan blockiert. Ein schönes, eindringliches Beispiel dafür, dass in der EU jede unsinnige Vorstellung eines einzelnen Landes immer mit 28 multipliziert wird.

Jetzt also kann die Balkan-Erweiterung ihren Fortgang nehmen, und die sogenannten Westbalkan-Länder Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Albanien, Serbien, Kosovo und eben die neu benannte Republik Nordmazedonien können sich auf Beitrittsgespräche vorbereiten. Beginnen soll die erste Runde mit Albanien und Nordmazedonien.

So weit so gut – doch es stellt sich eine neue Frage: Muss das alles sein? Wie dringend ist denn eine neue EU-Erweiterung? Leidet man denn nicht immer noch unter Mitgliedern wie beispielsweise Rumänien und Bulgarien? Und ist denn nicht der Gesamtzustand der EU, Gründungsmitglieder eingeschlossen, überaus betrüblich? So, dass er nach einer Kur, nicht nach beschleunigtem Wachstum ruft? Hätte der Architekt des Turmes zu Babel, als ein Scheitern des Vorhabens abzusehen war, eine Aufstockung des Gebäudes verlangt, so wäre er gesteinigt worden. Steinigen ist heute nicht mehr üblich, der Größenwahn hingegen schon noch.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Man kommt nicht umhin, die grundsätzliche Frage zu wiederholen, die sich mit dem Projekt „Europäische Union“ verbindet: Über 60 Jahre und zig Billionen verlorener Euro nach seinem Beginn steht immer noch nicht fest, wie weit diese Union einst reichen soll und ebenso wenig, wie es sich mit ihrer endgültigen staatsrechtlichen Verfassung verhalten wird. Also: „Wo stellt sich Brüssel seine Grenzen vor? Am Euphrat oder am Hindukusch, wo doch angeblich Deutschlands Freiheit verteidigt wird?

Und was kann diese Union anderes werden, als ein diktatorisch geführtes Zwangsregime, in dem der einzelne Staat, geschweige denn der einzelne Mensch alles Recht verloren hat. Es ist ja vor 50 Jahren der Gemeinschaft der Sechs schon nicht gelungen, sich nach demokratischen Regeln zu organisieren. Der Verlust an Selbstbestimmung ist indes nur einer der Schäden, die durch die politische Megalomanie verursacht werden. Ein mindestens ebenso schwerwiegender Verlust tritt in kultureller Hinsicht ein.

Schon das Ergebnis der EU-Osterweiterung um zehn Länder im Jahre 2004 hat gezeigt, dass mit wachsender Verschiedenartigkeit des Herkommens, der Geschichte, der Gewohnheiten und Bräuche sowie der lebensprägenden Präferenzen von Ländern und Völkern alle diese Kennzeichen dort an Wirkkraft einbüßen und schwinden, wo die politischen Entscheidungen fallen. Es gilt das Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners, und das ist bei der großen Vielfalt der Völker in Europa nun einmal nicht mehr als die verbindende geografische Nachbarschaft, wenn man schon den Teilkontinent vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer als einen einzigen Lebensraum begreifen will. Alle Besonderheiten, die drüber hinausgehen, werden ihrer Autonomie beraubt und in regionale Reservate gedrängt. Die Einhegung geschieht durch tausende von Richtlinien aus der EU-Kommission, die gekennzeichnet sind von Menschenferne und Desinteresse am Besonderen.

Die offizielle EU-Propaganda erachtet diesen Kulturverlust als unbedeutend gegenüber dem, was sie die „Friedensdividende“ nennt. Damit ist der Umstand beschrieben, dass es innerhalb der Europäischen Union seit Jahrzehnten keinen Krieg mehr gegeben hat. Doch dies belegt keineswegs den friedensstiftenden Charakter der EU. Neu ist lediglich, dass heute, im Gegensatz zu früher, die Aggressivität nach außen wirkt, wenn man von dem Überfall der NATO auf Jugoslawien und der Zerstörung des Landes einmal absieht.

Größere politische Einheiten sind tendenziell eher angriffslustiger als kleinere. Heute ist die Bundeswehr in 15 Ländern auf drei Kontinenten im Einsatz. Alle diese militärischen Aktionen, ob mit UN-Mandat oder ohne, entspringen den Verpflichtungen aus verschiedenen übernationalen Bündnissen. Das deutsche Großmachtgehabe wäre undenkbar ohne die übergreifenden Konglomerate wie EU oder NATO, welche eine solche Militärpolitik fordern und zu rechtfertigen scheinen. Bündnispflichten zwingen Berlin, das Grundgesetz zu missachten und an militärischen Aktionen teilzunehmen, die mit Verteidigung gar nichts zu tun haben. Von „Friedensdividende“ kann hierbei also keine Rede sein.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Wer dem staatlichen Wachstum – oder demjenigen der EU, was auf dasselbe hinausläuft – das Wort redet, verkennt Lebenskraft und Erfolge kleiner Staaten, wie sie gerade in Ostasien zu finden sind. In weit zurückliegender Zeit gab sogar der heutige Riese China dafür ein Beispiel. Im Jahre 2012 ging der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an den chinesischen Dissidenten Liao Yiwu, der in seiner Dankesrede die frühe Zeit Chinas pries, als es noch aus zahlreichen kleinen Staaten bestand, und nannte sie eine „unübertroffene Zeit, die Zeit einer nie dagewesenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Blüte“. Es war die Epoche von Konfuzius und Lao Tse.

Nicht nur chinesische Weisheit setzt auf die Vorzüge kleinerer, historisch und kulturell gewachsener politischer Einheiten. Der große griechische Philosoph Aristoteles sagte: „Außerdem gibt es ein gewisses Maß für die Größe eines Staates.“ Angesichts des griechischen Systems von Stadtstaaten mag es sein, dass wir heute einen großzügigeren Maßstab anlegen als Aristoteles, doch eines gilt sicher: Die natürliche, nicht von Machtpolitik diktierte Entwicklung von Staaten führt selbstverständlich zu verschiedenen Ergebnissen, auch, was ihre Größe angeht. Doch Großmachtambitionen, die um jeden Preis ganze Kontinente unterwerfen wollen, pflegen vor der Geschichte keinen Bestand zu haben.

Europa dürfe, so betet Brüssel täglich vor, nicht zwischen den USA, Russland und China „zerrieben“ werden. Natürlich nicht. Doch wenn man sich beispielsweise um ein entspanntes Verhältnis zu Russland bemühte, wäre eine solche Gefahr schon viel geringer. Die Schweiz wurde während der gesamten Zeit der NS-Diktatur in Deutschland nicht „zerrieben“. Es kommt nämlich nicht darauf an, wie groß ein Staat ist, sondern ob er eine gute Politik macht.

Was sich bei einer erneuten Erweiterung der EU auf dem Balkan vermehrt, sind Kosten, Bürokratie und die Macht einiger weniger, die an den Brüsseler Schaltstellen sitzen. Doch die sollten sich das Schicksal der Dinosaurier vor Augen halten. Die waren zwar groß, sehr groß sogar, aber es hat ihnen schlussendlich nicht viel geholfen.

Scheußlich, aber billig

Bausünden verschandeln das Land – Weil man sich an den Anblick gewöhnt hat, meckert keiner darüber

Prestigebauten wie die Hamburger Elbphilharmonie lassen an eine glanzvolle Welt der modernen Architektur denken. Sie verdecken schnell die Tatsache, dass unser Land von hässlichen Bausünden verschandelt ist.

Bauten, die im Fernsehen gezeigt werden, die im Internet präsent sind – für die meisten Menschen verkörpern sie „Architektur“. Heute, so scheint es, entsteht Architektur nur noch in den Zentren der größeren Städte oder der Metropolen. Architektur, wie wir sie heute an diesen Orten erleben, dient der Selbstdarstellung der Kommunen, dient dem Wettbewerb um Investoren und Touristen. In Bilbao sorgen weniger die Kunstwerke als das Gebäude des Guggenheim-Museum selbst für Besuchermassen. Architekt Frank Gehry war gewählt worden, da seinen Bauten der Ruf vorausging zu begeistern. Wolfsburg hat dank der 2016 verstorbenen Architektin Zaha Hadid mit dem „Phaeno“ ein modernes Image bekommen, und im historischen Lüneburg gibt Daniel Libeskinds Universität bald der Stadt einen neuen, in die Zukunft weisenden Charakter.

Es sind wenige Architekten – die wichtigsten wurden gerade genannt –, die die internationale Architekturszene beherrschen und die noch „Architektur“ schaffen. Dass die meisten Projekte dieser Architekten-Elite die Preisvorgaben sprengen, gehört schon fast zum guten Ton, unterstreicht die Bedeutung der Objekte.

Abseits der beachteten Zentren jedoch entsteht schon lange kaum noch Architektur. Zumindest werden keine Bauten errichtet, die den Anspruch haben, außergewöhnlich oder besonders sehenswert zu sein. So werden an den Autobahnausfahrten quer durch die Republik und quer durch Europa einfache eingeschossige Hallen hochgezogen. Man sieht inzwischen hunderte von ihnen und überall künden Baustellen von kommenden Neubauten. Ihr simples Prinzip: Ein Raster aus Betonstützen wird mit Fertigwänden verkleidet. Es sind reine Zweckbauten ohne jeden Anspruch. Sie machen die Landschaft, in der sie entstehen, ärmer und hässlicher, aber niemand stört sich daran.

Barackenarchitektur wird hingenommen. Oder anders: An den Autobahnausfahrten, in den Industriegebieten und an den Ausfallstraßen erwarten wir keine Architektur. Da akzeptieren wir die trostlose Ansammlung hässlicher Häuser und Hallen – wir haben uns daran gewöhnt.

Der alte Anspruch, dass Architektur unsere Welt lebenswert und auch schöner machen soll, scheint unter allgegenwärtigem Kostendruck verloren gegangen zu sein. Heute müssen Zweckbauten schnell und billig errichtet werden, für Schönheit, gelungene Proportionen, gute langlebige Materialien ist kein Geld mehr vorhanden. Wer seine Industriehalle heute als Kunstwerk begreift, wer mehr Geld ausgibt als unbedingt notwendig, der wird als Spinner oder Weltverbesserer angesehen.

Diese pragmatische, allein an den Kosten orientierte Einstellung hat längst auch den Wohnungsbau erreicht. Wenn man die Immobilienportale nach Neubauten durchsieht, trifft man immer auf denselben Grundtyp: einfache, weiße Appartementblöcke mit gläsern verkleideten Balkonen. An den Häusern ist es kaum noch möglich, lokale Eigenheiten zu entdecken, die individuelle Handschrift eines Architekten zu ermitteln. Die Einfamilien- wie Mehrfamilienhäuser sind ebenfalls Zweckbauten geworden – Bauten ohne den Anspruch, Architektur zu sein.

Um 1900 noch wollten Architekten mit ihren Schöpfungen die Welt verbessern. Alle Bereiche des Lebens sollten durch eine künstlerisch hochstehende und auch soziale Architektur aufgewertet werden. Es war die Überzeugung der Architekten des 20. Jahrhunderts, dass Wände, Grundrisse und nicht zuletzt die architektonische Form jedes Wohlbefinden direkt beeinflussen. Beim Dessauer Bauhaus stand die Idee, dass mithilfe der Architektur eine bessere Welt zu erreichen sei, im Vordergrund. Nicht wenige Leuchtturm-Projekte sollten dieses Ziel erreichen, sondern vielmehr der normale Wohnungs- und auch der Industriebau. Der Großsiedlungsbau im Berlin der 1920er Jahre – heute Weltkulturerbe – ist dafür ein gutes Beispiel.

Allerdings waren die Versuche, die Welt mithilfe von Architektur zu retten, nicht von Erfolg gekrönt. Die ambitioniertesten Wohnbauten entpuppten sich oft als abstoßende Anlagen, in denen selbst die Architekten nicht leben wollten. Die Architekten der Moderne haben die Welt nicht besser, nicht sozialer und auch nicht schöner formen können, eher trifft das Gegenteil zu.

Als Folge wurde das Kind mit dem Bade ausgeschüttet: Wenn bessere Architektur nicht zu einer besseren Gesellschaft führt, dann benötigen wir eben keine bessere Architektur mehr, dann genügen Baracken, die ihren Zweck erfüllen – so die heutige Vorstellung vom Bauen.

Immobilienkäufer achten nicht mehr auf die Schönheit der Fassaden, sondern mehr auf das Vorhandensein einer Tiefgarage oder auf die technische Ausstattung der Einbauküche. Innen muss alles perfekt organisiert sein, der äußere Eindruck hingegen ist egal. In Zürich spricht man bereits von einer „Cremeschnitten“-Architektur, die sich an den Hängen am Zürichsee ausbreitet – wie Cremeschnitten geschichtete Appartementblöcke, die alle irgendwie gleich aussehen.

Unterdessen dringt die Leuchtturmarchitektur der Zentren über alle Kanäle in die Köpfe der Menschen. Diejenigen, die in langweiligen und wiederholbaren Vorstädten leben, konsumieren über TV, Internet und Smartphone die großartige Architektur in Hamburg, Berlin oder New York. Die eigene Umgebung hingegen, die Logistik-Baracken an den Autobahnen, die typisierten Supermärkte an den Ausfallstraßen oder die rechtwinkligen Appartementblöcke werden nicht mehr wahrgenommen, werden in ihrer Nicht-Architektur fast unsichtbar.

Man kann davon ausgehen, dass heute weniger als ein Prozent des Gebauten von den Menschen bewusst wahrgenommen wird. Dieses Prozent wird als „Sehenswürdigkeit“ tausendfach fotografiert. Der Rest des Gebauten hingegen begleitet viel mehr und eindringlicher unseren Alltag, gehört zu unserer Realität. Und doch denken wir über diese Masse an Häusern nicht nach, stellen sie nicht in Frage, fordern keine Verbesserung. Wir haben uns angewöhnt, die Nicht-Architektur unserer Umgebung zu übersehen und uns lieber an Vorzeigeobjekten wie der Elbphilharmonie zu begeistern, so umstritten das Bauwerk in der Hansestadt auch ist. *Nils Aschenbeck*

Bild: imago

Klotz in der Landschaft: Einrichtungshäuser wie hier 2016 in Berlin sind keine Architekturperlen

MELDUNGEN

Geteilte Ehre für Provinzperlen

Potsdam – Der Choriner Musiksommer und das Oderbruch-Museum Altranft haben zu gleichen Teilen den erstmals verliehenen Berlin-Brandenburg-Preis erhalten. Der von den Landesdenkmalämtern beider Länder entwickelte, undotierte Preis soll Projekte ehren, die sich für einen einheitlichen Berlin-Brandenburger Kulturraum engagieren. In der Klosterruine Chorin findet seit 1964 eines der herausragenden Festivals der Region mit klassischen Konzerten statt. Das neugestaltete Oderbruch-Museum Altranft ist unter anderem Koordinator für die Bewerbung „Das Oderbruch – Klein Europa“ zum Europäischen Kulturerbesiegel. *tws*

Paris als Sehnsuchtsort

Marbach – Das Deutsche Literaturarchiv stellt in einer Ausstellung bis zum 31. März 2019 „Die Erfindung von Paris“ durch deutsche Autoren wie Siegfried Kracauer, Walter Benjamin, Ernst Jünger, Paul Celan und Undine Gruenter vor. Die literarischen Paris-Bilder haben die französische Hauptstadt zum Sehnsuchtsort und zur Projektionsfläche für viele Deutsche werden lassen. Info: www.dla-marbach.de. *tws*

Filmfest für Jung und Alt

Hildesheim – Vom 22. bis 24. Juni gastiert das jährliche „Bundes.Festival.Film“ zum ersten Mal in Hildesheim. Auf dem Filmfest werden im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter 38 Produktionen die Bundeswettbewerbe Deutscher Jugendfilmpreis und Deutscher Generationenfilmpreis gekürt. Programm unter: www.bundesfestival.de. *tws*

Traumatisierter Maler

Reise durch die Provinz – Der aus Westpreußen stammende Expressionist Fritz Ascher

Seit Herbst 2016 reist die Ausstellung „Leben ist Glühn“ mit 80 Gemälden und Grafiken des Expressionisten Fritz Ascher durch Deutschland. Sie ist eine späte Hommage an den im Dritten Reich verfemten und verfolgten Künstler. In Osnabrück eröffnet, wurde sie 2017 in Chemnitz, Berlin und Potsdam gezeigt, bevor sie derzeit noch bis zum 9. September im Hofgartenschlösschen von Wertheim zu sehen ist. Letzte Station des zweijährigen Marathons durch die Republik wird vom 30. September bis 25. November das Kallmann-Museum in Ismaning bei München sein. Danach sollen die Werke der von der New Yorker Fritz-Ascher-Society initiierten Schau zurück in die USA reisen.

Dass internationale Ausstellungen in die Provinz ziehen, spricht für die Qualität der dortigen Museen. Die an Tauber und Main gelegene alte gräfliche und fürstliche Residenzstadt Wertheim, Baden-Württembergs nördlichste Stadt, kann ihre adlige Vergangenheit nicht verleugnen. Bis heute ist das Schloss am gegenüberliegenden Mainufer im bayerischen Kreuzwertheim Sitz der Fürstenfamilie zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg. Für ihr Sommerschloss mainaufwärts im heutigen Stadtteil Wertheim-Eichel aber hatten sie einen Abbruchantrag gestellt.

Durch diverse Geldgeber saniert, beherbergt der spätbarocke Landsitz seit 2006 dank privater Stifter ein Kunstmuseum mit beachtlichen Werken von der Romantik bis Liebermann. Schwerpunkt sind die Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Skizzen namhafter Künstler der Berliner Secession, welche eindrucksvoll die große Spannbreite der um 1900 entstandenen modernen Kunstströmungen vor Augen führen. Großstadtflair verbreiten darunter die Berlin-Bilder von Lesser Ury aus den 1920er Jahren: Straße mit Taxen und Schloss.



Im Rausch der Farben: „Golgatha“ (1915) Bild: Malcolm Varon/Bianca Stock

Der 1893 in Berlin geborene und dort 1970 gestorbene Fritz Ascher war ein Kind dieser von Im- bis Expressionismus geprägten Umbruchzeit. Vater Hugo, in Naugard in Westpreußen geboren, reüssierte als Zahnarzt, zog nach Berlin und erlaubte der Familie als Produzent von Aschers künstlichem Zahnschmelz ein Leben in Wohlstand. Sohn Fritz absolvierte bereits als 16-jähriger bei Max Liebermann das Künstlereinjährige, studierte anschließend an der Kunstakademie Königsberg bei Ludwig Dettmann, kehrte um 1913 nach Berlin zurück, arbeitete als freischaffender Künstler und studierte weiter bei Lovis Corinth und Curt Agthe. Die Wertheimer Ausstellung zeigt erstmals auch Arbeiten seiner Lehrer.

Die Judenverfolgung des NS-Regimes machte dem sorglosen Schaffen ein jähes Ende. Drei Jahre lang versteckte sich Ascher im Keller einer der wenigen zerstörten Villen im Grunewald. Danach war er ein anderer. Traumatisiert und menschenscheu begann er, das Erlebte mit forschem Strich in Landschafts- und Blumenbildern zu verarbeiten. Ältere Bilder, vor allem Porträtdarstellungen, übermalte er. Zu kraftvollen Figurenszenen wie in seinen Gemälden „Golgatha“ von 1915 oder „Pferd und Reiter“ von 1916 fand er später nie wieder zurück. *Helga Schnehagen*

Schlösschen im Hofgarten, Wertheim-Eichel, geöffnet Dienstag bis Sonnabend von 14 bis 17 Uhr, sonntags von 12 bis 18 Uhr, Eintritt: 3,50 Euro, Internet: www.schloesschen-wertheim.de. Kallmann-Museum, Ismaning, geöffnet Dienstag bis Sonntag 14.30 bis 17 Uhr. Internet: www.kallmann-museum.de.

Gepackte Koffer

Die letzten Tage des Kaisers im Neuen Palais

Das Neue Palais in Potsdam war der bevorzugte Wohnsitz Wilhelms II. Doch nach der Novemberrevolution vor 100 Jahren musste der letzte deutsche Kaiser daraus ausziehen. Sein neues Zuhause war das Exil in den Niederlanden.



Bild: Slg. Kirschstein

„Auguste! wir müssen türmen“: Spottkarte von 1918

Seit dem 16. Juni darf sich der Kaiser posthum wieder im Neuen Palais aufhalten. In der bis zum 12. November laufenden Ausstellung „Kaiserdämmerung – Das Neue Palais 1918 zwischen Monarchie und Republik“ werden im Schloss Wilhelms II. letzte Tage als Kaiser gezeigt.

Als der Kaiser von der Revolution erfuhr, hielt er sich nicht in Deutschland, sondern im Großen Hauptquartier im belgischen Spa auf. Dafür blieb seine Gemahlin Auguste Victoria im Neuen Palais zurück. Doch in den Mittagsstunden des 9. November 1918 wurde die Standarte der Kaiserin von Angehörigen des Arbeiter- und Soldatenrates von der Kuppel des Kolonnadenbogens gegenüber dem Schloss eingeholt. Damit brach eine neue Zeit heran.

In den Jahren 1919 und 1920 durfte Wilhelm II. 33 Eisenbahnwaggons mit Möbeln und 30 Waggons mit Gemälden, Porzellan und Silber aus dem Berliner Schloss, dem Schloss Bellevue und dem Neuen Palais in die Niederlande verbringen lassen. Ein Teil dieser Gegenstände ist für die Dauer der Ausstellung ins Neue Palais zurückgekehrt, darunter einige Uniformen sowie der neubarocke Schreibtisch des Monarchen. Außerdem gelangten der große „Juwelenschrank“ der Kaiserin, Möbelstücke und ein Gemäldezyklus zurück an den alten Platz. *H. Tews*

Geöffnet täglich außer dienstags von 10 bis 17.30 Uhr. Eintritt: 8 Euro. Informationen im Internet: www.kaiserdaemmerung.de

Der Typewriter kam aus Tirol

Dem österreichischen Kaiser gefiel die erste Schreibmaschine allerdings nur wenig

Am 23. Juni 1868, also vor 150 Jahren, erhielten die US-Amerikaner Christopher Latham Sholes und Carlos Glidden das Patent für die Schreibmaschine. Erfunden hat den ersten brauchbaren „Schreibapparat“ aber ein anderer.

Der Zimmermann Peter Mitterhofer (1822 - 1893) aus Partschins in Tirol machte sich im Herbst 1866 zu Fuß auf den Weg von seinem Wohnort in das 650 Kilometer entfernte Wien. Er wollte zu Kaiser Franz Joseph. Der Wanderer war unterwegs mit schwerem Gepäck. In einer Truhe lag ein Gerät, wie es Seine Majestät noch nicht gesehen hatte: eine Schreibmaschine, Mitterhofers Erfindung. Sie war aus glänzend poliertem Holz und hatte Typen aus abgebrochenen Nadelspitzen, die das Papier von unten perforierten. Und leider auch oft zerrissen. Wenn einiges auch noch verbesserungsbedürftig war, der Erfinder hatte bereits einen Brief an Franz Joseph darauf getippt. Er erhoffte sich eine finanzielle Unterstützung, um das Schreibgerät weiter entwickeln zu können.

An seiner Brust trug er ein Schriftstück, das er am Hof überreichen wollte. Darin führte er beredt und ausführlich Argumente an, die jeden vom großen Nutzen der Schreibmaschine überzeugen mussten. Hier ein kurzer Auszug aus der viele Seiten umfassenden Epistel:

„Die wesentlichen Vorteile des Apparates sind folgende: Es wird durch die Anwendung desselben durch die schnellere Herstellung der Schrift an Zeit gewonnen; die Schrift ist immer gleich schön und gleich deutlich und gleichmäßig, und erfordert beiläufig den vierten Teil an Raum von der gewöhnlichen Kanzleihandschrift; daher ein bedeutendes Ersparnis an Papier erzielt wird und ist die Druckschrift für Jedermann leserlich.“

Vom Pekuniären kam er dann zum gesundheitlichen Aspekt: „Zweitens ist mit der Anwendung des Apparates keinerlei Anstrengung der Augen und der Brust verbunden, wie dies beim Schreiben mit der Feder unvermeidlich ist. Denn das einfache Berühren der Tasten mit den Fingern kann in ganz bequemer sitzender oder stehender Stellung und bei einiger Übung selbst im Dunkeln ganz leicht geschehen, und selbst Blinde können mittels dieses Apparates ohne besondere Anstrengung in einigen Tagen das Schreiben mit selben erlernen.“

Auch für Geheimnisträger sei der Schreibapparat unverzichtbar, argumentierte ihr Erfinder. „Nicht minder gute Dienste würde derselbe auch für Kanzleichefs und Beamte zur Ausfertigung von Präsidial- oder Reservatsschreiben, welche strenge Geheimhaltung erheischen, leisten, weil man während des Schreibens den Apparat mit dem Deckel insoweit schließen kann, dass niemand Unberufener Einsicht in die Schrift nehmen kann.“



Gehören seit der Einführug des Computers der Vergangeheit an: „Bürofräuleins“ und ihre klappernden Schreibmaschinen Bild: pa

Nach einer Begutachtung durch das Polytechnische Institut in Wien wurden Mitterhofer 200 Gulden bewilligt. Er entwickelte weiter. Das „Meraner Modell 1866“ war schon aus Metall und besaß eine Umschaltung für Groß- und Kleinbuchstaben sowie Ziffern. Die nächste Version, das „Wiener Modell 1869“ hatte 82 Tasten für Ziffern, Groß- und Kleinbuchstaben, Sonderzeichen wie Komma, Ausrufe- und Fragezeichen und Bindestrich. Diese Schreibmaschine sollte wohl auch anspruchsvolle Wünsche erfüllen. Mitterhofer machte sich ein zweites Mal zu Fuß auf den Weg nach Wien.

Die Reise endete mit einem Fiasko. Die Experten des Polytechnischen Instituts erkannten den Wert des Apparates nicht. Zutiefst enttäuscht trat der Tiroler den Rückmarsch an. Die freundliche, aber ablehnende Beurteilung für „Wien 1869“ lautete: „Jedenfalls ist aber das Resultat anerkennenswert, und das vorliegende in allen seinen Details musterhaft ausgeführte Modell würde für die Sammlung einer technischen Lehranstalt eine willkommene Bereicherung sein, und strebsamen Schülern zum anregenden Beispiele dienen können, wie weit es der denkende und fleißige Mensch bringen kann.“

Immerhin, Kaiser Franz Joseph kaufte die Maschine für 150 Gulden und schenkte sie dem Institut für dessen Modellsammlung. Das war Mitterhofer nicht genug. Er verlor jedes Interesse an seiner Erfindung und versuchte nicht, sie zu vermarkten. Die Nachricht, dass inzwischen zwei US-Amerikaner einen „Typewriter“ entwikkelt und am 23. Juni 1868 das Patent dafür erhalten hatten, traf Mitterhofer schwer. Er starb verbittert, wie es in der Biografie steht, die Rudolf Granichstaedten-Czerva veröffentlichte. Der mitfühlende Biograf ließ eine Inschrift auf Mitterhofers Grabstein meißeln, aus der die ganze Tragik dieses Erfinderlebens spricht:

Die Anderen, die von ihm lernten, Durften die Früchte seines Talentes ernten.

Die Anderen, damit waren Christopher Latham Sholes und Carlos Glidden gemeint. Mit Sicherheit waren ihnen Mitterhofers Schreibmaschine und ihre Technik bekannt. Ob und wie viel sie von ihm „lernten“, bleibt im Dunkeln. Der Buchdrucker Sholes und sein Partner brachten die Schreibmaschine zur Serienreife. Ihr „Sholes & Glidden Typewriter“ ließ sich komfortabel bedienen, man konnte mit zehn Fingern darauf schreiben, die Buchstaben waren nicht mehr alphabetisch angeordnet, sondern nach dem QWERTY-System, den ersten sechs Buchstaben auf der oberen Tastenreihe (auf deutschen Maschinen QWERTZ). Damit wurde erreicht, dass häufig genutzte Typenhebel voneinander getrennt lagen und sich nicht verhaken konnten. Viele Funktionen waren zweifelsfrei ähnlich wie bei den Modellen Mitterhofers.

Vergeblich bot Sholes die Erfindung der Western Union für 50 000 Dollar zum Kauf an. Auch die Chefs des Waffen- und Nähmaschinenherstellers Remington wollten nicht anbeißen. Sholes konnte sie schließlich bewegen, den Prototyp in Serie zu fertigen. Der Sholes & Glidden Typewriter stand als erste Schreibmaschine in Büros und Kanzleien. Sie bot vielen jungen Frauen erstmals die Chance, als „Bürofräulein“ berufstätig zu sein.

Ab Ende des 19. Jahrhunderts stellten in Deutschland mehrere Unternehmen Schreibmaschinen her, auch für Blinde, wie Mitterhofer es vorausgesagt hatte. Olympia, Triumph und Adler waren die bekanntesten Marken. Die Erfindung des Computers, der von der Schreibmaschine „gelernt“ hatte, verdrängte sie vollends. Das eilige Klappern in Büros ist verstummt.

Klaus J. Groth

Das Kalifat der Terroristen

Der IS-Führer lässt sich als Kalif und »Führer aller Gläubigen« titulieren – mit nicht weniger Recht als seine vielen Vorgänger

Am 29. Juni 2014 meldete der sogenannte Islamische Staat in seinem Online-Magazin „Dabiq“ die Ernennung des Anführers der Terrororganisation, Ibrahim Awad Ibrahim al-Badri, zum Kalifen und „Führer aller Gläubigen“. Seitdem wird immer wieder behauptet, dass dem nunmehr als Abu Bakr al-Baghdadi auftretenden Iraker jedwede Legitimation als Kalif fehle. Dabei zeigt ein Blick auf die Geschichte der Institution des Kalifats eher das Gegenteil.

„Kalif“ ist die deutsche Form des arabischen Wortes „Chalifa“, also „Stellvertreter“ oder „Nachfolger“. Im Islam sind damit politisch-religiöse Führer gemeint, welche an die Stelle des Propheten Mohammed traten, der am 8. Juni 632 gestorben war. Deshalb lautete deren vollständiger Titel auch meist „Chalifat rasul Allah“, das heißt „Nachfolger des Gottgesandten“.

Allerdings finden sich weder im Koran noch in den überlieferten Aussprüchen Mohammeds irgendwelche Bestimmungen über die Aufgaben und Funktionen eines Kalifen. Somit blieb offen, wem genau das Amt und der Titel zustanden, zumal kein naturgegebener Nachfolger des Propheten existierte, weil dieser keine männliche Nachkommenschaft hatte. Vor diesem Hintergrund kristallisierten sich in den turbulenten Tagen nach dem Tode des Begründers des Islam zwei relativ gleichwertige Kandidaten heraus, nämlich Abu Bakr Abdallah ibn Abi Quhafa as-Siddiq, der Schwiegervater des Propheten, und Abu l-Hasan Ali ibn Abi Talib, ein Vetter Mohammeds und Ehemann von dessen vierter Tochter Fatima. Hieraus resultierte am Ende die bis heute anhaltende Spaltung der Muslime in Sunniten und Schiiten, da letztere nicht akzeptieren wollten, dass Abu Bakr das Rennen machte – also jener frühe Kampfgefährte des Propheten, dessen Namen nun auch der IS-Kalif trägt.

Dabei erfüllte der Abu Bakr des 7. Jahrhunderts keineswegs alle Kriterien, welche von den Muslimen seinerzeit für den rechtmäßigen Nachfolger des Propheten aufgestellt worden waren. So gehörte der erste Kalif zwar genau wie Mohammed zum arabischen Stamm der Quraisch, zählte jedoch nicht zu den Blutsverwandten des „Gottgesandten“, was viele Gläubige gleichermaßen für zwingend notwendig hielten. Der frühere Stoffhändler Abu Bakr konnte sich lediglich dadurch qualifizieren, dass er zu den allerersten Muslimen überhaupt gehört und viele andere zum Islam bekehrt hatte. Außerdem war er der einzige Begleiter Mohammeds bei dessen Auswanderung nach Yathrib (später Medina) gewesen. Dies führte letztlich zur per Akklamation vollzogenen Ernennung Abu Bakrs durch verschiedene Clans der Quraisch, allen voran die Banu Aslam, Machzum und Sahm. Dahingegen opponierten die Parteigänger von Ali ibn Abi Talib sowie die Clans der Banu Haschim und Umayyaden gegen den ersten Kalifen, was zu einer Art Bürgerkrieg unter den Muslimen führte.

> Ein Kalif ist ein politisch-religiöser Führer, der an die Stelle des Propheten Mohammed tritt

Das heißt, Abu Bakrs Einsetzung erfolgte nicht im Konsens aller Gläubigen, wie es immer wieder gefordert worden war. Insofern sind ähnlich gelagerte Vorwürfe an die Adresse des heutigen Kalifen – so beispielsweise seitens von 120 islamischen Gelehrten aus aller Welt – faktisch gegenstandslos: Abu Bakr al-Baghdadi, dessen Beiname al-Qureishi besagen soll, dass er wie hunderttausende andere Araber auch dem Quraisch entstammt, fehlt zwar tatsächlich das einmütige Mandat der Muslime rund um den Globus, aber das war bei seinem historischen Vorbild um keinen Deut anders.

Und die folgenden Kalifen gelangten ebenfalls auf ganz unterschiedliche Weise in Amt und Würden – ungeachtet dessen, was mancher islamischer Gelehrte späterhin in seinen staatstheoretischen Abhandlungen als Idealverfahren proklamierte: Abu Bakrs Nachfolger Umar ibn al-Chattab und Uthman ibn Affan, also die Kalifen Zwei und Drei, wurden jeweils von ihren Amtsvorgängern vorgeschlagen und dann von einem winzig kleinen Gremium engster Anhänger des Propheten bestätigt.

> Die Kalifen gelangten auf ganz unterschiedliche Art und Weise in Amt und Würden

Dahingegen erfolgte die „Wahl“ des vierten Kalifen – diesmal kam nun endlich Ali ibn Abi Talib zum Zuge – unter noch chaotischeren Umständen als die von Abu Bakr. Nach dem Lynchmord an Uthman am 17. Juni 656 durch ägyptische Rebellen leisteten diese Ali den Treueeid und forderten ihn ultimativ auf, das Kalifat zu übernehmen, was er schließlich nach fünftägigem Zögern tat. 661 starb jedoch auch Mohammeds Vetter durch Mörderhand, woraufhin sich der Umayyade Muawiya ibn Abi Sufyan zum Kalifen erhob und die erste diesbezügliche Dynastie begründete. Außerdem sollte der nunmehr durch Usurpation beziehungsweise dann später aufgrund seines Ranges in der Erbfolge automatisch ins Amt gelangende Kalif nicht mehr als Stellvertreter des Propheten fungieren, sondern als „Chalifat Allah“, also „Gottes Statthalter“.

Die Dynastie der Umayyaden, in deren Zeit das Kalifat seine größte territoriale Ausdehnung erreichte hatte, verschwand 749/50 von der Bühne der Weltgeschichte, als die Abbasiden die Macht übernahmen. Sie erhoben Bagdad zum Zentrum des Kalifenreiches und bestimmten ihre Nachfolger nun auf testamentarische Weise – wichtig war dabei insbesondere die Zugehörigkeit des Kandidaten zur Familie des Propheten. Allerdings verloren die Abbasiden ab dem 10. Jahrhundert sukzessive an politischem Einfluss, wofür nicht zuletzt die Existenz der konkurrierenden Gegenkalifate der Fatimiden in Nordafrika und Umayyaden in Córdoba verantwortlich war. Das definitive Ende des Kalifats der Abbasiden kam allerdings erst 1517 infolge der Eroberung Kairos durch die Osmanen.

Deren Herrscher wiederum verzichteten zunächst auf den Kalifentitel – sie konnten ja auch schlecht behaupten, von den Quraisch abzustammen –, bis sich Sultan Abdülhamid I. schließlich 1774 eines Besseren besann, weil er unbedingt als Schutzherr aller Muslime in Russland sowie rund um die Welt auftreten wollte. Das nachfolgend ebenfalls dynastisch verankerte osmanische Kalifat existierte bis 1924, dann beschloss die türkische Nationalversammlung in Ankara, es abzuschaffen, woraufhin der vorerst letzte Kalif, der zuvor bereits auch als Sultan entthronte Abdülmecid II., nach Frankreich emigrierte.

Aus all dem geht zweifelsfrei hervor, dass es zu keinem Zeitpunkt während der letzten 14 Jahrhunderte nach dem Tode des Propheten Mohammed ein von allen Muslimen akzeptiertes und auch theologisch unstrittiges Auswahlverfahren für Kalifen gab. Insofern ist der vom sogenannten Islamischen Staat installierte Kalif Abu Bakr al-Baghdadi weder schlechter noch besser legitimiert als seine zahlreichen Vorgänger.

Wolfgang Kaufmann

Medial inszenierte Staatskrise

Der Tod eines RAF-Terroristen und eines Bundesgrenzschützers vor 25 Jahren erschütterten Politik und Gesellschaft

Für manche politische Beobachter war er der Auslöser einer „Staatskrise bisher ungekannten Ausmaßes“, für andere das „Waterloo“ der Roten Armee Fraktion (RAF): der chaotisch verlaufene Einsatz deutscher Sicherheitsorgane am 27. Juni 1993 auf dem mecklenburgischen Provinzbahnhof Bad Kleinen. Allerdings wurde dabei kein Linksterrorist „exekutiert“, wie es im Anschluss zunächst wahrheitswidrig-reißerisch hieß.

Spätestens 1992 stand die RAF mit dem Rücken zur Wand. Ihre „Dritte Generation“ fand so gut wie keine Sympathisanten mehr im wiedervereinigten Deutschland und agierte wie gelähmt. Augenfälliges Symbol dieser Schwäche war der unsinnige Anschlag auf das noch nicht bezogene Gefängnis im hessischen Weiterstadt im März 1993. Trotzdem versuchten die Sicherheitsbehörden, der Terroristen habhaft zu werden, um ihr ramponiertes Image angesichts diverser unaufgeklärter RAF-Morde seit 1985 aufzupolieren. Besondere Hoffnungen setzten die Ermittler dabei auf Klaus Steinmetz, einen V-Mann des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes. Dem war es nämlich gelungen, das Vertrauen der RAF-Mitglieder Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams zu gewinnen. Damit bestand die Chance, gleich zwei wichtige Leitfiguren aus der Kommandoebene der RAF unschädlich zu machen.

Die Festnahme der beiden Terroristen sollte im Zusammenwirken von Verfassungsschutz, Generalbundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz auf dem Bahnhof von Bad Kleinen erfolgen. Dass sich Grams und Hogefeld dort treffen wollten, ging aus konkreten Hinweisen von Steinmetz hervor. Insgesamt warteten am Nachmittag des 27. Juni 1993 etwa 100 Beamte, darunter 37 der Elitetruppe GSG 9, auf die Zielpersonen. Deren Verhaftung geriet dann allerdings trotz der zahlenmäßigen Übermacht der Polizei zum Fiasko. Aufgrund missverständlicher Funksprüche konnte nur Hogefeld ohne Komplikationen überwältigt werden. Dagegen lieferte sich Grams einen kurzen, aber heftigen Schusswechsel mit seinen Verfolgern und traf dabei einen von ihnen, den Polizeikommissar Michael Newrzella, mit vier Kugeln, wodurch der 25-Jährige den Tod fand. Grams wiederum bekam fünf Projektile ab und stürzte ins Gleisbett neben dem Bahnsteig. Anschließend starb der Terrorist an den Folgen eines aufgesetzten Kopfschusses.

Gemäß dem Ermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft Schwerin, welche 142 Zeugen befragte, sowie mehrerer Gutachten, darunter auch eines von der Stadtpolizei Zürich, gab Grams selbst den tödlichen Schuss in suizidaler Absicht ab, weil er sich in einer ausweglosen Lage befand. Damit endete das letzte Feuergefecht zwischen Mitgliedern der Roten Armee Fraktion und deutschen Sicherheitskräften. Die hierdurch ausgelösten politischen Turbulenzen sollten die Bundesrepublik noch eine Weile beschäftigen.

Schnell wurden die zahlreichen Pannen während des Einsatzes und danach bekannt. Neben der mangelnden Kommunikation beim Zugriff ließ auch die Spurensicherung im Anschluss sehr zu wünschen übrig. So vernichteten die Gerichtsmediziner beispielsweise mehrere wichtige Schmauch-, Blut- und Gewebespuren an beziehungsweise von Grams, und bei der Suche nach den verschossenen Projektilen kam es gleichermaßen zu Fehlern. Darüber hinaus stellte sich heraus, dass die GSG-9-Beamten ohne Schutzwesten angetreten waren und kein Notarzt bereitgestanden hatte. Insgesamt listete ein späterer Bericht der Bundesregierung 17 gravierende Fehlleistungen rund um den Einsatz in Bad Kleinen auf. Deshalb – und wegen diverser aufgeflogener Vertuschungsversuche der Sicherheitsorgane – musste am Ende der damalige Innenminister Rudolf Seiters seinen Hut nehmen. Danach traf es Generalbundesanwalt Alexander von Stahl. Ebenso Schaden nahm die Karriere des Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Hans-Ludwig Zachert, sowie seines Stellvertreters Gerhard Köhler. Außerdem stand die weitere Existenz der GSG 9 ernsthaft zur Disposition.



Todesumstände nie vollständig aufgeklärt: RAF-Terrorist Wolfgang Grams nach dem Kopfschuss aus eigener Waffe: Bild: Ullstein

> **Aufklärung begleitet von Lügen und Desinformation**

Ansonsten machten sich die Medien schon damals mehr Gedanken um das Schicksal von Terroristen und Mördern als um das von Polizisten. Allen voran das Fernsehmagazin „Monitor“ und „Der Spiegel“. Am 1. Juli 1993 sendete die ARD einen Beitrag des Teams um Klaus Bednarz, in dem behauptet wurde, Grams sei von den Elitepolizisten des Bundesgrenzschutzes „regelrecht hingerichtet“ worden. Als Hauptzeuge hierfür diente die Verkäuferin im Kiosk auf dem Bahnsteig 3/4 in Bad Kleinen. Und einen Tag später wiederum erschien dann im „Spiegel“ der Artikel „Der Todesschuss. Versagen der Terrorfahnder“. Darin wiederholte der „investigative Autor“ Hans Leyendecker unter Berufung auf einen anonym bleiben wollenden GSG-9-Beamten und angeblichen Beteiligten an der Aktion die These von der vorsätzlichen „Exekution“ von Grams aus Rache für den Tod von Newrzella.

Dies löste ein gewaltiges Echo innerhalb der Gesellschaft aus und es kam zu Protestdemonstrationen der linken Szene. Allerdings stellte sich in der Folge heraus, dass die ARD- und „Spiegel“-Journalisten Lügen verbreitet hatten. Die Kioskverkäuferin gestand später gegenüber der Schweriner Staatsanwaltschaft, sie habe nicht gesehen, wie jemand Grams einen Kopfschuss versetzte. Trotzdem sei sie von dem „Monitor“-Team massiv gedrängt worden, genau das eidesstattlich zu versichern. Und Leyendecker distanzierte sich dann 2007 von seinem Zeugen, weil diesem mindestens sieben Falschbehauptungen über den Einsatz nachgewiesen werden konnten. Dem folgte Selbstkritik, was die Qualität der damaligen Recherchen betraf: „Eigentlich hätte ich auch gefeuert werden müssen.“

Darüber hinaus stützen die gerichtsmedizinischen Gutachten die Version der Sicherheitsbehörden. Beispielsweise verlief der Schusskanal im Kopf von Grams so, dass im Grunde nur eine Selbsttötung in Frage kam. Deshalb scheiterten die zahlreichen Versuche der Eltern des Terroristen, die angeblichen Mörder ihres Sohnes juristisch zu belangen. Die letzte diesbezügliche Niederlage erlitten sie am 5. Oktober 1999 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Aus all diesen Gründen traf der 1993 regierende Bundeskanzler Helmut Kohl den Nagel auf den Kopf, als er mit Blick auf die Ereignisse nach der Aktion in Bad Kleinen in seinen „Erinnerungen“ schrieb: „Das war keine Staatskrise, es handelte sich schlicht um eine mediale Schmutz- und Desinformationskampagne, wie es sie noch nicht gegeben hatte.“

Wolfgang Kaufmann



Bild: pa

Moment der Woche

Das Pestalozzi-Gymnasium im nordrhein-westfälischen Herne hat im Ausland 20 Burkinis bestellt, um sie an muslimische Schülerinnen zu verleihen. Der Burkini ist ein streng islamischer Badeanzug, der nur Gesicht, Hände und Füße freilässt.

Schule schafft Burkinis an

NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) kritisierte die Entscheidung. Auch die nordrhein-westfälische Integrationsstaatssekretärin Serap Güler zeigt wenig Verständnis: „Während in Saudi-Arabien Frauen für ein bisschen Freiheit ihr Leben riskieren, sollten wir nicht in Deutschland auf Burkinis für Mädchen setzen“, so die CDU-Politikerin. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) dagegen hat den Schritt des Herner Gymnasiums begrüßt. *H.H.*

Der Meister aus der Box ...

... und »Fremde Welten«: Händel, die Festspiele und ein Problem mit Formen

Als männliches, mitteleuropäisches Wesen darf man die kurze Hose, gern kombiniert mit der Sandale, nur tragen, sofern mindestens eine dieser beiden Bedingungen zutrifft: Entweder man hat das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet oder man befindet sich auf einem Streifen zwischen Meer und Düne, auch bekannt als Strand. Gibt es da nicht ein Gesetz? Leider nein.

Daher war es problemlos möglich, in entsprechender Aufmachung zu dem einen oder anderen der zahlreichen Konzerte der Hallenser Händelfestspiele zu erscheinen. Etwa zu der großartig konzertant dargebotenen Oper „Rinaldo“. Ist ja eh nur was fürs Ohr, wen juckt es also, wenn Papa direkt aus dem Kleingarten in die Konzerthalle gesprungen kommt.

Zuschauer wie am Strand: in kurzen Hosen und Sandalen

Den 333. Geburtstag hätte Georg Friedrich Händel im vergangenen Februar begangen. Oder besser: Er hat ihn begangen! Hält man es mit Stefan Zweig, der ihm in einem der schönsten Stücke der deutschen Literatur – enthalten in den „Sternstunden der Menschheit“ – ein literarisches Denkmal errichtet hat, so ist 1759 von Händel nur das gestorben, was „sterblich gewesen“ ist.

Die jährlichen Händelfestspiele, für die Stadt Halle und das Land Sachsen-Anhalt eine Veranstaltung von internationalem Rang, boten abermals Musikalisches vom Feinsten. Angefangen von der neu inszenierten Oper „Berenice“ über das fast vierstündige Oratorium „Samson“ bis hin zu einer Reihe von Konzerten, bei denen der, sagen wir hier ruhig einmal, „Star“ im Mittelpunkt stand. Dies gilt für Magdalena Kožená ebenso wie für Julija Leschnewa.

Händel war selbstredend Mittelpunkt des Programms, aber auch seine Zeitgenossen kamen zu ihrem Recht. Nahezu ausverkaufte Vorstellungen sprachen für das Ganze, die Preise waren im Verhältnis zum gebotenen Klangniveau absolute „Schnäppchen“. Besucher von der britischen Insel, auf welcher der Meister vor allem wirkte und schuf, kamen zahlreich.

Soweit, so Musik, so gut. Oder doch nicht immer ganz? Der absterbende Gedanke, dass auch das Publikum Bestandteil des jeweiligen Schauspiels ist und man schon mit Rücksicht auf die anderen Besucher vielleicht das Tragen eines Hemdes (das hat nun wirklich jeder) in Erwägung ziehen sollte, war nicht der einzige atmosphärische Pflegefall. Aus einer „Box“ erschallten tagsüber „Messias“-Klänge über den Markt, Hintergrundmusik.

Nicht, dass Eiscafébesuchern und Straßenbahnaussteigern der Genuss solcher Noten vorenthalten werden sollte, aber steht nicht gerade dieses Oratorium, neben anderen, für religiöse Tiefe, die nicht jedermann empfinden muss, die man aber dennoch achten sollte? Dagegen nahm es sich beinahe harmlos aus, wenn das inzwischen verbreitete Beifallsgejohle die letzten Arientakte abschnitt und den Eindruck vermittelte, der Schreier respektive die Schreierin (hier herrscht Geschlechtergerechtigkeit) habe überhaupt nicht zugehört und sei nur mit großer Beherrschung in der (im Konzert noch immer erforderlichen) Stillsitzphase nicht vorzeitig geplatzt.

Wer es gar nicht aushielt, machte zwischendurch ein Mobiltelefonfoto oder auch gern ein kleines Video. Dazu kann man sich bereits während der Vorstellung problemlos erheben. Und dafür, dass so ein kompliziertes Gerät mitunter Geräusche macht und der „Aus-Knopf“ länger gesucht werden muss, haben nun wirklich alle Verständnis.

Auch ein veritabler Streit im Publikum kann mal vorkommen, deutlich vernehmbar fiel in den hinteren Sitzreihen der Ulrichskirche während des Konzerts des Countertenors Max Emanuel Cenci das Wort „Arsch“. Nein, auf die mitteldeutsche Region allein fällt das nicht zurück, die Anreisewege der Zuhörerschaft waren oft weiter.

Politischer Wille verbreitet seinen schlechten Atem

Es ist bei Weitem nicht das Schlimmste, was der Formenverfall, insbesondere von Publikumsseite, seit einigen Jahren kontinuierlich zu bieten hat. „Fremde Welten“ war das Motto der diesjährigen Festspiele. Zum Kulturschwund würde es gut passen, aber der ketzerische Gedanke, dass hier ein politischer Wille seinen schlechten Atem zu verbreiten versuchte, was im Programm zaghaft, aber erkennbar anklang, ist naheliegender. *Erik Lommatzsch*

Der historische Sieg des Dollar-Imperiums

In Bretton Woods haben die USA ihre Partner 1944 nach allen Regeln der Kunst übers Ohr gehauen

Am Ende des Zweiten Weltkriegs bestand die Chance, eine gerechtere Welt zu schaffen. Ein neues Währungs- und Handelssystem hätten es richten können. Aus Eigensucht haben die USA diese Chance unterlaufen.

Er droht mit Sonderzöllen auf ausgewählte Waren und mit dem Ausstieg aus internationalen Abkommen. Donald Trump und seine sprunghaften Äußerungen zum amerikanischen Handelsdefizit erleben die Europäer und vor allem die Deutschen als Albtraum. Dabei erscheinen dessen Drohungen, oberflächlich betrachtet, immer absurder.

Tatsächlich sind sie das keineswegs. Und richtig spannend wird es, wenn man dafür die jüngere Geschichte der internationalen Handelsungleichgewichte in den Blick nimmt. Dabei verdient vor allem das Jahr 1944 und die legendäre Konferenz von Bretton Woods besondere Beachtung, wo unter amerikanischer Federführung nicht nur Weltbank und IWF aus der Taufe gehoben wurden, sondern auch aktiv die Weichen für die explodierenden weltwirtschaftlichen Probleme der Gegenwart gestellt wurden. Schauen wir zurück.

Es war Walther Funk, Präsident der Deutschen Reichsbank und Reichswirtschaftsminister, der ab 1940 unter dem Eindruck des Krieges als erster ein Modell für die wirtschaftliche Neuordnung Kontinentaleuropas entwarf. Grundlegend neu war bei seiner Idee einer „Europäische(n) Wirtschaftsgemeinschaft“, dass eine künftige Währung nicht mehr durch Gold oder Silber gedeckt werden sollte, sondern durch „Arbeit“.

Basis waren Tauschgeschäfte (Bartergeschäfte) zwischen Staaten, wobei die Reichsbank das Verhältnis der zu tauschenden Güter festlegte. Eine Wirtschaftsunion im Sinne einer weitergehenden Verflechtung der Teilnehmer war nur für wirtschaftlich ähnlich aufgestellte mittel- und nordeuropäische Staaten vorgesehen, darunter Niederlande, Dänemark, Frankreich, Finnland, während Funk etwa für Rumänien die Voraussetzungen dafür noch nicht gegeben sah.

Grundzug von Funks Konzept war ein Handel ohne Geld – Devisen waren Mangelware –, das zwar den Güterwert objektiviert, über die Geldinstitute den Vorgang aber auch Fremdeinflüssen aussetzt. Die Pläne Funks wurden mit einigem propagandistischen Aufwand in Europa publiziert und fanden durchaus Anklang, auch bei dem englischen Ökonomen John Maynard Keynes.

Von der britischen Regierung wurde Keynes beauftragt, ein Gegenmodell zu entwerfen. Da er an Funks Idee wenig zu bemängeln hatte, unterstellte er Deutschland, seine Handelspartner in Wahrheit versklaven zu wollen. Zugleich vertiefte er sich in die Geld- und Handelsproblematik und erweiterte dabei Funks Konzept. Statt Güter gegen Güter sollten in Keynes' System Güter über die virtuelle Verrechnungseinheit „Bancor“ gegen Güter gehandelt werden.

Eine internationale Verrechnungsstelle sollte für die handelnden Staaten Konten einrichten: Staaten mit höherer Importquote sollten darauf höhere Zinsen für ihren „Kredit“ bei der Verrechnungsstelle zahlen, Staaten mit erhöhter Exportquote dagegen Negativzinsen auf ihre Guthaben. Ein simpler Mechanismus, der die Marktteilnehmer diszipliniert und ausgeglichene Handelsbilanzen attraktiv gemacht hätte.

Hintergrund war die durchaus richtige Beobachtung von Keynes, dass kleine Schuldner-Staaten ansonsten gegenüber dominanten Gläubigerstaaten leicht unter Druck kommen, was oft genug auch zu Kriegen führt.

Schwachstelle beider Entwürfe war dabei zweifellos die Versuchung der Macht, die sich bei Funk in der Reichsbank und bei Keynes in der Verrechnungsstelle konzentriert. So erklärte Funk 1940 unmissverständlich: „Deutschland besitzt in Europa jetzt politisch die Macht, eine Neuordnung der Wirtschaft entsprechend seinen Bedürfnissen durchzusetzen. Der politische Wille, diese Macht zu gebrauchen, ist vorhanden.“ Bei Keynes heißt es kaum weniger deutlich: „Ich begreife die Verwaltung und das tatsächliche Stimmrecht als dauerhaft anglo-amerikanisch.“

Infolge der militärischen Entwicklung war Funks Plan bald obsolet. Aber auch England stieß bei den USA zunächst auf Unverständnis, als es die Neuordnung nach dem Krieg unter angelsächsischer Leitung ventilierte. Erst im Sommer 1942 kam der Gegenentwurf des US-Politikers Harry Dexter White in die Hände von Keynes, der schnell erkannte, dass dieser widersprüchlich und vage war: „Es ist eine ziemliche Qual, den Vorschlag von Harry White zu lesen und in Gänze zu verdauen“, notierte er, „und ganz offensichtlich kann er nicht funktionieren.“

Tatsächlich war Keynes in eine Falle getappt. White, der kurz nach dem Krieg wegen Spionage für die Sowjetunion unter Anklage gestellt werden sollte und wenig später starb, war zu keinem Zeitpunkt gewillt, eine Neuordnung der Weltwirtschaft ausgewogen zu gestalten. Klares Ziel war vielmehr, dass der US-Dollar Weltleitwährung werden und das britische Pfund beerben sollte. Dafür arbeitete White auch mit unlauteren Verfahrenskniffen und dem, was wir heute „forum-shifting“ nennen. Über die Teilnahme möglichst vieler Nationen wurde der für Juli 1944 einberufenen Konferenz von Bretton Woods USA ein demokratisches Mäntelchen umgehängt, während die Beschlussfassung nach „Hütchenspiel“-Manier erfolgte.

So ließ White die Kommissionen von ausländischen Delegierten leiten, die jedoch einflusslos blieben, weil Tagesordnung, Stimmzählung und Abschlussprotokoll in den Händen US-amerikanischer Schriftführer verblieben. Diese waren aber zuvor in einer Manöver-Konferenz darin trainiert worden, die US-Vorstellungen um jeden Preis durchzubringen – etwa durch hyperkomplexe Fragenstellungen und das taktische Einberufen von Spezialkomitees.

Als die Delegierten durch endlose Sitzungen und sprachliche Defizite zermürbt waren, inszenierte Dexter White den „Final Act“. In der Nacht vor der endgültigen Unterzeichnung änderte er eine entscheidende Textpassage und setzte den Dollar als Ankerwährung ein, zu dem alle Nationen ihre Wechselkurse in einem von Amerika festgesetzten Verhältnis zu halten hatten. Die düpierten Briten bemerkten den Betrug erst nach ihrer Rückkehr. Walter Funk kommentierte: „Wenn heute die Amerikaner die Rückkehr zur Goldwährung propagieren, so bedeute dies, insbesondere mit Rücksicht auf den herrschenden Goldbesitz dieses Staates, nichts anderes, als die Erhebung der Dollarwährung zur Weltwährung und den Anspruch auf die absolute Herrschaft in der Weltwirtschaft. Das wäre die Erfüllung der letzten Kriegsziele des amerikanischen Gold-Dollarimperialismus.“

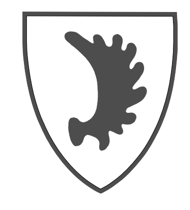
Das war durchaus richtig erkannt. So hatten Präsident Roosevelt und sein Finanzminister Henry Morgenthau im Laufe des Krieges sämtliche Goldvorräte des finanziell klammen Großbritannien als Sicherheiten an sich genommen, zudem das Gold Rumäniens, der Tschechoslowakei, der Niederlande und Belgiens, das London zuvor seinerseits an sich gerissen hatte. Die britischen Auslandsinvestitionen in den USA waren schon verpfändet. Und nach der Niederlage Frankreichs 1940 hatte Roosevelt gar dem französischen Minister Paul Reynaud angeboten, 500 Tonnen französisches Gold in den USA zu „verwahren“.

Die Briten haben zu spät bemerkt, was gespielt wird

Unmittelbar nach der Kapitulation Japans erfolgte der nächste Schachzug, und die USA kündigten London das „Pacht- und Leihgesetz“ auf. Die Auszahlung einer Anleihe für Lebensmittel machten sie von der Unterzeichnung des Bretton-Woods-Abkommens abhängig. Die erpressten Briten hatten angesichts einer drohenden Hungersnot keine Wahl. Dass das erzwungene Abkommen zwar den Dollar als Leitwährung inthronisierte, aber schon 1971 durch strukturelle Mängel scheiterte (Triffin-Dilemma), ändert nichts an der Tatsache, dass es 1944 in den Händen der USA lag, die Weichen für eine gerechtere Weltwirtschaft zu stellen – und die USA diese Chance vertat. *Nike U. Breyer*



Die Welt am Tropf des US-Dollar: Britische Karikatur von 1949 Bild: Imago



Das Ostpreußenblatt



Nr. 25 – 22. Juni 2018

MELDUNGEN

Eine Perle fürs Museum

Lyck – Das Museum in Lyck wurde durch einen in den 1920er/30er Jahren erbauten Post-Waggon bereichert, in dessen Besitz Polen als Kriegsreparation gekommen ist. Zunächst stand der Waggon in Allenstein. Von dort kam er in den 1970er Jahren nach Lyck. Der Waggon wurde dabei gar nicht für Postzwecke eingesetzt, sondern vernachlässigt. Im vergangenen Jahr wurde das denkmalwerte Exponat fürs Museum in Lyck renoviert und steht jetzt als Perle des Museums auf dem Lycker Kleinbahnhof. *PAZ*

Fast nur noch Ruinen

Gerdauen – Im Rahmen der Fussball-WM richten auch überregionale russische Medien ihren Fokus auf Ostpreußen. So berichtete ein Medium in einer Fotoreportage über den Verfall in Gerdauen. Der Ort, im 14. Jahrhundert gegründet, wovon die Ordensburg zeugt, war im Krieg fast vollständig erhalten geblieben. Nicht Waffen, sondern die Zeit habe Gerdauen zerstört. Der Zerfall der Sowjetunion und die damit einhergende Schließung von Fabriken hätten Gerdauen in einen trostlosen Ort verwandelt. Gebäude, die unter der Kontrolle der Russisch-Orthodoxen Kirche stehen, seien für Besucher geschlossen, so der Bericht. *MRK*

Musik und Magie in Osterode

Lebendiges Brauchtum beim Ostpreußischen Sommerfest





Heiterkeit und Nachdenkliches: Die Tanzgruppe „Saga" aus Allenstein (links oben) und die Kindergruppe „Zarjana" aus Königsberg (links unten) erfreuten die Zuschauer mit ihren Darbietungen. Pfarrer Dawid Banach und Domherr André Schmeier beim ökumenischen Gottesdienst (oben) Bilder: H. Frahm

Mit herrlichem Sonnenschein und der Musik des Osteroder Stadtorchesters wurden die rund 1000 Besucher des diesjährigen Ostpreußischen Sommerfestes im Amphitheater in Osterode [Ostróda] begrüßt. Aus der ganzen Region waren sie angereist, um eine bunte Mischung aus Gesang, Volkstanz und Zauberkunst zu sehen.

Nach einem ökumenischen Gottesdienst und den Grußworten zeigten Vereine aus dem Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM), wie lebendig deutsches Brauchtum in Ostpreußen auch im Jahre 2018 noch ist. Die Tanzgruppe „Bernsteinblume" aus Königsberg forderte sogar einzelne Zuschauer zum Tanz auf und sorgte für eine ausgelassene Stimmung. Ein weiterer Höhepunkt war der Auftritt eines Magiers, der vor den ungläubigen Augen des Publikums Möbel schweben ließ und sich selber zersägte.

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe der *PAZ* den ausführlichen Bericht über das Sommerfest.

Hanna Frahm

»Leben wir Europa in Einigkeit und Recht und Freiheit!«

Die *Landsmannschaft Ostpreußen* (LO) hat am 16. Juni ihr diesjähriges Sommerfest in Osterode gefeiert. LO-Sprecher Stephan Grigat hat die Begrüßungsrede gehalten. Hier der Abdruck im vollen Wortlaut:

Ostpreußen lebt! Wir sind heute heute hier in Osterode im Oberland zusammen gekommen, um uns zu unserer gemeinsamen Heimat Ostpreußen zu bekennen. Ich sage bewusst „gemeinsame" Heimat, denn niemand von uns, von den vielen verschiedenen Menschen und Volksgruppen, die in den letzten 800 Jahren hier ansässig waren, hat ein exklusives, das heißt ein andere auschließendes, Recht auf die Heimat Ostpreußen. Heimat hat nur, wer auch Liebe zur Heimat empfindet. Heimatliebe ist Liebe, Liebe ist Heimat.

Die Liebe ist langmütig und freundlich, die Liebe eifert nicht, die Liebe treibt nicht Mutwillen, sie bläht sich nicht auf, sie verhält sich nicht ungehörig, sie sucht nicht das Ihre, sie lässt sich nicht erbittern, sie rechnet das Böse nicht zu, sie freut sich nicht über die Ungerechtigkeit, sie freut sich aber an der Wahrheit; sie erträgt alles, sie glaubt alles, sie hofft alles, sie duldet alles. Und darum richtet sich die Heimatliebe der Ostpreußen gegen niemanden und schließt niemanden aus.

Ostpreußen verfügt über eine faszinierende eigentümliche Kraft, die in den vergangenen Jahrhunderten aus Prußen und Deutschen, Litauern, Hugenotten und Salzburgern, Masuren und Polen den eigensinnigen Stamm der Ostpreußen geformt. Diese Kraft wirkt auch heute noch und schafft Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen die Ostpreußen lieben oder sich jedenfalls mit ihm verbunden fühlen. Ein deutscher Ostpreuße ist unterscheidbar von einem anderen Deutschen, ein polnischer Ostpreuße von einem anderen Polen. Ostpreußen ist uns Heimat, Geschichte, Platz unserer Wurzeln, Natur, Lebensfreude, Ort unserer Träume, Wünsche und Sehnsüchte – untrennbar mit unserem Schicksal verbunden. Und so wird es bleiben.



Bild: H. Frahm

LO-Sprecher Stephan Grigat eröffnet die Veranstaltung

Wir wollen im Herzen bewahren, was auf uns überkommen ist, und gemeinsam Teil einer Zukunft Ostpreußens in Freiheit und Vielfalt sein. Ostpreußen ist zu 3/5 Teil der Europäischen Union und so wieder staatlich mit Deutschland verbunden. Ostpreußen hat Anschluss an die Freiheit und den Wohlstand des sogenannten „Alten Europa" gefunden. Die Menschen, die heute in Ostpreußen außerhalb des Königsberger Gebiets leben, sind frei. Und nahezu das Wichtigste ist: Es gibt eine große Übereinstimmung, ja Freundschaft, zwischen Ostpreußen und Ostpreußen, zwischen den Bürgern, die (schon) vor dem Krieg hier lebten und ihren Nachkommen einerseits, und den Ostpreußen, die erst nach dem Krieg hierhergekommen sind andererseits. Jeder sollte sich bewusst sein, dass das ein großes Geschenk ist. Jeder sollte sich bewusst sein, dass das nicht so bleiben muss. Jeder sollte sich seiner Verantwortung für das Ganze, für das Land und die Menschen, die hier lebten und leben, für die Geschichte, Kultur und Entwicklung Ostpreußens bewusst sein.

Gott gab uns dieses Land, um es zu gestalten, um für Frieden, Freundschaft und Wohlstand einzutreten, und um es heile und friedvoll an unsere Kinder weiter zu geben. Die Entwicklung seit 1989 gibt uns Grund zur Zufriedenheit und Zuversicht für die Zukunft. Diese Entwicklung ist Europa geschuldet, der Europäischen Union, ihrer Rechts- und Wirtschaftsordnung, ihrer menschlichen und wirtschaftlichen Solidarität. Ohne Europa gäbe es keine Entwicklung, keine Freiheit, keinen Wohlstand, keinen Frieden. Alle müssen daran mitwirken, dass es so bleibt und dass das große Europa mitsamt dem kleinen Ostpreußen fortschreitet.

Die politische Entwicklung, insbesondere die Entwicklung der Beziehungen zwischen Europa und Russland gibt Anlass zur Sorge. Die negativen Auswirkungen sind vielfältig und beeinträchtigen auch unsere Arbeit. So ist gerade die direkte Flugverbindung zwischen Berlin und Königsberg wieder eingestellt worden. Unsere Schlussfolgerung aus dieser Entwicklung kann nur die Forderung sein, dass auch Königsberg mit dem mittleren Streifen Ostpreußens nach Europa zurückkehren und Teil der Europäischen Union werden soll. Es ist schon alleine Grund genug dafür, dass Königsberg nach Europa zurückkehrt und Teil der Europäischen Union wird, dass Ostpreußen mit ihm als Hauptstadt der erste evangelische Staat in Europa war. Herzog Albrecht hatte enge Verbindungen zu Martin Luther.

Daneben müssen wir dafür sorgen, dass es keine Zone mit eingeschränktem Rechtsstaat und eingeschränkter Demokratie und Freizügigkeit im Herzen Ostpreußens und als Sperrriegel innerhalb der Europäischen Union gibt. Wir werden aber auf Dauer nur dann ein gemeinsames, friedliches, freies und demokratisches Europa erreichen, wenn alle oder jedenfalls die große Mehrheit der Europäer dies aus tiefer Überzeugung wollen. Wir werden kein freies und einiges Europa mehr haben, wenn Länder zu etwas gezwungen werden. Man kann Menschen nicht zu ihrem Glück zwingen, sie müssen es selbst finden und dann daran festhalten. Das gilt auch für Länder und Völker. Nicht Druck oder Zwang sind also gefordert, sondern Überzeugung. Ein freies und geeintes Europa kann nur ein Europa der Vaterländer sein.

Seien wir gute Ostpreußen, dabei Deutsche oder Polen, Litauer oder Russen und gleichzeitig engagierte Europäer. Leben wir Europa in Einigkeit und Recht und Freiheit, in seiner Vielfalt zum Wohle aller, vergessen wir nicht die Vergangenheit, sondern bewahren wir unsere Geschichte und Kultur, und arbeiten wir an einer Zukunft in Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand.

Wir gratulieren ...

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brandtstäter, Heinz, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 25. Juni
Droste, Werner, aus Montzen, Kreis Lyck, am 27. Juni
Glaser, Egon, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 23. Juni
Henseleit, Irmgard, geb. **Osten**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Maslo, Hedwig, geb. **Masurek**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 22. Juni
Rogalla, Johanna, geb. **Sobottka**, aus Binien, Kreis Lyck, am 23. Juni
Rupsch, Herta, geb. **Grigull**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Flogerzi, Gerda, geb. **Steckel**, aus Kahlau, Kreis Mohrungen, am 27. Juni
Kiesewalter, Frieda, geb. **Borowski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 28. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bethke, Elfriede, aus Treuburg, am 26. Juni
Büdenhölzer, Erna, geb. **Kaspereit**, aus Wehlau, am 22. Juni
Habedank, Heinz, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 26. Juni
Heyna, Herta, geb. **Dombrowski**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 25. Juni
Kuchen, Frieda, geb. **Komossa**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 25. Juni
Lyhs, Ruth, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 24. Juni
Meyer, Edeltraut, geb. **Gehra**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 77, am 24. Juni
Preiß, Ella, geb. **Palm**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 22. Juni
Sill, Eva, geb. **Koschorreck**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 25. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fröhlich, Bruno, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 22. Juni
Hähne, Brunhilde, geb. **Ziehe**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 27. Juni
Krings, Inge, geb. **Rogge**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Ogilvie, Annemarie, geb. **Pilz**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, und aus Haselberg, Kreis Schloßberg, am 22. Juni
Philipp, Elfriede, geb. **Fuchs**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 26. Juni
Priewe, Heinz-Walter, aus Ortelsburg, am 27. Juni
Simader, Charlotte, geb. **Loch**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 24. Juni
Stinka, Heinrich, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 24. Juni
Zarske, Frieda, geb. **Zielke**, aus Rockeimswalde, Kreis Wehlau, am 27. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Barkowski, Eva, geb. **Kledewski**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 25. Juni
Figur, Waltraud, geb. **Sawitzki**, aus Littfinken, Kreis Neidenburg, am 28. Juni
Fischer, Hedwig, aus Lisken, Kreis Lyck, am 22. Juni
Kinder, Horst, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 23. Juni
Pohner, Evemarie, geb. **Block**, aus Lyck, Lycker Garten 16, am 26. Juni
Poschadel, Irmgard, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 26. Juni
Rokitta, Erika, geb. **Magdowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 26. Juni
Schulz, Marianne, geb. **Schiele**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Juni
Schwöll, Günter, aus Biegiethen, Kreis Fischhausen, am 22. Juni
Tomkowitz, Elfriede, geb. **Samotia**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 27. Juni
Traube, Karen, aus Woydiethen, Kreis Fischhausen, am 23. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Blank, Irmgard, geb. **Gandlau**, aus Talken, Kreis Lötzen, am 27. Juni
Burba, Klaus, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Dahlke-von Terzi, Susanne, geb. **von Terzi**, aus Lyck, am 25. Juni
Eggert, Edith, geb. **Schernack**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 27. Juni
Heinrichs, Hildegard, geb. **Gerdes**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. Juni
Kirchenberger, Luise, geb. **Jakubczyk**, aus Lyck, Hindenburgstraße 16, am 25. Juni
Kolnisko. Siegfried, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 28. Juni
Lasarzig, Ruth, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 27. Juni
Rusch, Hans-Jürgen, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 23. Juni
Weiß, Frieda, geb. **Kledtke**, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 26. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Birr, Herta, geb. **Sczesny**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Juni
Doerfert, Ella, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 28. Juni
Habedank, Walter, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 24. Juni
Herrmann, Hans Horst, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 23. Juni
Hummelmeier, Hedwig, geb. **Wolff**, aus Polennen, Kreis Fischhausen, am 26. Juni
Körber, Irmgard, geb. **Smorra**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 25. Juni
Krusche, Toni, geb. **Frenkler**, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Rolfes, Lotte, geb. **Fidorra**, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, am 25. Juni
Treßelt, Gertrud, geb. **Boersch**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 25. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bohl, Elfriede, geb. **Klein**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 27. Juni
Cordes, Lydia, geb. **Hensel**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. Juni
Eckert, Hannelore, aus Lyck, am 28. Juni
Kleinert, Hildegard, geb. **Danowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. Juni
Kowallik, Irmgard, geb. **Schmidt**, aus Kilianen, Kreis Treuburg, am 22. Juni
Kränkel, Günter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 26. Juni
Küthe, Edeltraut, geb. **Gerths**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 27. Juni
Neumann, Horst, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 23. Juni
Schwiering, Irmtraut, geb. **Broszewski**, aus Treuburg, am 27. Juni
Torner, Horst, aus Lyck, Thorner Straße 1, am 23. Juni
Weiser, Herta-Johanna, geb. **Rohmann**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 28. Juni
Wiacek, Ruth, geb. **Piotrowski**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni
Will, Lothar, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 24. Juni
Zachris, Werner, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 22. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bembeneck, Heinz, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 26. Juni
Bitter, Annelore, geb. **Bolz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 5, am 28. Juni
Borgwardt, Edelgard, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Brozio, Erich, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 28. Juni

Führer, Martin, aus Gumbinnen, am 2. Juni
Hübner, Georg, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. Juni
Rieche, Irene, geb. **Meutsch**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 27. Juni
Schadenberg, Hannelore, geb. **Semrau**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 28. Juni
Scheidemantel, Eberhard, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 27. Juni
Schipplock, Edith, geb. **Aust**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 28. Juni
Schneider, Hildegard, geb. **Miklas**; **John**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. Juni
Thiel, Heinz, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 27. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baginsky, Horst, aus Kielen, Kreis Lyck, am 23. Juni
Bodschwinna, Jürgen, aus Lyck, am 28. Juni
Bowski, Gertrud, geb. **Behrendt**, aus Saadau, Kreis Ortelsburg, am 24. Juni
Brauckmann, Marta, geb. **Naroska**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 28. Juni
Danneberg, Bernhard, aus Kronau, Kreis Lötzen, am 28. Juni
Didwissus, Edith, geb. **Zimzik**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 28. Juni
Donath, Rosemarie, geb. **Brozio**, aus Lyck, am 25. Juni
Ewert, Anneliese, geb. **Meißner**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 24. Juni
Frense, Brigitte, geb. **Zywietz**, aus Neidenburg, am 26. Juni
Harder, Inge, geb. **Kolenda**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 22. Juni
Heißenbüttel, Dorothea, geb. **Hardt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Juni
Hennings, Christel, geb. **Mathes**, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 24. Juni
Henselewski, Waldi, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 23. Juni
Höcke, Dr. Erhard, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 26. Juni
Jackowski, Grete, aus Grabenau, Kreis Allenstein, am 25. Juni
Kirchner, Renate, geb. **Spodeck**, aus Treuburg, am 25. Juni
Lang, Manfred, aus Schirwindt, Kreis Pillkallen, am 25. Juni
Müller, Hildegard, geb. **Hoppe**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 22. Juni
Neumann, Peter, aus Ebenrode, am 26. Juni
Pasztva, Udo, aus Rheurdt, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 25. Juni
Peterson, Gerhard, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 24. Juni
Schwenke, Dr. Eberhard, aus Pillau, Kreis Fischhausen, und aus Königsberg, am 24. Juni
Specogna, Rosemarie, geb. **Borschel**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 23. Juni
Stelling, Ilse, geb. **Soboll**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 22. Juni
Wilzewski, Benno, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 24. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Brandt, Johanna, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 27. Juni
Hemke, Adelheid, geb. **Koop**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 27. Juni
Ijewski, Liselotte, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 26. Juni
Marxen, Adelgunde, geb. **Krosta**, aus Rauschenwalde, am 22. Juni
Penert, Karin, geb. **Rehfeld**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Royla, Kristian, aus Treuburg, am 24. Juni

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

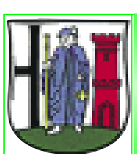
2018

14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

Wahlaufruf

Entsprechend der Wahlordnung der Stadtgemeinschaft Allenstein e.V. rufen wir alle Mitglieder der Stadtgemeinschaft zur Wahl der Stadtversammlung auf. Als Mitglieder der Stadtgemeinschaft gelten gebürtige Allensteiner und frühere Bewohner der Stadt Allenstein, ihre Ehegatten und Nachkommen sowie diejenigen, die sich unserer Heimatstadt und der Stadtgemeinschaft besonders verbunden fühlen. Die Mitgliedschaft entsteht durch Aufnahme in die Allensteiner Heimatkartei und kann durch Anmeldung oder eine dieser gleich zu setzenden Erklärung, wie die Beteiligung an der Wahl der Stadtversammlung, erfolgen. Jedes Mitglied der Stadtgemeinschaft ist wahlberechtigt und auch wählbar. Die Wahl muss schriftlich erfolgen. Die Wahl ist gültig, wenn nicht mehr als zehn Kandidaten gewählt werden. Der Wahlbrief muss bis zum 30. Juni bei der Stadtgemeinschaft Allenstein e.V., Wahlausschuss, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, eingegangen sein. Auf dem Umschlag sind Name und Anschrift des Wählers anzugeben.

Folgende Mitglieder unserer Stadtgemeinschaft haben sich bereiterklärt, für die Wahl zur Stadtversammlung zu kandidieren: Dr. Alexander Bauknecht, Stefan Hein, Dr. Peter Herrmann, Gottfried Hufenbach, Artur Korczak, Waldemar Malewski, Thomas Nowack, Kristine Plocharski, Werner Schaffrin, Dagmar Urban. Der Allensteiner Heimatbrief Nummer 265 enthält einen Wahlschein mit den angegebenen Namen. Jedem Wähler ist es jedoch freigestellt, weitere Kandidaten zu benennen, sofern er nicht mehr als zehn Kandidaten wählt.

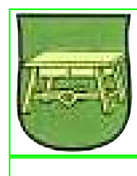
Der Wahlausschuss der Stadtgemeinschaft Allenstein e.V.
Hanna Bleck, Wahlleiterin,
Eve Hufenbach, Beisitzerin,
Thomas Nowack, Beisitzer

ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatreise

Sonntag, 8., bis Donnerstag, 19. Juli: 12-tägige Busreise nach Angerapp, Masuren, zur Kurischen Nehrung und ins Königsberger Gebiet. Eine Teilnahme ist für Jedermann möglich. Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen: Edeltraut Mai, Telefon (0151) 18461001.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Versammlung

Winsen/Luhe – Sonnabend, 30. Juni, 14 Uhr, Brasserie am Schloß, Rathausstraße 5, 21423 Winsen/Luhe: Ordentliche Mitgliederversammlung. Gemäß § 8 Abs. 3 der Satzung vom 22. September 2012 laden wir hiermit zur ordentlichen Mitgliederversammlung ein.

Tagesordnung
1. Begrüßung, Protokoll, Beschlussfähigkeit,
2. Rechenschaftsberichte des Vorstands,
3. Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des Vorstands,
4. Verschiedenes.

Wir bitten um zahlreiche Teilnahme. *Der Vorstand*

Heimatreise

Das Fotoalbum des Grafen Eric von Rosen „Rominten – Carinhall – Bialowiecza“ wurde als Jagdbuch des Jahres 2017 ausgezeichnet.

Mit der vorliegenden Wiedergabe des Fotoalbums von Eric von Rosen, als eines der drei Jagdbücher des Jahres 2017 ausgezeichnet, ergänzt der Autor sein umfangreiches Werk über die Rominter Heide (Postkarten-Bildband Rominter Heide, Ortsatlas der Dörfer der Rominter Heide, Rominten – Fotoalbum des Forstmeisters Micke, Ostpreußische Förstleute erzählen), das Nachbargebiet derselben und damit letztlich auch einen Teil Ostpreußens. Hervorzuheben ist dabei die „Siedlungsgeschichte von Preußisch Litthauen – Region des Kirchspiels Tollmingkehmen und Umgebung“. Man darf gespannt sein auf den für Ende 2018 angekündigten „Luftbildatlas der Rominter Heide“.

Graf Eric von Rosen hat das Original des reproduzierten Fotoalbums Walter Frevert gewidmet, der ihn als Oberforstmeister bei

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 15



Ausgezeichnet: Titelseite des Jagdbuches 2017 Bild: privat



Hamm: Regionaltreffen der Kreisgemeinschaft Osterode Bild: privat



Treuburg: Treffen der Kirchspiele Rogonnen und Schwentainen Foto: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

der Hirschjagd in Rominten betreute.

Der Band ist nicht ohne politische Brisanz, wird doch das Fotoalbum ungekürzt veröffentlicht, und damit auch mit den Aufnahmen von dem einstigen Reichsjägermeister einschließlich seines Anhangs. Will man aber die durch die Fotos dokumentierte Zeit begreifen, verbieten sich Schnitte oder Weglassungen. Das Urteil über Personen und deren unheilvolles Wirken wird dadurch nicht berührt. Hier kommt es auf den jagdlichen, politischen und diplomatischen Hintergrund an, der durch die Bilder vermittelt wird. Im Nachhinein kann man es als Vorgaukeln von Normalität verstehen, wenn Diplomaten gezeigt werden, die willkommene Besucher vor einer herausgeputzten Kulisse sind. Das Fotomaterial wird mit den Erklärungen, Verweisungen und Querverbindungen des Autors zu einer kleinen Geschichte des Zentrums von Rominten. Für Jagdliebhaber ist es eine interessante Ergänzung bisher bereits bekannter Veröffentlichungen, für kritische Betrachter jener Zeit und ihrer Exponenten ein Dokument, das Menschen auf einer Bühne zeigt, die spätere Geschehnisse um so unverständlicher und unverantwortlicher erscheinen lassen: eine heile Welt hier und die Vernichtung anderen Orts.

Aber auch darin liegt ein Sinn solcher Illustrationen.

Prof. George Turner

Das Fotoalbum des Grafen Eric von Rosen 1937 Rominten – Carinhall – Bialowiecza von W. Rothe und D. Wiemer, 2 Auflage 2007, Festeinband, 24,95 EURO ist zu beziehen unter E-Mail: info@wolfgangrothe.de.



INSTERBURG – STADT UND LAND

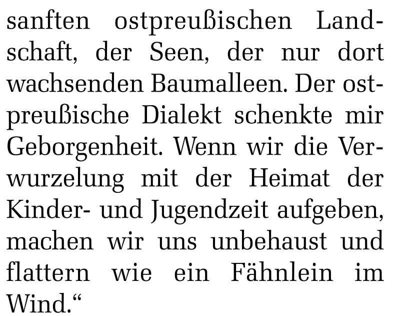
Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Köln – Mittwoch, 27. Juni, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld, Nahe Haltestelle Aachener Straße/Maarweg: Treffen.

Sachsen – Sonnabend, 23. Juni, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau, Ortsteil Marienthal: Vortrag über die Eröffnung der ersten O-Bus-Linie in Insterburg im Jahre 1936. Nähere Informationen bei Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenheim, Telefon (037296) 17661.

Schwerin: Freitag, 28. Juni, bis Donnerstag, 5. Juli: Acht-Tage-Fahrt nach Insterburg. Anmeldung und Informationen bei Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

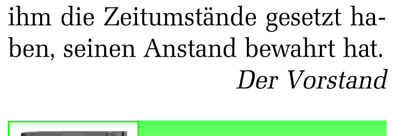


LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Wahlaufruf

Dem Hagen-Lycker Brief 2018 liegt ein Stimmzettel bei. Turnusgemäß ist in diesem Jahr unser Kreistag neu zu wählen. Der Kreistag ist eine Mitgliedervertreterversammlung. Der Kreistag entscheidet in wichtigen Angelegenheiten für Sie, lieber Leser des Heimatbriefes. Machen Sie von Ihrem Stimmrecht Gebrauch. Wahlschluss ist der 30. Juni.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Treffen

Warpe – Sonntag, 1. Juli, 10 Uhr, Dom zu Bücken, anschließend Landhaus Hünecke, 27333 Warpe: Heimattreffen der Prökelwitzer und Schlobitter.

Terminänderung

Das Sommerfest des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder“ findet am Montag, 9. Juli, statt. Treffen um 9 Uhr in den Vereinsräumen in Mohrungen.

Wahlaufruf

Die Amtszeit des 8. Kreistages der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. läuft in diesem Herbst aus.

In den Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten (MHN) Ausgabe 141 erfolgte vom Vorsitzenden des Wahlausschusses, Günter Keuchel, der Wahlaufruf, sich an der Wahl zu beteiligen. Stimmzettel und Briefumschläge sind dieser MHN-Ausgabe beigefügt. Der zu wählende 9. Kreistag wird aus elf Mitgliedern bestehen.

Diesbezüglich wurde eine Satzungsänderung in § 9-1 hinsichtlich Reduzierung der Zahl der Kreistagsmitglieder von 15 auf elf vorgenommen.

Bitte beteiligen Sie sich an der Wahl. *Ingrid Tkacz, Kreisvertreterin*



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Regionaltreffen Teil 1

Der zweite Teil wird in der kommenden Ausgabe erscheinen.

Unser Regionaltreffen am 24. Mai in Hamm-Westtünnen erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. So kamen dort wieder knapp 100 Osteroder Ostpreußen am 27. Mai in der Von-Thünen-Halle zusammen. Während des Treffens war den meisten Gesichtern die große Freude über das Wiedersehen mit alten Freunden, ehemaligen Nachbarn und Schicksalsgefährten deutlich anzusehen. Wohin man nur schaute – überall wurde eifrig plachandert. Die Stimmung war so herzlich wie auf einem Familienfest.

Die Feierstunde eröffnete unser Kreisvertreter Burghard Gieseler, und er dankte dabei insbesondere dem Ehepaar Czichon für die hervorragende Organisation und den unermüdlichen Einsatz.

Es folgten das gemeinsame Singen des Ostpreußenliedes und die Totenehrung.

Hamms Bürgermeisterin Ulrike Wäsche sprach ein kurzes, aber sehr herzliches und persönlich gehaltenes Grußwort und überreichte dem Kreisvertreter einen kostbaren Bildband über die Stadt Hamm.

„Es zieht uns wie Lachse zurück an den Ort der Kindheit. Heimat ist für mich die Sehnsucht nach dem besonderen Menschenschlag meiner Kindheit, die Bilder der sanften ostpreußischen Landschaft, der Seen, der nur dort wachsenden Baumalleen. Der ostpreußische Dialekt schenkte mir Geborgenheit. Wenn wir die Verwurzelung mit der Heimat der Kinder- und Jugendzeit aufgeben, machen wir uns unbehaust und flattern wie ein Fähnlein im Wind.“

Mit diesem Zitat aus dem Buch „Elchzeit“ von Gerd Kolakowski begann Burghard Gieseler seine Ansprache. Dieses Buch ist ein biografischer Roman, in dem der Verfasser den Lebensweg seines Vaters beschreibt. Im Mittelpunkt des Buches steht kein Staatsmann, Feldherr oder Großgrundbesitzer, sondern ein einfacher Junge aus dem Volk, der schon als kleines Kind zur Vollwaise wurde, zu seinen Großeltern nach Elgenau gegeben wurde, bis auch diese allzu früh starben. Der junge Mann kämpfte sich unter widrigen Verhältnissen durch, kam 1937 zum Militär nach Mohrungen, heiratete dort und erlebte schließlich als Soldat den Zweiten Weltkrieg in seiner ganzen Länge und Grausamkeit. Nach dem Kriegsende verschlug es die junge Familie nach Bielefeld, wo sie zunächst ein entbehrungsreiches Dasein fristete und keineswegs jedem willkommen war. Doch Schritt für Schritt baute sich die Familie mit großer Energie und Willenskraft eine neue Existenz auf, gelangte schließlich zu Ansehen und einem bescheidenen Wohlstand. Der Schmerz aber über den Verlust der Heimat blieb bis zuletzt.

Allen Gewalten zum Trotz – Kolakowkis Vater verlor niemals seinen Optimismus, seine Liebe, sein Vertrauen auf Gott.

Dieses Buch ist deshalb so wichtig, weil es das Verhalten unserer Eltern und Großeltern von innen heraus verständlich macht. Täglich kann man in den Medien beobachten, wie das Verständnis für das Denken und Handeln früherer Generationen zunehmend verloren geht, indem man es mit heutigem Wissen und mit heutigen Wertmaßstäben beurteilt. Zwar gibt es durchaus zeitlose Wertmaßstäbe – nämlich die Grund- und Menschenrechte –, unterhalb dieser Ebene muss aber jede Zeit aus sich selbst heraus verstanden und bewertet werden. In Kolakowskis Roman kann der Leser miterleben, wie ein Mann aus dem Volk damals gedacht und gefühlt hat und warum er so gehandelt hat, wie er gehandelt hat. Er lernt einen Menschen kennen, der innerhalb des Rahmens, den ihm die Zeitumstände gesetzt haben, seinen Anstand bewahrt hat.

Der Vorstand



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Kirchspiel Ukta

Hemer – Sonnabend, 23. Juni, 8.30 Uhr, Paul-Schneider-Haus, Ostenschlahstraße 2, 58675 Hemer: 16. Treffen des Kirchspiels Ukta. Ihr Kirchspielvertreter Rolf W. Krause ist postalisch zu erreichen: Alte Poststraße 12, 42555 Velbert, Telefon (02052) 1309.



TREUBURG

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Richard-Wagner-Straße 30, 19059 Schwerin. Stellvertreter: Mattias Lask, über Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. Geschäftsführer: Ronny Haase, Nöhringswinkel 1, 14959 Trebbin. Der Heimatkreis im Internet: www.treuburg.de.

Kirchspieltreffen

Zu unserem Heimatkreistreffen der kleinen Dörfer Schwentainen und Rogonnen in Masuren, die zu diesem Kirchspiel gehörten, trafen wir uns auch in diesem Jahr vom 27. Mai bis 1. Juni in Fintel in der Lüneburger Heide. Der Kreis unserer Landsleute ist trotz unseres fortgeschrittenen Alters immer noch mit 44 Teilnehmern eine beachtliche Anzahl.

Unsere Wiedersehensfreude am Anreisetag war riesengroß. Es wurde plachandert ohne Ende.

Herr Rattey und seine Gruppe sind eine schöne Bereicherung für unsere Landsleute. Das Glück bescherte uns durch die Neuen, eine ehemalige Musiklehrerin, welche uns verhalf den richtigen Ton beim Singen zu treffen. So konnten wir unsere Volks- und Heimatlieder gut zu Gehör bringen.

Am nächsten Tag trafen wir uns alle in einem separaten Raum, welcher für uns bestellt und vorbereitet wurde. Heute wollen wir unserer schönen Heimat Ostpreußen gedenken. Kultur und Brauchtum stehen dabei im Vordergrund.

Joachim Rattay und Hannelore Kedzierski begrüßten alle recht herzlich und freuten sich über das zahlreiche Erscheinen.

Zu Beginn hörten wir andächtig das Lied der Glocke und das Masurenlied, welches Harald Kedzierski zum Anhören mitgebracht hatte. Nun erhoben sich alle von ihren Plätzen und sangen das Ostpreußenlied.

Anschließend wurde eine Kerze angezündet und dabei den Verstorbenen gedacht. Erwin Kossak führte mit ergreifenden Worten das Gedenken an die von uns gegangenen Landsleute durch. Der Abschied von seiner lieben Schwester hat besonders weh getan.

Joachim Rattey gedachte feierlich seiner Landsleute und seiner Lebenskameradin, welche ihm immer zur Seite stand.

Mit Gedichten und Geschichten wurde unserer Heimat Ostpreußen voller Stolz gedacht. Mit Heimat und Frühlingsliedern (Kedzierski hatte wieder kleine Liederbücher angefertigt) erinnerten wir an unsere Heimat. Hanne Wiberny hatte Gedichte für uns geschrieben und vorgetragen. Bärbel Franke rezitierte Gedichte vom „Flohchen“ und vom Königsberger Klops. Erwin Kossak brachte lustige und besinnliche Gedichte zu Gehör.

Für uns alle hatte das Personal des Eurostrandes einen Pillkaller vorbereitet, mit einem doppelten Korn und Leberwurst mit Mostrich.

Nun hörten wir von Erwin Kossak das Gedicht vom Pillkaller und er gab Hinweise dazu, um mit dem echten Pillkaller anstoßen zu können auf unsere langjährige Freundschaft.

Zum Abschluss unseres Heimatnachmittages sangen wir gemeinsam das Lied „Kein schöner

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Land in dieser Zeit" und reichten uns alle die Hände und hoffen, so Gott will, dass wir uns im nächsten Jahr gesund wiedersehen können.

Das Personal des Eurostrandes, herzlichen Dank an dieser Stelle, hatte allen zur Freude schöne Tage für uns geplant und gut vorbereitet. So hatten wir jeden Abend eine wunderbare Veranstaltung mit anschließendem Tanzabend. Bei köstlichen Getränken hatten wir nun Zeit zum Plachandern. Weil alles „Inklusive" war, konnten wir die Köstlichkeiten genießen und es bleibt ein wundervolles Erlebnis für uns alle.

Eine Ganztagesfahrt nach Lüneburg wurde durchgeführt. Leider war das Ostpreußenmuseum noch geschlossen. Des Weiteren eine Halbtagesfahrt nach Buxtehude und eine Kutschfahrt durch die Heide.

Unser Heimattreffen wird uns noch sehr lange in guter Erinnerung bleiben. Joachim Rattey und das Ehepaar Kedzierski haben sich bereit erklärt, auch im nächsten Jahr die Organisation und Vorbereitung zu übernehmen. Wir wünschen unseren Landsleuten beste Gesundheit und Gottes Segen auf allen Wegen bis zum Wiedersehen 2019 in Fintel.

Alle, die gerne einmal dabei sein möchten, laden wir ganz herzlich ein. Wir treffen uns 2019 vom 26. bis 31. Mai in Fintel. Sie können sich gerne anmelden bei Joachim Rattey, Telefon (02152) 8099041 oder bei Hannelore Kedzierski, Telefon (0371) 855079. *H.K.*

BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchststr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Königswinter – Vom 25. bis zum 27. Mai fand das diesjährige politische Frühjahrsseminar des Bundes Junges Ostpreußen statt. Der Ort des Seminars war Königswinter, ein Städtchen, welches idyllisch am Rhein liegt und mit Weinbaufeldern geziert ist.

Freitagabend war die Anreise, an welcher sich etliche Teilnehmer bereits in einer gesprächigen Runde zusammenfanden. Der Sonnabend hatte vier Vorträge auf dem Programm. Zuerst referierte Hans Eifler über die Rolle der Vereinigten Staaten in Europa und gelangte zu den Aussagen, dass die Bundesrepublik der Motor der US-amerikanischen Hegemonie in Europa sei und sich die Entscheidung geopolitisch zwischen dem Ränkespiel Ost und West in der Ukraine kristallsisieren würde. Anschließend folgte der Vortrag von Gernot Facius mit dem Titel „Quo vadis EKD? Die politischen Abwege der Evangelischen Kirche in Deutschland". Dieser Vortrag war im Stile einer Kritik an den Entwicklungen der EKD gehalten und deren Irrationalitäten und Umtriebe – um sich besonders zeitgenössisch zu zeigen – wurden anschaulich beschrieben.

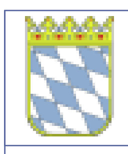
Nach einem gemeinsamen Mittagessen folgte Hans Heckel mit einem Vortrag über die derzeitige politische Lage und die Politik der Regierung Merkel. Eine Kernaussage des Vortrags war, dass eine langsame Veränderung in der politisch-etablierten Landschaft stattfindet. Das Wichtige sei, dass man sich selbst einbringen solle, um für die eigenen Werte und politischen Überzeugungen einzustehen. Nach einer kurzen Pause folgte der Referent Wolfgang Thüne mit dem Vortragsthema „Der Klimaschwindel". Thüne erläuterte die Festlegung des Klimabegriffes und die Schlussfolgerungen, welche daraus fälschlicherweise gezogen werden und nahm noch Stellung zu anderen Wetter- und Umweltfragen. Abends fuhren die Teilnehmer noch bei sonnigem Wetter zum Abendessen in die Bonner Altstadt und ließen den Tag in einer gemeinschaftlichen Runde ausklingen.

Sonntag fuhren die Teilnehmer nach dem Frühstück nach Köln-Deutz an das Rheinufer mit Blick auf den Kölner Dom und die Hohenzollernbrücke. Dort wurde das Pult für Hans Eifler aufgebaut, der über das Thema „Die Machenschaften des Primas Hlond und der polnischen katholischen Kirche bei der Vertreibung der Deutschen nach 1945" referierte. Im Vortrag wurde der Alleingang der katholischen Kirche in Polen entgegen den Anweisungen aus dem Vatikan nachgezeichnet. Zudem erhielten die Biografie und die Untaten von Primas Hlond einen besonderen Stellenwert im Vortrag, da dieser einer der zentralen Figuren der polnischen Kirche und Akteure in diesem Sachverhalt gewesen ist.

Nach dem Vortrag endete das politische Frühjahrsseminar. Die Teilnehmer verabschiedeten sich voneinander und fuhren heim. *Peter Harder, BJO*

Wolfskinder

Ellingen – Das Kulturzentrum Ostpreußen zeigt noch bis Sonntag, 2. September, die Sonderausstellung „Wolfskinder – Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen". Diese Wanderausstellung dokumentiert in nie zuvor gezeigten Bildern und Textzeugnissen den Weg der Wolfskinder bis heute. Sie basiert auf einem Zeitzeugenprojekt der Fotografin Claudia Heinermann und der Journalistin Sonya Winterberg. Das Kulturzentrum Ostpreußen ist Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr geöffnet. Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 23. Juni: Tagesausflug nach Oberschleißheim und München. Besuch der Sammlung „Es war ein Land". Die Ausstellung im Alten Schloss stellt die Heimat der Vertriebenen aus Ost- und Westpreußen vor und erinnert an Geschichte, Kultur und Schicksal der Vertriebenen. Anmeldung bei Landsmann Bethke, Telefon (09831) 80961.

Ansbach – Sonnabend, 23. Juni: Gemeinsamer Ausflug mit der Landsmannschaft Gunzenhausen nach Oberschleißheim. Besuch von „Es war ein Land". Die Ausstellung im Alten Schloss stellt die Heimat der Vertriebenen aus Ost- und Westpreußen vor und erinnert an Geschichte, Kultur und Schicksal der Vertriebenen.

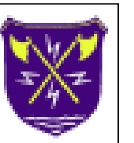
Landshut – Dienstag, 3. Juli: Ausflug nach Wasserburg, Programm folgt.

Nürnberg – Dienstag, 26. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstraße 1 (Ende U1 gegenüber): „Mit dem Schiff von der Insel Helgoland nach Königsberg", eine Seereise mit dem Seedienst Ostpreußen (DVD).



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 8. Juli, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin, Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



Politisches Frühjahresseminar: Die Referenten Bild: privat



Politisches Frühjahresseminar: Eindrücke Bild: privat

Schwedenrätsel

empfehlenswert; langschwänziger Papagei; fliegerisches Manöver; Tatsache, Tatbestand; Schlachttiere reichlich füttern; die Ackerkrume lockern; Hafenstadt in Marokko; Schauspiel-, Ballettschülerin; Ringel-, Saugwurm; Fluss durch Florenz; Auslieferung, Verkauf; Kopfbedeckung; Mittellosigkeit; Ausruf des Missfallens

russ. Schriftsteller (Nikolai); einleuchtend, überzeugend

japanische Kampfsportart; knapp, spärlich; österr. Bad im Salzkammergut; Stadt in den Niederlanden; unaufhörlich, ununterbrochen; geistl. Lehrer des Hinduismus; Handwerker (Leder)

Schwur; Nadelbaum; allzu ausführlich, weitschweifig

Ansteckungskrankheit; Verteidigungsbündnis (Kzw.); südamerikanischer Strauch; überempfindlich; ein Elternteil; römische Göttin des Herdfeuers; Ausflug (englisch); Dotter

Schafjunges; deutsche Malerfamilie; Cousin

verbrauchtes Schmiermittel; Fleischwurst; Möbelstück; Gestell z. Transportieren v. Lasten; großer Behälter für Flüssigkeiten; Auswirkung, Ergebnis

Lehr-, Glaubenssatz; schießen (ugs.); Landspitze, -zunge; in der gleichen Weise; enge Holztreppe

kurzhaariger Schoßhund; Drüsenabsonderung; mutig, furchtlos

Luft einziehen und ausstoßen; Segel am hintersten Mast; Kinderfahrzeug; Abschnitt, Teilstück

Scheitelpunkt; unbeholfen gehen; Sinnesorgan; Gliederfüßer, Krustentier

aufhören; dt. Cartoonist und Autor; weibliches Bühnenfach

Krach, lästiges Geräusch; Musikzeichen; gleichförmiger Ablauf im Leben

Lichtbrecher (Optik); sehr schnelles Fahren; früherer Name Sri Lankas; römischer Sonnengott; Anhänglichkeit, Loyalität

poetisch: Leid, Schmerz; heiteres musikal. Bühnenwerk

ältester nachweisbarer Vorfahr; zünftig, kernig; originell; fast immer; Erde, Lebensraum des Menschen; eine Zahl; sich täuschen

akustisches Signalgerät; organischer Moorboden; griechischer Liebesgott; Kalifenname; sauber, unbeschmutzt

zurück (französisch); Rollkörper

weithin bekannt; Halbton unter a; chem. Zeichen für Tantal; Kellner; großes Gewässer

Bundesstaat der USA; Abkürzung für im Auftrag

überaus beliebter, bekannter Künstler; Fußspur; Uferstreifen zum Baden

PAZ18_25

Sudoku

			9		2			
	3	7				9	1	
8		5		1		4		6
	1		5	9	6		8	
	8		2	7	3		4	
3		9		8		1		2
	4	8				3	7	
			1		9			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

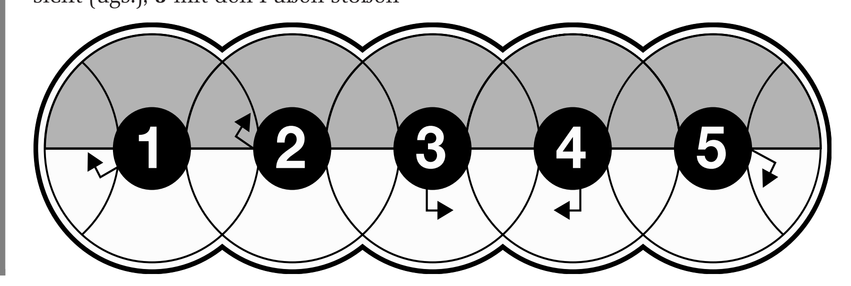
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Arzneipflanzen.

1 scherzhaft: Ahnung
2 Schmuckstein
3 ohne Klang (Stimme)
4 Lebewesen ohne Farbstoffbildung
5 Staat in Mittelamerika
6 Heimat des Odysseus

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen anderen Ausdruck für Weltraumfahrer (Mz.).

1 Untugend, 2 starkes Schiffstau, 3 griechischer Himmelsgott, 4 Mut, Zuversicht (ugs.), 5 mit den Füßen stoßen



So ist's richtig:



Diagonalrätsel: 1. Animus, 2. Granat, 3. tonlos, 4. Albino, 5. Mexiko, 6. Ithaka – Arnika, Salbei

Kreiskette: 1. Laster, 2. Trosse, 3. Uranos, 4. Traute, 5. treten – Astronauten

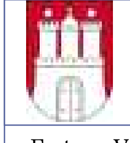
Sudoku:

4	6	1	9	5	2	7	3	8
2	3	7	4	6	8	9	1	5
8	9	5	3	1	7	4	2	6
7	1	4	5	9	6	2	8	3
5	2	3	8	4	1	6	9	7
9	8	6	2	7	3	5	4	1
3	5	9	7	8	4	1	6	2
1	4	8	6	2	5	3	7	9
6	7	2	1	3	9	8	5	4



Bild: Ohnsorg Studio

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Noch bis Donnerstag, 5. Juli: ANKAMEN – AN(GE))KOMMEN. Ein Theaterprojekt mit Flüchtlingen und Vertriebenen von Michael Uhl. In dem Projekt des Ohnsorg-Theaters erzählen Zeitzeugen von ihrer Flucht, ihren Erfahrungen des Ankommens, vom Gestern und Heute.

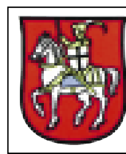
Karten erhalten Sie an der Theaterkasse, Montag bis Sonnabend, 10 bis 18.30 Uhr, Sonntag 14 bis 18.30 Uhr, Ohnsorg-Theater, Heidi-Kabel-Platz 1 20099 Hamburg, Telefon (040) 35080321, E-Mail: kasse@ohnsorg.de, Internet: www.ohnsorg.de.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Freitag, 22. Juni, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Treffen der Frauengruppe, „65 Jahre Bundesvertriebenengesetz – Meilenstein der Integration" mit einem Erdbeerbuffet zum Sommeranfang.

HEIMATKREISGRUPPE



Osterode – Sonnabend, 28. Juli, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Riebeling, Hamburg-Ohlsdorf, Fuhlsbüttler Straße 755: Sommerfest. „So hört doch, was die Lerche singt, hört, wie sie frohe Botschaft bringt." Wir laden zu unserem Sommerfest direkt am Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße, ein. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel begrüßen wir den Sommer mit Liedern und Vorträgen. Gäste willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Kassel – Beim letzten Heimatnachmittag stellte Gerhard Landau den masurischen Kreis Ortelsburg in Wort und Bild vor. Einige geschichtliche und geographische Daten leiteten die Bilderschau ein.

Bei den Bilddokumenten handelte es sich sowohl um aktuelle als auch historische Fotos, die freundlicherweise vom Bildarchiv des Heimatkreises Ortelsburg zur Verfügung gestellt wurden. Zu vielen Abbildungen konnte der Vortragende Erläuterungen und Anmerkungen geben, welche einen Ortsbezug aufwiesen. So bot es sich etwa an, zu einem Foto von Groß Dankheim auf die Grabstätte von General Samsonow in den Wäldern von Willenberg hinzuweisen samt würdevoller Überführung nach Russland. Und als das Puppener Forstamt ins Bild kam, zitierte Landau aus einem Geschichtsbuch die schier unglaubliche Stürmung und Inbesitznahme der evangelischen Kirche in Puppen durch polnische Katholiken im Jahre 1979 während eines Gottesdienstes! Auch eigene Erlebnisse der schöneren Art flocht der Berichterstatter ein, so die Beobachtung mehrerer seltener Vogelarten in der Umgebung von Mensguth. Die historischen Abbildungen, die das dörfliche Leben zu deutscher Zeit darstellten, berührten die Anwesenden in besonderer Weise. Erinnerungen aus der eigenen Jugendzeit kamen hoch, und Ereignisse, welche die Eltern und Großeltern ausführlich geschildert hatten, nahmen Gestalt an. Es wäre bestimmt reizvoll, in regelmäßigen Abständen auch die anderen ostpreußischen Landkreise zu porträtieren. Dazu fehlt jedoch vielfach das Bildmaterial und auch der Zeitrahmen lässt dies nicht mehr zu. *G.L.*

Wetzlar – Sonnabend, 7. Juli, 13 Uhr, Schützenhaus am Bobenhöllerwald in Nauborn: Grillfest. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Sonnabend, 23. Juni, 11 Uhr, Kranichstraße, Wiesbaden-Kohlheck: Feierstunde zum Tag der Heimat am BdV-Gedenkstein. Bekunden Sie mit Ihrer Teilnahme Ihre Treue zur unvergessenen Heimat.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 27. Juni, 15 Uhr, Jaspersallee 42 (Eingang Sozialverband): Monatsversammlung. Bericht über die Arbeit der Landsmannschaft der Deutschen aus Litauen. Im Juli findet wegen der Sommerpause keine Versammlung statt.

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg hat wieder eine Perle in den eigenen Reihen entdeckt: Christel Bethke, Ostpreußin aus dem Kreis Rastenburg, las uns ihre Alltagsgeschichten und ihren Erfahrungen im täglichen Leben vor, die sie in zahlreichen Büchern aufgeschrieben und veröffentlicht hat. Der erste Besuch in der Heimat – unvergesslich bewegend und ergreifend – dennoch mit Herzlichkeit beschrieben, viele kleine Begegnungen im Alltag mit Ostpreußen oder auch nur mit den Beschwernissen der heutigen Zeit – das sind ihre Themen, die sie in ihren Erzählungen bewahrt. Sie pflegt einen lebendigen Plauderton mit doppelgründigem Feingefühl, der in vielen Passagen den Nerv der Zuhörer und Leser trifft. Einige Volkslieder zusammen mit dem Ostpreußenlied rundeten einen schönen Nachmittag ab.

Am 4. Juli schließen wir uns einer Halbtagesfahrt der Evangelischen Schlesier, Gruppe Oldenburg an, die uns nach Nordenham-Blexen zur Hippolytkirche führen wird. Abfahrt um 13 Uhr am ZOB Oldenburg, Unkostenbeitrag 15 Euro. Anmeldungen bitte bei Gisela Borchers, Telefon (0441) 2047676.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

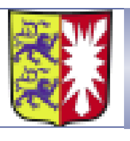
Landesgruppe – Sonntag, 8. Juli, 11 Uhr, Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg: Kulturveranstaltung der Landesgruppen der Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern und Schlesien. Wir wünschen uns, dass wir, mit Zeit zum Plachandern, recht viele Landsleute und Gäste auf unserem „Kleinen Ostpreußen-, Pommern- und Schlesiertreffen" begrüßen können. Wie schon in den vergangenen Jahren besteht die Veranstaltung aus einem offiziellen Teil, ab 14 Uhr, und einem unterhaltsamen Teil. Zu Beginn läuten die Glocken aus Königsberg und Breslau, wir gedenken unserer Toten und hören das Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden" (Trompeter F. Braun). Hans Eifler wird die Ansprache halten. Bärbel. Beutner führt durch den kulturellen Teil der Veranstaltung. Für das leibliche Wohl sorgen die Damen verschiedener Gruppen mit Spezialitäten. Zahlreiches Erscheinen ist der Lohn für die Veranstalter mit ihren ehrenamtlichen Mitwirkenden.

Ostpreußischer Rundfunk – Der You-Tube-Kanal hat ein neues Video hinzugefügt, und zwar den Vortrag von LO-Bundesvorstandsmitglied Wolfgang Thüne „Der Klimaschwindel – Freispruch für CO_2/Propheten im Kampf um den Klimathron", den er während des politischen Frühlingsseminars des Bundes Junges Ostpreußen und der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen im Mai gehalten hat. *www.youtube.com/watch?v=EI0oIVPowiU*

Düren – Sonntag, 8. Juli: Busfahrt zum Treffen der Ostpreußen und Schlesier auf Schloss Burg an der Wupper.

Düsseldorf – Dienstag, 26. Juni, 19 Uhr, GHH: Vortrag und Diskussion mit Uta Rüchel „Im Schatten der Geschichte. Erinnerungskultur, Beheimatetsein und der Umgang mit Geflüchteten". – Sonntag, 1. Juli, 11 Uhr, treffpunkt Kin-Top, Salon der Kulturen, Fritz-Erler-Straße 14: Sommerkonzert des Kin-Top Kinderorchesters. Im Rahmen des diesjährigen Garather Sommerfestes richtet das Gerhart-Hauptmann-Haus Sonntag, 1. Juli, das Sommerkonzert aus. Die sieben- bis 17-Jährigen spielen solistisch oder als Ensemble die im letzten Halbjahr unter Leitung des Orchesterleiters Herrn Aleksander Geib einstudierte Melodien. Der Eintritt ist frei.

Neuss – Donnerstag, 28. Juni, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Mölln – Mittwoch, 27. Juni, 17 Uhr, Quellenhof: traditionelles Matjesessen. Anmeldungen zum Essen bitte unter Telefon (04542) 5044 bis Freitag, 22. Juni. Vor dem Essen wird unser Landesvorsitzender Edmund Ferner einen Bildervortrag über seine herbstliche Reise in das nördliche Ostpreußen halten. *Georg Braun, Schriftführer*

Neumünster – Mittwoch, den 11. Juli, 15 Uhr, Stadthalle-Kleinflecken: Plachandernachmittag der Ost- und Westpreußen, Kaffee und hausgemachter Torte. *B. Profé*

Zusendungen für Ausgabe 27

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 27/2018 (Erstverkaufstag: 6. Juli) bis spätestens Mittwoch, 27. Juni an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Konzert

Gumbinner Kammerchor Kant in Münster

Münster – Der Kammerchor Kant aus Gumbinnen wird am Donnerstag, 19. Juli zum fünften Mal seit 2001 in Münster/Westfalen auftreten. Das Konzert findet diesmal in der evangelischen Matthäuskirche statt.

Der Kammerchor Kant besteht seit 1974; er ist Teil der Königsberger Philharmonie und hat es sich zum Ziel gesetzt, durch seine Musik die Verbindung zwischen dem heutigen Gusew und den früheren Bewohnern von Gumbinnen sowie deren Familien aufrechtzuerhalten. Das Programm umfasst geistliche und lyrische Lieder, Volkslieder aus Ostpreußen und andere deutsche sowie russische Volkslieder. Farbenfrohe wechselnde Kleider machen das Konzert auch optisch zu einem Genuss. Der Kontakt zwischen dem Chor und der Stadt Münster wurde um die Jahrhundertwende durch Sigrid Bernitz aus Münster-Wolbeck hergestellt, die selbst aus Gumbinnen stammt. Der Chor unternimmt regelmäßig Reisen in den deutschsprachigen Raum und ins europäische Ausland.

Das Konzert beginnt um 18 Uhr. Adresse: Matthäusgemeinde, Antoniusstraße 32, 48151 Münster. Der Eintritt ist frei, am Ende des Konzerts wird um eine Spende gebeten.

Weitere Auskünfte erhalten Sie unter der Telefonnummer (0251) 522145 oder unter E-Mail: bettina-knust@t-online.de.


Gumbinner Kant-Chor: 2016 in Münster-Wolbeck Bild: B. Knust

Hans Dzieran

Ehrenvorsitzender wird 89 Jahre

Der 2. Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit, Siegfried Dannath-Grabs, überbrachte dem Ehrenvorsitzenden Hans Dzieran anlässlich seines 89. Geburtstages die herzlichen Glückwünsche des Vorstands. Er verband die Gratulation mit dem Dank für das jahrelange erfolgreiche Wirken von Hans Dzieran an der Spitze der Stadtgemeinschaft für seine Tilsiter Landsleute und für die Festigung der deutsch-russischen Zusammenarbeit zum Wohl der Heimatstadt am Memelstrom. Viele Erinnerungen an gemeinsame Erlebnisse und an die ostpreußische Heimat prägten die herzliche Begegnung. Die Gespräche waren getragen von der Gewissheit, dass mit der kürzlich erfolgten Neuwahl der Vorstand gut aufgestellt und für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet ist. *S.D.-G.*


Glückwünsche für Hans Dzieran (l.): Der 2. Vorsitzende Siegfried Dannath-Grabs gratuliert dem 89-Jährigen im Namen des Vorstandes

Foto: privat

Museumsschätze

Aus dem Ostpreußischen Landesmuseum: Bernstein und Nachkriegsobjekte

Das Ostpreußische Landesmuseum ist das einzige Museum in Deutschland, das die reiche Kultur und Geschichte der ehemaligen deutschen Provinz Ostpreußen in Gänze thematisiert.

Aufgabe des Museums ist die Bewahrung und Erforschung der Geschichte und Kultur Ostpreußens sowie die museumsgemäße Darstellung seiner vielgestaltigen Jahrhunderte währenden Realität. Zukünftig werden wir in einer eigenen Abteilung auch die Kulturgeschichte der sogenannten Deutschbalten thematisieren, welche als deutschsprachige Minderheit im heutigen Estland und Lettland lebten. Der genaue Auftrag ergibt sich auf Grundlage des Paragrafen 96 des Bundesvertriebenengesetzes und der Satzung der Ostpreußischen Kulturstiftung.

Die museale Arbeit geschieht in Zusammenarbeit mit polnischen, russischen und litauischen Museen und Kulturinstitutionen, die heute im ehemaligen Ostpreußen tätig sind sowie entsprechenden Partnern in Estland und Lettland für die deutschbaltische Abteilung.

Die Dauerausstellung des Museums wird erweitert und ist daher derzeit geschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgt am 26. August 2018. Bis dahin werden in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* besondere Objekte aus dem Bestand des Museums vorgestellt.

Küchensieb aus einem Stahlhelm gefertigt

Nach Kriegsende fehlte es gerade den mittellosen Flüchtlingen an der nötigsten Ausstattung. Auch die Produktion war aufgrund der Kriegsschäden und Rohstoffmangel zum Erliegen gekommen. So ging man dazu über, zuvor militärisch genutzte und zum Teil eingelagerte Ausrüstungsgegenstände durch (industrielle) Veränderungen einem zivilen Nutzen zuzuführen (Konversion).

Diesem Stahlhelm wurden zwei Henkel angeschraubt und Löcher eingestanzt, sodass er der ostpreußischen Flüchtlingsfamilie in ihrer neuen niedersächsischen Heimat lange Jahre als Küchensieb diente. Da die hochlegierten Stahlhelme schnell rosteten, wurden sie in diesem Fall schwarz überlackiert.

In der Nachkriegszeit wurden Wehrmachtshelme mit geringen Veränderungen auch als Kochtöpfe, als Nachttopf oder als Jauchekelle genutzt. Auch Gasmasken, Munitionshülsen oder Feldbetten wurden in Haushaltswaren wie Aschenbecher, Kannen, Kaffeebecher, Koffer oder gar Spinnräder umgewandelt. Eine kleine Auswahl solcher Nachkriegsobjekte werden Sie in unserer neuen



Bild: OL

Informativ: geflügelte Termite in Bernstein eingeschlossen

Dauerausstellung, in der wir erstmals auch die Zeit nach 1945 thematisieren, im Bereich „Flucht, Vertreibung, Ankunft und Integration“ wiederfinden.

Geflügelte Termite in Naturbernstein



Erfindungsreich: Küchensieb aus eine Stahlhelm Bild: OL

Ein kleines Insekt, eingeschlossen in fossilem Baumharz, das vor mindestens 35 Millionen Jahren aus einem Baum austrat. Wahrscheinlich handelte es sich um eine Kiefernart. Sie wuchs in einem Wald irgendwo in Nord-, Mittel- oder Osteuropa im Eozän genannten, frühen Abschnitt der Erdneuzeit, des Tertiärs.

Zu dieser Zeit war das Klima in Europa sehr viel wärmer als heute. Subtropische Wälder bedeckten riesige Landflächen. Die im Bernstein eingeschlossene kleine Termite ist ein hervorragender Beweis für warmes Klima, denn bis heute kommen diese Pflanzenfresser (Holzzerstörer) nur in tropischen und subtropischen Landschaften vor. Sie sind sehr empfindlich gegenüber Trockenheit und leben gut geschützt in Totholzstämmen und steinharten Erdhügeln. Nur für kurze Zeit entwickeln sich Geschlechtstiere mit Flügeln, die die Bauten verlassen, sich paaren und eine neue Kolonie gründen. Entsprechend selten werden Termiten als Inklusen im Bernstein gefunden. Dieses Objekt wird in der Abteilung Bernstein gezeigt werden. OL

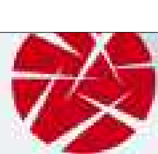
Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, Internet: www.ol-lg.de.

Dittchenbühne

Elmshorn – Freitag, 22. Juni, spielen **„Harry und die Mitternachtskometen“** beim „Midsommar“ des Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ so richtig auf.

Für die Busreise vom 17. bis zum 18. August zu den **Störtebeker-Festspiele**n 2018 auf Rügen bietet das Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ noch Plätze an.

Die An- und Abreise im Reisebus, eine Übernachtung mit Frühstück im Hotel Stralsund und der Eintritt für die „Störtebeker-Festspiele“ sind im Preis von 199 Euro inbegriffen – der Einzelzimmerzuschlag beträgt 22,50 Euro. Start der Störtebeker-Tour ist am 17. August 2018 um 11 Uhr in Elmshorn, die Aufführung findet am Abend auf der prächtigen Naturbühne statt, am nächsten Morgen geht's dann zurück. Nähere Informationen und Anmeldung beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



Die Wanderausstellung der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen macht Station in den Orten Fürstenwalde, Straubing und Wunsiedel.

Noch bis Mittwoch, 27. Juni, Dienstag bis Sonntag 13 bis 18 Uhr, Museum Fürstenwalde, Domplatz 7, 15517 Fürstenwalde, und ab Sonnabend, 30. Juni, bis Sonntag, 16. September, Haus der Geschichte Dinkelsbühl, Altrathausplatz 14, 91550 Dinkelsbühl, Montag bis Freitag, 9 bis 18 Uhr, Samstag und Sonntag, 10 bis 17 Uhr: „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“.

Weiter Informationen unter Telefon (0228) 8100730, E-Mail: info@z-g-v.de oder Internet: www.z-g-v.de

HdH

Stuttgart – Donnerstag, 28. Juni, 18 Uhr, Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Großer Saal, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart: Gespräch und Lesung „Die Geometrie des Verzichts: Deborah Vogel (1900 – 1942“.

Johanni-Feuer

Ostpreußische Bräuche

Ob ein teerbestrichenes Waagenrad oder ein großes Fass gefüllt mit Holz und Teer – überall brannten in Ostpreußen die „ollen Hexen“ – Feuer als Symbol für die Sonne und Christus. Mit diesem Brauch in unzähligen Varianten soll alles Unheil vom Land ferngehalten werden.

In der Nacht vom 23. auf den 24. Juni ist wieder Johannisnacht. So, wie es schon zu Ostern Brauch war, wird auch hier die Gelegenheit nicht ausgelassen, zu orakeln, wann und wer geheiratet wird. Ob nun ein Strauß aus neunerlei oder siebenerlei Kraut, das schweigend gepflückt werden muss, um auf einen Baum oder auf ein Dach geworfen zu werden, ist nebensächlich. Bleibt der Strauß hängen, geht ein Wunsch in Erfüllung oder die Jahre bis zur Hochzeit werden gezählt anhand der Versuche, die das Mädchen benötigt, bis der Strauß hängen bleibt. Andere legen den aus Kräutern geflochtenen Kranz unter ihr Kopfkissen, damit das in dieser Nacht Geträumte in Erfüllung geht. Immer wird bei diesen Handlungen geschwiegen. Ob hier die Entwicklung vom plappernden Mädchen zur schweigsamen Frau nachgespielt wird?

Die Ehe eines Paares, das Hand in Hand über das Johanni-Feuer springt, wird durch das Feuer gesegnet. „Was in der Johannisnacht zusammenkommt, das hält“, heißt es in Ruth Geedes Roman „Wie Blätter im Wind“.

Mehr zu Bräuchen in Ostpreußen gibt es in der Mediathek der Landsmannschaft Ostpreußen *www.ostpreussen.de/lo.html. CRS*

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Es gibt kein „cyryk“

Der letzte echte Wilmesaurisch-Muttersprachler will seine Sprache retten

Ganz Kleinpolen spricht polnisch. Ganz Kleinpolen? Nein, eine kleine Region um Wilmesau [Wymysoj, polnisch Wilamowice] hält dagegen. Ewa 50 Menschen sprechen heute noch in dem 15 Kilometer östlich von Pless [Pszczyna] gelegenen Ort Wilmesaurisch [Wymysiöery]. Für 20 von ihnen – nur wenige Alte – ist es sogar noch die Erstsprache.

Die Sprache Wilmesaurisch ist ein Relikt aus der Ostkolonisation, als im Spätmittelalter weite Landstriche Kleinpolens deutschsprachig waren und sich selbst der König in Krakau einer deutschsprachigen Bürgermehrheit gegenübersah. In der Spätphase, als das Deutsche langsam begann zurückzugehen wirkte Veit Stoß in Polen und schuf den berühmten Hochaltar in der Krakauer Marienkirche.

Wilmesau ist nun das letzte Relikt von einst über 300 deutschsprachigen Städten und Dörfern in Kleinpolen und Rotreußen. Bis 1945 konnten die Wilmesauer ihre Traditionen und Sprache frei ausleben. Danach kamen Sprachverbot, Schikanen, Internierungen oder Arbeitslager-Verschickungen.

Die Mehrheit der Polen weiß, dass es eine kaschubische Sprache gibt und viele wissen aufgrund der zweisprachigen Beschilderung auch, dass Kaschubisch seit 2005 als Regionalsprache anerkannt ist. Man weiß ebenso, dass es Oberschlesier gibt, die sich für die Anerkennung ihrer polnisch-tschechisch-deutschen Mischsprache – bislang erfolglos – stark machen. Aber Wilmesauer?

Der 25-jährige Wilmesauer Tymoteusz Krol bedauert, dass das Wissen um diese Volksgruppe so gering ist. Er sieht in der Sprache und dem Brauchtum ein zu schützendes Kulturgut. „Hoffentlich wird es uns gelingen, unsere Sprache als Regionalsprache in Polen anerkennen zu lassen. Wir würden endlich Geld für das Herausgeben von Büchern in unserer Sprache bekommen. Unsere Ausstellungen und andere Aktivitäten könnten auch vom Staat finanziert werden“, so Krol, der bereits während seines Studiums, wann immer er konnte, Sprachkongresse und Tagungen besuchte und Aufklärungsarbeit leistete. Das Wilmesaurische wurde ihm von seinen Eltern nicht in die Wiege gelegt, er lernte es von den Alten im Ort, die untereinander ausschließlich Wilmesaurisch sprachen. Mit zehn Jahren bestimmte Krol für sich, er wolle das Wilmesaurisch retten. Als die etwa 100 Menschen, die noch Muttersprachler waren, immer weniger wurden, begann Krol ihre Erzählungen aufzuzeichnen. So entstand ein Tonarchiv von etwa 1000 Stunden – eine große Hilfe bei der Kodifizierung der Sprache.

Als Krol 2003 an seiner Schule den Wilmesauer Kulturklub gründete und nun auch noch als Jugendlicher Wilmesaurisch unterrichtete, schauten ihn die Lehrer skeptisch an. Heute gibt es in dem 3000 Einwohner zählenden Städtchen zwei Lehrkräfte für Wilmesaurisch und selbst in Warschau kann man die Sprache lernen. Denn Krol gründete an der Universität Warschau die „Wymysiöery y Akademyj“ (Wilmesaurische Akademie). Mitglieder sind Forscher aus aller Welt, die sich für Wilmesau interessieren. Krol begeisterte für sein Anliegen den Ethnologen und Dozenten an der Artes-Liberales-Fakultät der Universität Warschau, Bartlomiej Chromik, der mit seinen Studenten ein Internet-Wörterbuch Polnisch-Wilmesaurisch erarbeitet hat. Diese Aktivitäten halfen die in Wilmesaurisch aufgeführten Theaterstücke: „Der kliny Fjyst“ (Der klein Prinz) oder „Hobbit. Hejn an cyryk“ (Hobbit. Hin und zurück) zu verstehen.

Zudem konnte er Politiker überzeugen, einen Antrag auf Anerkennung des Wilmesaurischen als Regionalsprache im Parlament zu stellen. Den Antrag stellte Danuta Pietraszewska von der Bürgerplattform.

Sollte Wilmesaurisch als Regionalsprache anerkannt werden, stünde den Wilmesauern das Recht auf unentgeltlichen Sprachunterricht ab dem Kindergarten zu und das Recht das Abitur in der Regionalsprache abzulegen. Krol weiß jedoch, dass der Gesetzgebungsprozess sehr lange dauern könnte. Davon können nämlich die Schlonsakisch sprechenden Oberschlesier ein Lied singen. 2010 hatte der Rat der Polnischen Sprache festgelegt, dass ihr Antrag auf Feststellung als eigenständige Sprache abzuweisen sei und nicht als Regionalsprache fungieren könne. Ein Jahr später zeigte die Volkszählung jedoch, dass 376 000 Menschen diese „Nichtsprache“ als ihre Erstsprache und 431 000 „(Ober-)Schlesisch“ neben Polnisch als zweite Sprache sprechen. Die Partei „Nowoczesna“ (Die Moderne) hat nun erneut einen Antrag auf Anerkennung des Schlonsakischen als Regionalsprache eingereicht.

Ob die Novellierung des 2005 erlassenen Gesetzes zum Schutz der nationalen und ethnischen Minderheiten und der Regionalsprachen Wilmesaurisch und Schlonsakisch anerkennt, hat für



Tymoteusz Krol Bild: Wagner

Krol keinen Einfluss auf die Identität als Volksgruppe: „Viele Polen können nicht begreifen, dass man, in Polen lebend, eine nichtpolnische Identität und Sprache haben kann. Wenn ich sage, dass ich Wilmesauer bin, sagen sie, dass es nicht stimme und ich doch Pole zu sein habe, weil ich in Polen lebe. Auch deswegen wird von Polen das Wilmesaurische nur als Mundart bezeichnet – alles, was nicht Polnisch ist, ist schlechter. Das ist sicher nicht die Meinung aller Polen, aber ich höre das oft – viel zu oft“, bedauert Tymoteusz Krol. *Chris W. Wagner*

Dänisches im Pommernland

Pommersches Landesmuseum zeigt Sonderausstellung und lädt zu facettenreichem Rahmenprogramm ein

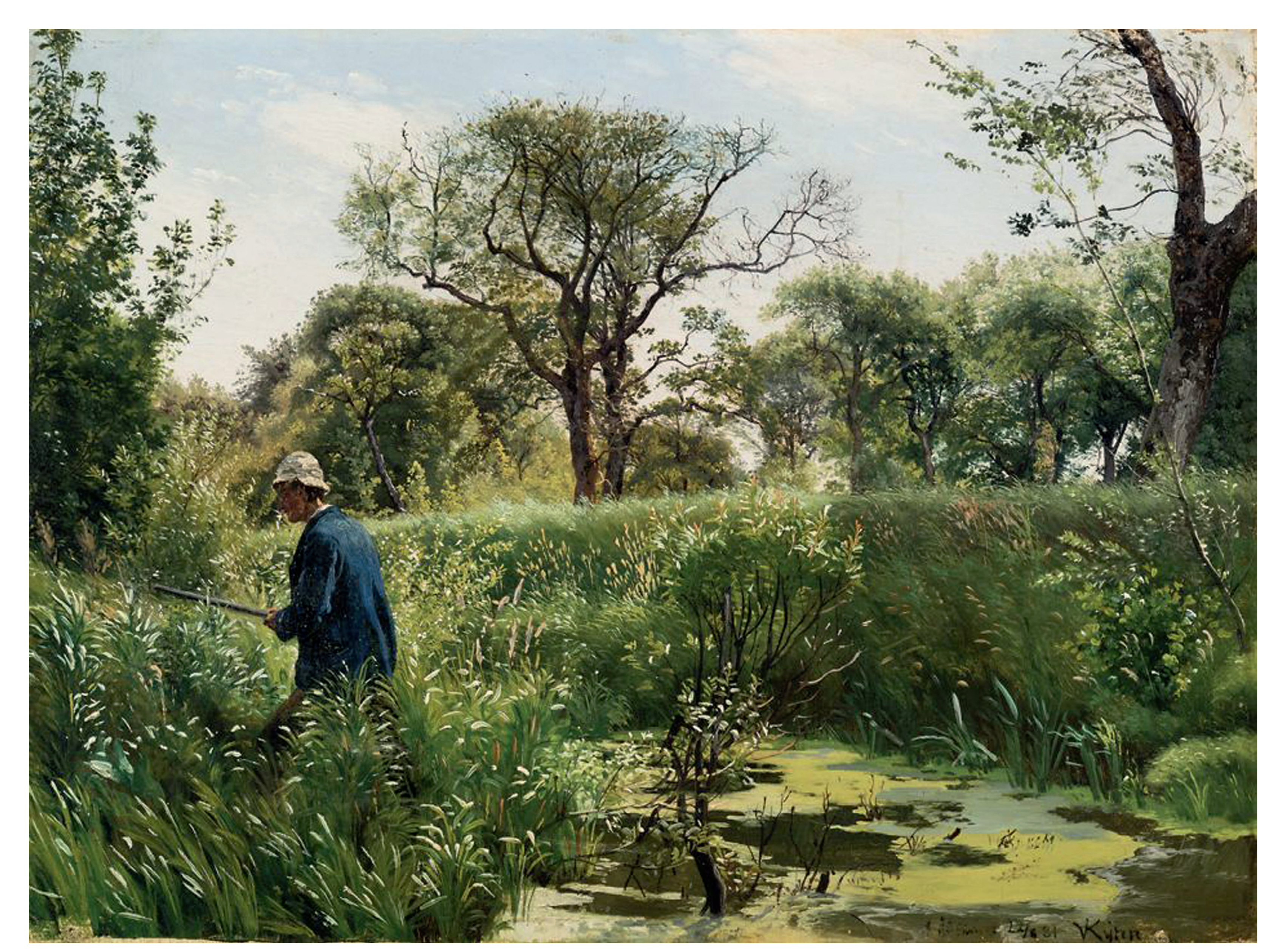
Ein Blick in die Geschichte und Geographie verrät, wie eng die Stadt Greifswald mit den Pommern und mit den Dänen verbunden war. Im 12. Jahrhundert gründeten die auf der Insel Seeland beheimateten dänischen Zisterziensermönche von Esrom das Tochterkloster Eldena. Das war die Geburtsstunde der Stadt Greifswald, die damals als kleine Siedlung zum Klostergut gehörte. Eldena heißt heute ein Ortsteil der Hansestadt, das Kloster ist als Ruine erhalten und gilt als ein Kleinod auf der „Europäischen Route der Backsteingotik“. Der 1774 in Greifswald geborene Maler Caspar David Friedrich hat die Klosterruine Eldena zu einem Hauptmotiv seiner Gemälde gemacht.

Seit zwei Jahren sind die Dänen wieder in Mecklenburg-Vorpommern anzutreffen. Diesmal in Form einer Schenkung, die der Kunstmäzen Christoph Müller dem Land überreichte. Es handelt sich um eine Sammlung von rund 400 dänischen Gemälden, Zeichnungen und Druckgrafiken, die seit dem Frühjahr bis zum 12. August d.J. erstmals vollständig im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald zu sehen ist.

Die in der Sonderausstellung „Die Dänen“ gezeigten Arbeiten stammen zum Teil von bekannten Künstlern wie Abildgaard, Juel, Eckersberg, Kobke, Lundbye, Rorbye und Skovgaard sowie auch Werke von La Cour, Thorenfeldt und Paulsen.

Der Betrachter kann vor allem durch das Wechselspiel von Caspar David Friedrich und Philipp Otto Runge – die beide in Kopenhagen studierten - einen faszinierenden Überblick auf die dänische Malerei im 19. Jahrhundert vom „Goldenen Zeitalter“ bis hin zur Jahrhundertwende erleben. Die Bilder beeindrucken durch die weite Landschaft, den hohen Himmel, das klare Licht der See und fliegende Segel, die die Landstriche rund um die Ostsee prägen.

Einige herausragende Beispiele: Christian Blache (1838 – 1920): „Kleiner Matrose am Meer“, Christian Eckhardt (1832 – 1914): „Idyllischer Sommertag am Eingang des Dyrehaven bei Kopenhagen“, Carl Frederik Aagaard (1833 – 1895): „Sommergewitter auf Saltholm“, Betzy Libert (1859 – 1944): „Zwei Zitronen“ und Vilhelm Kyhn: „Jaeger im Marschland bei Ausumgaard“.



Vilhelm Kyhn: Jäger im Marschenland bei Ausumgaard *(Foto: Pommersches Landesmuseum)*

Ergänzend zur Dänen-Ausstellung veranstaltet das Pommersche Landesmuseum ein facettenreiches Begleitprogramm. Am 26. Juni halten Prof. Dr. Kilian Heck, Christel Bair und Nico Anklam vom THEORIA-Forschungsprojekt, Greifswald, den Vortrag „Die Entstehung des Nordens in der Malerei“.

Am 27. Juni vermittelt Dr. Sabine Lindqvist mit dem Beitrag „Kunstpause - Licht, Luft und Duft“ die Atmosphäre in den Landschaftsbildern Vilhelm Kyhns.

Eine Tagesexkursion unter dem Motto „Komm ins Offene“ findet am 30. Juni statt. Die Busfahrt ist dem Thema „Friedrich und Masuyama - 200 Jahre Hochzeitsreise auf Rügen“ gewidmet und wird in Kooperation mit der Caspar-David-Friedrich-Gesellschaft und Dr. Frauke Fassbinder durchgeführt.

Hintergrund: 1818 heiratete Caspar David Friedrich die Dresdener Bürgerstochter Caroline Bommer. Das Paar unternahm eine Hochzeitsreise, die sie in seine vorpommersche Heimat führte, u.a. auch auf die Insel Rügen. Der japanische Maler, Bildhauer und Fotograf Hiroyuki Masuyama hat sich auf die Reise begeben und die Orte aufgesucht, die auch Caspar David Friedrich vor 200 Jahren besucht hat.

Zwischen dem Besuch der beiden Ausstellungen hat die Reisegruppe Gelegenheit, bei einer Schifffahrt den Blick auf Friedrichs wohl berühmtestes Motiv „Kreidefelsen auf Rügen“ werfen.

Am 8. Juli bietet Dr. Birte Frenssen eine Führung durch die Dänenausstellung unter dem Titel „Die große Welt im Kleinen“ an.

Die Finissage der Sonderschau wird am 11. August mit einem Konzert begangen. Das Ensemble „Echoes in Veil“ - bekannt durch den „Nordischen Klang“ in Greifswald – tritt mit einem bisher einzigartigen Konzept für Popmusik auf: Fünf Sängerinnen aus Dänemark und Norwegen mischen ihre individuellen Stimmen mit elektronischen Beats in einem Live Vocal Mixing, wobei sie mit der Zeichensprache des Soundpainting spontan die Musik entwickeln können. Das Konzert verspricht eine „hyggelige“ Atmosphäre in der Greifswalder Museumsstraße.

Dieter Göllner

Die Odyssee der Gemäldesammlung

Eine kleine Geschichte des Museums auf der Hakenterrasse Stettin

Stettin wurde von 1873 an „entfestigt“; 1890 wurde das Fort Leopold geschleift, und man schuf über dem Dampfschiffsbollwerk die bekannte Hakenterrasse. Im Jahre 1913 wurde dort das monumentale Stadtmuseum eröffnet. Heinrich Dohrn d. J, der in Stettin Stadtverordneter und in Berlin Reichstagsabgeordneter war, hielt die Eröffnungsansprache. Eine gewaltige, vielbestaunte Glaskuppel überwölbte die Rotunde des 2. Obergeschosses.

Zwei selbstständige Museen befanden sich in dem Gebäude; das Naturkunde- und das Kunstmuseum. Das erste betreute auch die umfangreiche Gruppe der Schiffs- und Hafenmodelle. Die Modellsammlung von Handels-, Passagier- und Kriegsschiffen der 1831 gegründeten Stettiner Vulcan-Werft wirkte imponierend. Immerhin wurden dort beinahe 750 Schiffe bis 1944 gebaut, so dass die Schiffsmodellbauer eine genügend große Auswahl treffen konnten.

Die Anfänge der Sammlungen führten bis in das 19. Jahrhundert zurück. Der Oberpräsident August Sack gab 1824 den Anstoß zum Sammeln des pommerschen Schrift- und Sachgutes. In der Eingangsrotunde des Museums waren mittelalterliche Kunst- und Bildwerke locker aufgereiht: das Kolbatzer Sakramenthäuschen, zinnerne Prunksärge, ein Türklopfer mit dem Greifenkopf, das Kolbatzer Teufelskapitel (oberer Säulenabschluss), Schränke und Vitrinen mit Raritäten aus dem bürgerlichen Leben und Steinzeug und Gläser des 15. und 16. Jahrhunderts. An den Wänden hingen Richtschwerter pommerscher Städte und der gewaltige Elchkopfleuchter aus der Stolper Schlosskirche. In einer Saalecke standen Beispiele von Trachten aus Jamund und dem Pyritzer Weizacker.

Zwei Räume waren den vorgeschichtlichen Funden gewidmet: Urnen mit Münzen, Bronzegeschirr aus germanischen Gräbern, Hacksilber, Silbergeld und alte Siegel. Eine Kollektion russischer Medaillen hatte Katharina die Große (1729 -1796) als gebürtige Stettinerin dem Rat der Stadt zukommen lassen. Einen großen Deckelpokal hatte Friedrich Wilhelm I. gestiftet mit der Inschrift: „Vivat, die gut preußisch sind, und die es nicht sind, dass Gott ein Zeichen an ihnen thue!“ Im Jahre 1924, als die „Gesellschaft für pommersche Geschichte“ ihr l00jähriges Jubiläum feierte, wurden die kulturgeschichtlichen Sammlungen dem Pommerschen Landesmuseum in der Luisenstraße übergeben.

Mit der Geschichte des Museums an der Hakenterrasse ist der Name der Familie Dohrn eng verbunden. Heinrich Dohrn d. Ä. war Großkaufmann und Förderer der Forschung und der Musik in der pommerschen Landeshauptstadt, sein Enkel, Heinrich Dohrn d. J. (1838 -1913), wirkte als Sammler, Mäzen und Anreger für die Verwirklichung des Stadtmuseums.

Mit einem naturkundlichen Spezialgebiet trat 1937 der Entomologische Verein zu Stettin an die Öffentlichkeit. Der Präsident Carl August Dohrn nahm die gesammelten Insekten in persönliche Betreuung, fügte reichhaltige Käfersammlungen hinzu und gab eine Entomologische Zeitung heraus. Sein Sohn, Heinrich Dohrn d. J., besorgte noch fehlende Insektenarten und schuf eine reichhaltige Conchyliensammlung (Muscheln, Schnecken u.a.). Allein die Insektensammlung füllte im wissenschaftlichen Magazin über 44.000 Schaukästen, eine vorzügliche Fachbibliothek stand allen Interessenten zur Verfügung. Der „Kunstverein für Pommern“, der 1834 gegründet wurde, stiftete 7 000 Mark für Erwerbungen des Kunstmuseums. Die Stadt Stettin zahlte ab 1913 für Gemäldeankäufe u.a. jährlich 10 000 Mark, so dass man Gemälde von Rang kaufen konnte. Das „Bildnis eines vornehmen Herrn“ von Franz Hals und Landschaftsgemälde von Adam Pijnacker und Jan Wijnants vertraten die ältere Malerei des 17. Jahrhunderts. Aus dem 18. Jahrhundert stammen z. B. die „Elblandschaft“ von J. Fr. Thiele und das hervorragende Generalsbildnis von Antoine Pesne, des Hofmalers Friedrich des Großen. Aus dem Dresdner Kunstkreis des 19. Jahrhunderts sind vor allem die drei Gemälde von Caspar David Friedrich zu nennen, besondere Schätze waren die Bilder von Philipp Otto Runge, Ferdinand Waldmüller, Max Liebermann und die „Allee von Arles“ von Vincent van Gogh. Eine Besonderheit war die Kopiensammlung antiker Großplastiken. Die Wiedergabe erfolgte in Guss oder Galvano, in Einzelfällen spielte man sogar mit gewissen farblichen Möglichkeiten. Staunend standen die Besucher vor dem „Apoll“, vor den beiden Reiterstatuetten „Alexander“ und „Amazone“, dem „Gänsedieb“ und dem „Sandalenbinder“.

Von Pommern nach Pommern: Stettin – Coburg – Wiesbaden – München– Coburg – Kiel – Greifswald

Wo blieben die Stettiner Bilder und Gemälde am Ende des 2. Weltkrieges? Bibliotheksrat Dr. Eggebrecht erhielt Anfang März 1945 vom Oberbürgermeister den Auftrag, die Kunstwerke vor den angreifenden Russen zu retten und nach Coburg zu schaffen. Die Rettung gleicht einer Odyssee: zunächst wurden die Bilder mit Leiterwagen zum Tornayer Güterbahnhof gebracht und mit einem Güterzug zunächst nach Coburg befördert. Amerikanische Soldaten packten das Stettiner Museumsgut auf Lastwagen und brachten es in das Schloss Tambach.

Eine Tages erschienen polnische Soldaten im Schloss und verlangten von Dr. Eggebrecht, er solle ihnen helfen beim Verpacken und Verladen von allen Bildern; sie hätten bereits ein Lastauto zum Abtransport mitgebracht. Aber die Weigerung des Bibliothekars und die Unterstützung der Amerikaner unter Leitung des Kunstoffiziers Milton A. Peltz verhinderten diese illegale Aktion. Bald wurden die Bilder wieder einmal eingepackt. Sie wurden nach Wiesbaden verfrachtet, katalogisiert und nach München unter die Obhut des Bayrischen Staates gegeben.

Die Stadt Coburg erhob Ansprüche auf das Stettiner Eigentum und holte es zurück. Im November 1970 kamen die Bilder nach Kiel und fanden im Rantzaubau des Schlosses unter der Obhut der Stiftung Pommern ein neues Heim. Ein „Katalog der Gemälde“, den die Stiftung Pommern im Jahre 1982 drucken ließ, enthält 313 Gemälde; 32 ganzseitige Farbtafeln lassen die Schönheit und den Wert der Bilder besonders hervortreten. Zu jedem Bild erscheint die Lebensbeschreibung des jeweiligen Künstlers oder der Künstlerin, der Erhaltungszustand und Angaben zur Herkunft und zur Darstellung (Provenienz).

Mit einer feierlichen Abschiedsveranstaltung beendete die „Stiftung Pommern“ in Kiel am 29. September 1999 ihre Ausstellungstätigkeit. Die Sammlung Stettiner Gemälde wurde nach Greifswald in das Pommersche Landesmuseum überführt.

Greifswald ist der Ort, an dem die Kunstsammlung ihren endgültigen Platz gefunden hat.

Kurt Dummann, Lunden (†)

Trinity-Kirche in Milwaukee/ Wisconsin durch Feuer vernichtet

Feuer zerstört die historische Evangelisch-lutherische Dreieinigkeits-Kirche im Stadtzentrum von Milwaukee/Wisconsin, der „deutschesten Stadt in USA“

Am 15. Mai 2018 gegen 15:45 Uhr brach in der ältesten Kirche der Stadt ein vernichtendes Feuer aus, offenbar ausgelöst durch Bauarbeiten am Dach. Durch das Feuer ist einer der Kirchtürme eingestürzt.

Da das Dach ebenfalls eingestürzt ist, ist der Innenraum jetzt Wind und Wetter ausgesetzt. Das historische Kirchengebäude ist möglicherweise so geschädigt, dass ein Wiederaufbau nicht möglich ist, so liest man es in der örtlichen Presse.

Die Trinity / Dreieinigkeits-Gemeinde wurde 1847 von Immigranten aus Deutschland, darunter vielen Pommern gegründet und ist die zweitälteste Missouri Synodenkongregation in Wisconsin.

Die Kirche mit ihrer wertvollen Innenausstattung und einer imposanten Orgel wurde 1878 nach Plänen von Frederick Velguth im viktorianischen gotischen Stil erbaut. Das Gebäude besteht aus cremefarbenen Ziegeln und ruht auf einem Kalksteinfundament. Die Kirche ist in der Form eines Kreuzes gebaut. Das Gebäude wurde 1967 zum Milwaukee-Wahrzeichen erklärt und 1979 in das National Register of Historic Places im Jahr 1979 eingetragen.

BS

Das kleinere Übel beim Kindergeld

Zu: Von Wien lernen (Nr. 21)

Die österreichische Kindergeldkürzung für in einem anderen EU-Land lebende Kinder auf die dortige jeweilige Kindergeldhöhe ist eine Art Indexierung, also eine Anpassung an die Lebenshaltungskosten im anderen EU-Wohnsitzland von Kindern eines in Österreich steuerpflichtigen EU-Ausländers.

In Deutschland gibt es, anders als beim Kindergeld, immerhin ebenfalls eine Indexierung, wenn zum Beispiel ein hier arbeitender Rumäne Unterhaltsleistungen für seine nach deutschem Recht unterhaltsberechtigten Kinder in Rumänien als außergewöhnliche Belastung in besonderen Fällen nach Paragraf 33 a Absatz 1 Satz 6 Einkommensteuergesetz von der deutschen Einkommensteuer absetzen will. Bei der Höhe des steuermindernden Betrags sind die Verhältnisse im Wohnsitzstaat der unterhaltenen Personen maßgeblich. Hierzu gibt das Bundesfinanzministerium regelmäßig eine weltweite Länderliste mit vier Gruppen heraus.

Bei Gruppe 4 (Niedriglohnländer wie zum Beispiel Georgien und Kosovo) würde die hier lebende, Unterhalt zahlende Person nur ein Viertel des Unterhaltshöchstbetrags geltend machen können. Bei Rumänien und Polen ist es zurzeit die Hälfte. Gegen diese deutsche Rechtspraxis hat die Europäische Union meines Wissens bislang nicht interveniert.

Trotz der hohen deutschen Kindergeldzahlungen ins EU-Ausland muss man berücksichtigen, dass für Deutschland die Ausgaben wohl viel höher wären, wenn die Kinder hierhin übersiedelten, eventuell zusammen mit einem Elternteil, und dann die gesamte Familie hier lebte. Denn die Betroffenen sind überwiegend im Niedriglohnsektor beschäftigt und müssten „aufstocken“, hätten sie den Ehepartner und ihre Kinder bei sich. Von einer zusätzlichen Belastung des seit drei Jahren immer angespannter werdenden Wohnungsmarktes gar nicht erst zu reden. **Heinz Johansmeier Rietberg**

Das Land wird verspeist

Zu: Den Horizont erweitern (Nr. 23)

Europaweit rückt die geläuterte Menschheit etwas weiter in die rechte Mitte.

Auf der Suche nach einem Sender traf ich zufällig auf die Anne-Will-Runde. Ich war entsetzt! Frau Kelek, eine Erfahrungsträgerin im Umgang mit dem Islam, wurde in der Diskussion zurückgedrängt. Als jedoch eine Mitarbeiterin von der „taz“ erklärte, ihr sei es egal, ob eine Muslima oder sonst wer unser Land regieren könne, habe ich weitergeschaltet.

Unglaublich, dass politisch denkende Menschen so etwas von sich geben dürfen. Das zeigt mir, in welcher Gefahr sich unser Land befindet, da es von ehrlosen Zeitungsmachern regelrecht verspeist wird.

Ich kann nur hoffen, dass die AfD-Spitze vor Öffnen ihres Mundwerkes zuerst das Gehirn einschaltet, um so für viele Zweifler doch noch wählbar zu werden. Das Absinken von Moral und Ästhetik in unserem Land macht mich richtig traurig. Ich war zehn Tage in Masuren und habe festgestellt, dass der Durchschnittsmensch dort unwahrscheinlich hilfsbereit, gastfreundlich und liebenswert ist.

Die *PAZ* ist für mich, aber auch für meine Frau und unseren Sohn, ein politisches Asyl. **Peter Karstens, Eckernförde**

Dienst erledigen

Zu: Bayern plant Erweiterung von Polizeiaufgaben (Nr. 19)

Die Politik weiß offenbar nicht, wie sie sich möglichst Arbeit vom Halse schaffen kann und delegiert den unangenehmen Teil der Aufgaben, wenn es brenzlig wird. Zu viele Befugnisse schaden, wie wir wissen, und reicht das nicht, setzt man sich einfach darüber hinweg und bricht Gesetze – wie die Akteure in der Politik, so die Spitzbuben im Volk. Was nützen der Polizei mehr Befugnisse, wenn der Haftrichter den Spitzbuben wieder laufen lässt?

Meine Meinung: Die Polizei braucht keine neuen Befugnisse, sondern sollte nur ihren Dienst tun. **Gudrun Piel, Witten**

Merkel meiden

Zu: Die Geister, die sie riefen (Nr. 24)

Merkel ist nicht mehr als eine „lame duck“. Ihre Verfehlungen, um nur die gravierendsten zu nennen, sind der hündische Gehorsam gegenüber der EU, (insbesondere deren Finanz-, Grenz- und Umweltpolitik), die Asylantenpolitik, die Abschottung von Russland, das Unvermögen, mit einem Mann wie Trump zurechtzukommen, sowie die Verkehrs- und Energiepolitik. Tatsache ist, und das hat der G7-Gipfel gezeigt, dass andere Staatsmänner sie meiden, wenn es denn geht.

Da können die Medien noch so sehr versuchen, die Dame in einem positiven Licht darzustellen. Sie hat Deutschland auf dem internationalen Parkett nicht weitergebracht. Innenpolitisch ist sie erledigt. Hoffentlich hat das auch bald jeder im Land gemerkt. Ich hoffe, dass wir nie wieder eine solche Person in einem derartigen Amt sehen. **Alexander Schnell, Steinau**



Frauen machen ihm das politische Leben schwer: Bundesinnen- und Heimatminister Horst Seehofer spricht sich mit Jutta Cordt aus, als sie noch Präsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) war. Wegen des Behördenskandals in der Bremer Bamf-Außenfiliale hatte er sie jüngst entlassen.

Bild: pa

Der Sternengucker

Zu: Copernicus hob die Welt aus den Angeln (Nr. 19)

Über das Bild vom Epitaph des Copernicus in Thorn habe ich mich gefreut, denn ich habe dort vor einigen Jahren sechs Wochen lang Deutschkurse für die Deutsche Minderheit gegeben. So erfuhr ich, dass die Polen alle deutschen Denkmäler in Thorn vernichtet hatten – mit Ausnahme der Copernicus-Statue in der Nähe des Artushofes, weil sie den Mann für ihre Nation in Anspruch nehmen.

Der lateinische Text des Epitaphs passt nicht zum sonst üblichen daktylischen Hexameter, doch der Sinn ist klar, wobei die Übersetzung auch eine Interpretation ist: „Ich verlange nicht die Gnade, wie sie Paulus zuteilwurde, noch fordere ich die Verzeihung, die Petrus erhielt, sondern ich bitte eifrig um jene, die du am Holz des Kreuzes dem Räuber gegeben hattest.“ **Adolf Frerk. Geldern**

Wie der Kritiker der Kanzlerin »ausgemerkelt« werden sollte

Zu: Die flüchtlingsverachtende Politik des Bamf (Nr. 22)

Halten Sie es für möglich, dass der Bamf-Skandal von Angela Merkel so gewollt war? Kenntnis über diese Vorgänge hat sie als Bundeskanzlerin mit ziemlicher Sicherheit schon lange. Nach der Bundestagswahl hat sie dem heimattreuen Bayern Horst Seehofer das prestigeträchtige Innenministerium zugerechnet und es sogar um einen diffusen Heimatsektor erweitert.

Kann es daher sein, dass die Kanzlerin zuerst dem Bayern in dieses Ministerium manövrierte, es dann um den besonders für Patrioten und Wutbürger interessant klingenden Bereich Heimat erweiterte und schließlich die Bremer Bamf-Geschichte platzen ließ? So konnte sie den ständig stichelnden Konkurrenten und zeitweise einzigen Kritiker „ausmerkeln“. Man denke nur an die lange Liste der vorwiegend männlichen Konkurrenten (Frauen steigen hingegen auf) aus konservativen Parteien und Organisationen, die Merkel Stück für Stück auf eine ähnliche Weise, meist mit lächerlichen Begründungen, ausgeschaltet hat.

Ich möchte hierzu anmerken, dass im Vergleich einige 100 bis 1000 Fälle für jeweils 500 Euro keine große Nummer sind. Die Asylsucher zahlen für ihrer „Flucht“ ein Vielfaches (da sind 500 Euro nur eine Bearbeitungsgebühr), und es gibt mittlerweile Kataloge an Versäumnissen, Straftaten, Bestechungen und Skandalen, die mit dem großen Thema Flüchtlinge in Verbindung stehen.

Wie wäre es, wenn man stattdessen den Bremer Libanesen-Clan Miri beleuchtet? Dieser verursacht ein Vielfaches an Kriminalität und Sozialkosten, wird aber seit Jahren von Presse und Politik gedeckt. **Aljoscha Bredenkamp, Oldenburg**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Lebenshilfe für die Hosentasche

Die steinernen Tränen der Apachen – Den schwarzen Obsidianen werden in der Esoterik vielerlei Heilwirkungen nachgesagt

Wenn Steinlädchen und Esoterik-Kurse „Stille Post" spielen, wird aus vulkanischem Glas ein mythischer Lebenshelfer. Sogenannte Apachentränen geben die Fähigkeit der Vorausahnung und wandeln Verzagtheit in Lebensfreude. Nicht allen Mineralien wird so viel Aufladung zuteil. Dabei sind es nur Silikate, also so etwas wie Sand oder Glas. Entscheidend ist die Herkunft.

In der Edelstein-Esoterik werden den Steinen etliche Wirkungen und Wirkweisen nachgesagt, von denen sie nicht einmal selber wissen: Sie wirken angeblich günstig auf die Verdauung, lösen Spannungen oder sorgen für besseren Schlaf. Ins Wasser gelegt, teilen sie ihre „Schwingungen" mit und verschaffen Heilwirkungen. Man soll sie pflegen, die Steine: Ab und zu tut ihnen eine Entladung gut: Man legt sie zu Hämatit oder spült sie mit warmem Wasser ab, zum Aufladen kommen sie neben Bergkristall oder in die Sonne. Rituale schaffen Überzeugungen.

Der Witz an der Sache: Die Wirkweise ist zwar eine andere (nämlich die psychologische), die beschriebenen Wirkungen jedoch lassen sich feststellen. Denn schon die Zuschreibung kann bewirken, sich auf die gewünschte Heilwirkung einzulassen. Hier also wartet die Lösung, wenn es zwickt oder zwackt, und indem man solche Steine inzwischen aussuchen kann wie Medikamente, öffnet man sich mental dem Heilungserfolg. Dabei kommt den Mineralklumpen eine eher unpräzise, schwammige Form der Beipackzettel zugute. Der Stein, er kann, er unterstützt, er hilft und so weiter. Und, nun ja, wenn nicht, dann eben nicht.

Was die als Apachentränen gehandelten Rauchobsidiane betrifft, so können die eine ganze Menge: Auf der seelischen Ebene helfen sie – angeblich – beim Erkennen von Gefahren, absorbieren negative Energie, stellen das emotionale Gleichgewicht wieder her, helfen bei Depression und Zukunftsangst, unterstützen bei Trauer und stärken die Intuition. Sie schenken Kraft und Lebensfreude und sorgen für gute Gefühle. Daneben sollen sie auch auf den Körper wirken, indem sie das Immunsystem stärken, das Blut und die Haut verbessern, die Wundheilung fördern, Gifte vermindern und Krämpfe lindern, die Verdauung und die Aufnahme von Vitaminen verbessern.

Allerhand, oder? Nirgends wurde das empirisch festgestellt oder klinisch untersucht. Trotzdem halten viele, besonders aber in der Esoterik-Szene, an dem Aberglauben fest.



Heilsversprechen: Obsidiane helfen im Zweifel gegen alles — Bild: action press

Aber wo kommen diese Zuschreibungen eigentlich her? Manches davon kann auf eine Art Signaturlehre zurückgeführt werden, indem man von den Eigenschaften (Transparenz, Sprödigkeit) und der Verwendung des Steins (Obsidiane wurden schon früh für Klingen und Pfeilspitzen, Silikate allgemein für Brillen und Fernrohre genutzt) auf seine Wirkungen schließt. Anderes wurde hineininterpretiert und hängt mit der Ursprungslegende zusammen: Die Apachen wurden von den Weißen immer weiter zurückgedrängt, und ihre Tränen über das verlorene Land erstarrten im Boden zu diesen Stücken.

Vielleicht schrieb man den Rauchobsidianen schon vor den langen und blutigen Indianerkriegen solche Wirkungen auf Intuition und Vorahnung zu, denn schon früh setzte sich der Mensch mit den Eigenschaften dieses Werkstoffs auseinander und hämmerte ihn zu Messerchen, Pfeil- und Lanzenspitzen zurecht. Das geht soweit, Obsidian in heutiger Zeit für die Herstellung mikrochirurgischer Skalpelle vorzuschlagen – was jedoch bis jetzt noch nicht geschehen ist.

Faszinierend und eigenartig sind die nahezu kugelrunden Stücke auf jeden Fall. Schwarz und unscheinbar liegen sie da, aber wenn man einen davon gegen das Licht hält, erkennt man ihn als rauchig braunes Glas, durch welches der Lichtschein fällt.

Bei den Rauchobsidianen (und Obsidianen überhaupt) handelt es sich um Klumpen vulkanischer, sehr saurer Lava, die weitgehend frei von Fremdstoffen und sehr schnell erkaltet ist. Deshalb ist das Material nicht kristallisiert. Im Grunde ist es also braunes Glas aus den kochenden Tiefen des Erdinneren, was natürlich auch erklärt, weshalb man diesen Steinen so viel Kraft und Energie zuschreibt.

Recht ähnliche irdische Gläser gibt es auch noch woanders in der Mineralienwelt, nämlich bei den Tektiten. Sie sind ganz anders, aber kaum weniger kraftvoll entstanden, nämlich durch die Energiefreisetzung bei Kometeneinschlägen. Mineralisches Material wurde dabei erhitzt und weggeschleudert. Über dem heutigen Tschechien regnete es Massen davon, die aus dem Nördlinger Ries emporgeschleudert worden waren und heute als „Moldaviten" höchste Wertschätzung genießen. Ostasiatische Tektiten sind hingegen schwarz. Und Moldaviten werden natürlich längst gefälscht, in China stellt man sie aus Altglas her.

Der Rauchobsidian vereint vieles in sich: spannende Erdgeschichte mit kräftigen Eruptionen, lange Menschheitsgeschichte mit unerquicklichem Ausgang und ein bisschen Lebenshilfe für die Hosentasche. Nicht zuletzt ist er aber ein sehr hübsches Dekorationsstück für die Wohnung des Achtsamen, der damit negative Energien aus seinem Lebensbereich heraushalten möchte. Sein Geheimnis gibt dieser Stein erst preis, wenn man die Perspektive wechselt.

Vielleicht liegt darin sein besonderer Wert als Heilstein, denn er bringt uns dazu, den scheinbar undurchsichtigen Dingen genauer auf den Grund zu gehen. *Alexander Glück*

Von Gefühlen verleitet

»Neuroselling«: Wenn man kauft, was man gar nicht braucht

Zur Fußballweltmeisterschaft will jeder zur Nationalmannschaft gehören. Überall sieht man Fans in den Trikots ihrer Idole herumlaufen. Die Sportartikelunternehmen reiben sich indes die Hände ob dieses Verkaufserfolgs, denn durch die emotionale Begeisterung haben sich die Kunden zu einem Kauf hinreißen lassen, der gleich nach der WM auf ewig im Schrank verschwindet.

Um Kunden das Geld aus der Tasche zu ziehen, ist Marketing-Experten jedes Mittel recht. Die moderne Strategie setzt dabei auf das Unterbewusste der möglichen Käufer. Das Ergebnis ist eine ausgefeilte Produkt-Präsentation, die wie das WM-Ereignis eine magnetische Sogwirkung entwickeln soll. Erschreckend häufig funktioniert diese Masche. Das Geheimnis dahinter ist das sogenannte Neuroselling.

Der überaus bequeme Stuhl beim Autohaus gehört ebenso zu der Vorbereitung der Verkaufsaktion wie die farbliche Gestaltung der Wände im hochwertigen Möbelhaus und die dekorativen Bilder von mit Palmen gesäumten Stränden an der Wand beim Reisebüro. Emotionen sind der Schlüssel zur Kaufbereitschaft. Wer sich wohlfühlt, gibt schneller nach beim Beratungsgespräch. Sitzt der Kunde beim Verkaufsgespräch auf einem harten Holzstuhl, ist zu befürchten, dass er das Angebot hartnäckig hinterfragt, versucht, bessere Konditionen auszuhandeln, oder sich gar gegen das Produkt entscheidet. Und das unabhängig davon, ob er vor Betreten des Verkaufsraums dem Pkw-Modell, der Küchenzeile oder den Konditionen der Lebensversicherung gegenüber aufgeschlossen war. Elemente wie diese sind nachvollziehbar, stellen aber nur die einfachsten Grundlagen der Verkaufsförderung dar.

Wenn die bewusste Einstellung des möglichen Käufers "Ich brauche nichts" lautet, ist trotzdem eine Entscheidung für das Produkt möglich. Grund dafür ist das Unterbewusstsein, das zum großen Teil von Gefühlen gesteuert wird. Genau auf dieses Element setzt die Strategie des Neuroselling. Zentraler Kern dieser Strategie sind die drei Systeme, die bei jedem Menschen vorhanden sind, wenn auch in unterschiedlich starker Ausprägung.

Emotionen sind der Schlüssel zum Kauf

Natürlich ist es für den Kunden praktisch, wenn er neben Lebensmitteln auch andere Produkte kaufen kann. Er spart sich einen Weg. Doch wie oft benötigt man neue Bettwäsche, Töpfe oder Handtücher? Eine sehr interessante Frage lautet: Würden Sie Brot, Zwiebeln und Käse kaufen, wenn Sie in einem Reisebüro den Urlaub buchen? Wohl kaum. Das liegt daran, dass Nahrung, Schlaf und Sex das Balancesystem im Unterbewussten nähren. Dieses Prinzip will Sicherheit schaffen. Lebensmittel, Matratzen, Deko-Artikel und alles, was zum Thema Wohnen und Haushalt gehört, stellt für das Balancesystem eine harmonische Gruppe an Produkten dar. Kein Wunder, dass das Konzept der Discounter aufgeht und die Kunden Woche für Woche zum Einkauf kommen. Sie befriedigen damit ihr Balancesystem.

Wer sich im Autohaus über einen neuen Pkw informieren lässt, ist im Modus seines Dominanzsystems unterwegs. Der Kunde will Einfluss nehmen und sich durchsetzen. Entsprechend möchte er ernst genommen werden mit seinen Ansprüchen. Einzeln wählbare Details der Ausstattung sind Aspekte, die dem Verlangen nach Befriedigung des Dominanzsystems entgegenkommen. In diesem Zustand ist das Unterbewusstsein aufgeschlossen, hochwertige Uhren und Schmuck zu kaufen, die ebenfalls dem Dominanzsystem Rechnung tragen.

Das dritte Element, das beim Neuroselling genutzt wird, ist das Stimulanzsystem, das mit den Elementen Neugier und Risikobereitschaft verknüpft ist. Sport und Reisen stärken dieses Element, aber auch Mode. Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, dass für jede Sportart und jedes Reiseland eine eigene Kollektion entworfen wird – und hoch erfolgreich verkauft wird.

Allerdings darf der Kunde auch nicht „überfüttert" werden. Sollte jedes Jahr eine WM ausgetragen werden, nimmt der Kaufanreiz ab. Die Nationalmannschaftstrikots könnten selbst dann zum Ladenhüter werden, wenn die eigene Mannschaft Weltmeister wird. Da hilft dann das beste Neuroselling nichts. *Stephanie Sieckmann/tws*

Optimal abgetaucht

Um den Winter zu überleben, müssen Pinguine vorher gut jagen

Für die Pinguine naht die härteste Zeit des Jahres: der Winter auf der Südhalbkugel. In der Antarktis, wo sie leben, herrschen in diesen Tagen neben der Polarnacht auch dauerhaft eisige Temperaturen. Um zu überleben, müssen sich die Tiere in den Wochen vorher ausreichend Fettreserven anfuttern.

Um dabei nicht zu viel Energie zu verschwenden, haben sie sich ein strategisches Jagdverhalten angeeignet. Denn um bei bis zu 150 Tauchgängen pro Tier und Tag ein Optimum an Beute zu machen, antizipieren die flugunfähigen Wasservögel vorher den Jagderfolg und passen Tauchgeschwindigkeit, Flossenschlag und Eintauchwinkel nach Bedarf dem erwarteten Beutevorkommen an.



Bild: Christopher Michel

Zurück vom Tauchgang: Kaiserpinguine in der Antarktis

Wie das funktioniert, haben Meeresbiologen auf den französischen Crozetinseln, einem Vulkaninselarchipel im südlichen Indischen Ozean, an Königspinguinen untersucht. Dazu statten sie sechs Männchen mit Messgeräten aus, die Daten über die Tauchdauer und die Frequenz des Flossenschlags liefern.

Wie die Auswertung von 7631 Tauchgängen ergab, veränderten die Pinguine Tempo, Tauchwinkel und Flossenschlag so, dass sie nach erfolgreicher Jagd exakt zu der Stelle zurückkehren, an der sie abgetaucht waren. Wenn sie an einem bevorzugen Flecken im Meer gut gefressen haben und an die Meeresoberfläche zurückgekehrt sind, versuchen sie offenbar diese Stelle wieder zu erreichen, bevor die Fische weitergezogen sind. Auch verkürzen die Vögel bei Jagderfolg die Erholungsphasen an der Wasseroberfläche und erhöhen das Tauchtempo.

Die Forscher folgern, dass die Pinguine vor jeder Futtersuche gezielt Erwartungen entwickeln, meist auf der Basis vorheriger Tauchgänge. Vermuten die Vögel in der Tiefe viele Fische, legen sie beim Abtauchen in rund 100 Meter Tiefe mit dem Tempo zu, und zwar umso mehr, je tiefer sich die Fischschwärme aufhalten. Auch holen sie dann beim Start mehr Atemluft, um länger jagen zu können – eine strategische Entscheidung, mit der sie den Jagderfolg maximieren. Doch taucht dabei ein Problem auf: Das Extra an Luft behindert die Tiere zunächst. Sie müssen dann mehr Energie aufwenden, um den Auftrieb an der Wasseroberfläche zu überwinden und in die Tiefe vorzustoßen. Dafür haben sie auf dem Rückweg mehr Schubkraft.

Anders verhalten sich Königspinguine nach erfolglosen Tauchgängen. Sie drifteten beim Auftauchen vom Ausgangspunkt der Jagd ab. Statt steil in einem Winkel von 60 Grad aufzusteigen, orientierten sie sich kurz vor dem Auftauchen stärker seitlich. Damit bewältigten sie die für jeden Taucher kritische Phase der Dekompression. Die bei der Jagd erfolgreichen Tiere meistern die Dekompression auf andere Weise: Sie steigen zwar steil auf, verlangsamen aber das Tempo merklich. Fast lotrechtes Abtauchen unter schnellem Flossenschlag sowie lange Tauchstrecken können sich die Tiere mit Blick auf die eigene Energiebilanz nur leisten, wenn der Tauchgang Erfolg verspricht.

Getaucht wird fast nur im kurzen antarktischen Sommer. Jetzt im Winter brüten sie fernab des Wassers dichtgedrängt in Kolonien ihr eines Ei aus und trotzen gut genährt der Dunkelheit und der Kälte. *Kai Althoetmar/tws*

Abiturwissen Nationalsozialismus auf Französisch

Historische Collagen und Montagen sind „in“, wenn auch nicht neu. Schon Friedrich Schiller ließ Figuren in seiner Wallenstein-Trilogie Dialoge führen, die so nie vorgekommen sein können, weil die Protagonisten zu unterschiedlichen Zeiten lebten. Ähnliche Verdichtungen sehen wir auch bei William Shakespeare – es gibt unendlich viele Vorläufer zu dieser zeitgenössischen Mode. Gemeinsam ist allen gelungenen Beispielen dieses Genres aber, dass künstlerische Freiheiten quellenbasiert neue Erkenntnisse vermitteln und damit eine tiefere Dimension von Geschichte erschließen.

Der französische Autor Éric Vuillard, Prix-Goncourt-Preisträger 2017, hat sich in seinem neuen Roman „Die Tagesordnung“ ebenfalls an diesem Genre versucht, sich dafür den Dauerbrenner Nationalsozialismus vorgenommen, und zwar die Tage des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich im Jahre 1938 – und scheitert.

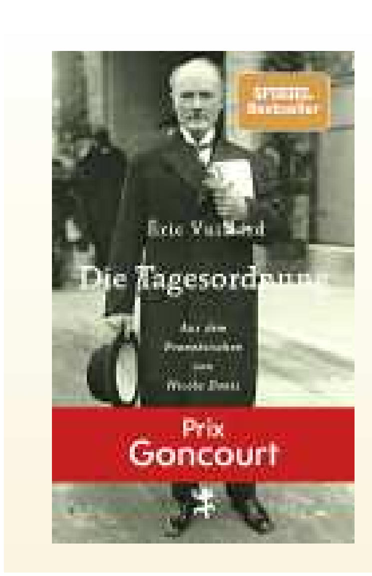
Zu Beginn treten deutsche Industrielle in einem Salon auf, wofür sich Vuillard in surrealen Personenschilderungen ergeht. Über Wilhelm von Opel erfahren wir so etwa, dass er „ein für alle Mal die unter seinen Nägeln festsitzende Motorschmiere abgebürstet“ hat, ein Adelsprädikat trägt und mit zusammengekniffenen Lippen in die Runde blickt, während die Großindustriellen brav auf ihren Stühlen sitzend, ihre „Flusskrebsaugen“ auf die Tür heften. Die „24 Sphinxe lauschen aufmerksam“, sind aber nur Masken, wie Vuillard weiß, „der Klerus der Großindustrie“. Ja, „sie sind unsere Autos, unsere Waschmaschinen, unsere Reinigungsmittel, unsere Reisewecker“ und weitere Konsumprodukte, die Vuillard noch einfallen. Dann kommt Hitler ins Spiel, den Vuillard als philosophierenden Dilettanten zeichnet: „Als Erstes würde man in Österreich und der Tschechoslowakei einfallen, ... nach Herders Spinnereien und Fichtes Reden, seit dem von Hegel gepriesenen Volksgeist und Schellings Traum von der Weltseele (war) der Begriff des Lebensraums nichts Neues mehr.“ Sodann folgt der Auftritt Kurt von Schuschniggs, dem österreichischen Bundeskanzler. Ort der „Handlung“: der Berghof. Hitler verteilt „Schnabelhiebe“ (Vuillard). Aber es geht noch toller. Hitler, „steif wie ein Automatenmensch und glibberig wie Spucke“, setzt Schuschnigg gehörig unter Druck, etwa so wie Trump aktuell die Europäer.

Das alles wirkt wie das Exposé für eine Dokufiktion im Ressort „History“ im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wofür der Kenntnisstand von „Abiturwissen Nationalsozialismus“ fantasievolll ausgeschmückt wird. Während Albert Lebrun, Präsident der Französischen Republik, noch über Herkunftsbezeichnungen für Weine und über die Staatliche Lotterie grübelt und zwischendurch kurz dem Deutschen Reich den Krieg erklärt – aber das kommt nicht vor, es war ja später – bereitet das „Untier“ (Vuillard) den Einmarsch in Österreich vor, um sich „Lebensraum“ zu erobern. Dabei versagt die hochgerüstete Wehrmacht jämmerlich, bleibt aufgrund technischer Mängel unterwegs liegen und muss mit Güterwaggons der österreichischen Bahn nach Wien transportiert werden. Ob wahr oder nicht, daraus aber die Überlegung abzuleiten, dass die Wehrmacht so hochgerüstet womöglich nicht war und möglicherweise auch nicht als Usurpator empfunden wurde, kommt Vuillard nicht in den Sinn. Die Bilder von jubelnden Österreichern – sie sind Machwerke Goebbelsscher Propagandakompanien.

Spätestens an dieser Stelle empfiehlt sich eine eigene Recherche. Tatsächlich ist Wikipedia hier aufschlussreicher, wo man immerhin erfährt, dass die nach dem Untergang der k.u.k. Monarchie gegründete Österreichische Republik – zur Erinnerung: eine Demokratie – in der Nationalversammlung von 1918 mit überwältigender Mehrheit den Beschluss fasste, sich dem Deutschen Reich anzugliedern. Die Siegermächte, voran Frankreich, wussten dies indessen zu verhindern.

Vielleicht schlägt Vuillard einmal in den französischen Archiven nach, falls sie denn freigegeben sind. Doch auch in Tirol, in der Steiermark und Salzburg fanden auf Landesebene 1921 weitere Volksabstimmungen statt, die sich alle mit klarer Mehrheit für einen „Anschluss“ an das Deutsche Reich aussprachen. Weitere Abstimmungen unterblieben, da die Siegermächte, Frankreich vorneweg, diese untersagten. Wenn die Geopolitik in Zielkonflikt mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gerät, hat letzteres eben das Nachsehen. Der Stil eines „magischen Realismus“ wie Vuillard ihn hier krawallig entfaltet, wird dem gewählten historischen Gegenstand in keiner Beziehung gerecht. Stattdessen unterbietet der Autor populäre Geschichtsklischees noch an Einseitigkeit und Undifferenziertheit.

Lars Keiser



***Èric Vuillard: „Die Tagesordnung“**, Matthes & Seitz Verlag, Berlin 2018, gebunden, 128 Seiten, 18 Euro*

Kindheit nach dem Krieg

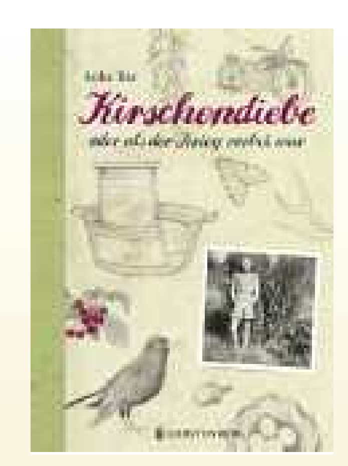
Wie war das damals, als unsere Großeltern noch Kinder waren, kurz nach dem Krieg? Die Autorin Anke Bär hat ihre Eltern, Großeltern, Freunde und Bekannte gefragt und über das Gehörte das Buch „Kirschendiebe oder als der Krieg vorbei war“ geschrieben. Es berichtet von Lotte, einem elfjährigen Mädchen, das mit seiner Familie in einem Forsthaus lebt. Ihr Vater ist gar kein Förster. Die Familie ist durch die Kriegswirren hier gestrandet und Lottes Vater kehrte erst aus der Kriegsgefangenschaft zurück.

Wie lebte es sich als Kind in dieser harten Zeit des Umbruchs? Wie sah das tägliche Leben aus? Was Lotte und ihre Freunde in ihrer Kindheit im Nachkriegsdeutschland erleben, ist in kleinen Episoden aneinandergereiht. Mädchen mussten sich „mädchenhaft“ benehmen und durften keine Lederhosen tragen, körperliche Dinge waren ein Tabuthema, Lehrer unterrichteten sehr streng, und es gab auch mal Schläge. Fast alle Männer hatten Kriegsverletzungen und viele Kinder wuchsen ohne Vater auf, weil der im Krieg geblieben war.

Bär schreibt in einem Nachwort, dass vor 70 Jahren nichts in Deutschland, was heute als normal gilt wie gesundheitliche Versorgung, ausreichend zu essen oder ein Dach über dem Kopf, selbstverständlich war. Diese Tatsache kommenden Generationen zu vermitteln sei notwendig, regt es doch dazu an, unsere heutigen Errungenschaften wertzuschätzen. Es folgen am Ende des Buches eine Auflistung his-torischer Ereignisse vom Kriegs-ende bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten sowie Adressen der Museen, die sich mit der Geschichte Deutschlands befassen. Im Bildteil kommen altes Spielzeug, Haushaltsgeräte, Bücher und Briefe zum Vorschein.

Die Autorin beweist Mut, sich diesen Themen zu nähern. Es ist ihr gelungen, den Kindern und Jugendlichen von heute ein Bild der Nachkriegszeit zu vermitteln.

Silvia Friedrich



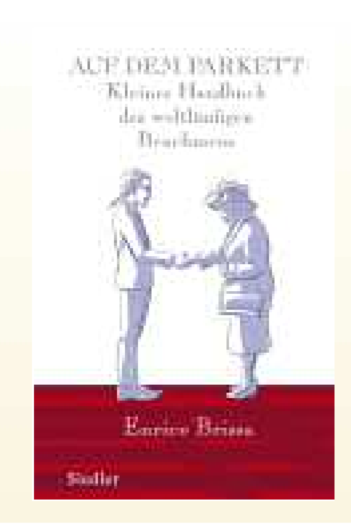
***Anke Bär: „Kirschendiebe oder als der Krieg vorbei war“**, Gerstenberg-Verlag, Hildesheim 2018, gebunden, 240 Seiten, 18 Euro*

Verhaltensregeln neu erklärt

Achtsamkeit ist ein aktuelles Thema, das in Zeitschriften und Kursen behandelt wird. Achtsamkeit ist etwas, das uns genauso verloren gegangen zu sein scheint wie allgemeingültige Verhaltensregeln. Dabei ist gerade das Einhalten von Regeln ein Zeichen von Achtsamkeit und Respekt. Das Wissen um Formen und Regeln des Umgangs, Gebräuche, Rituale und Symbole menschlichen Benehmens ist den meisten Zeitgenossen nicht mehr präsent.

Der Jurist Enrico Brissa, der das Protokoll beim Deutschen Bundestag leitet, hat mit seinem Ratgeber „Auf dem Parkett“ ein „Plädoyer für die schönen Künste der Höflichkeit“ geschrieben. Der interessierte Leser erfährt auf unterhaltsame Weise, wie man auch heute noch gute Manieren unter Beweis stellt.

MRK



***Enrico Brissa: „Auf dem Parkett. Kleines Handbuch des weltläufigen Benehmens“**, Siedler Verlag, München 2018, gebunden, 272 Seiten, 18 Euro*

Von Anziehungs- und Fliehkräften

So manche Eltern kommen in Erklärungsnot ob der Wissbegier ihrer Sprösslinge. Vor allem die Warum-Fragen haben es bisweilen in sich. Ein Dank an die Autorin Petra Cnyrim, dass sie sich die Mühe gemacht hat, die Fragen ihres Sohnes Poldi zu beantworten und daraus das Buch „Erklärs mir, als wäre ich 5“ zu machen. Die Frage, „warum der Himmel blau“ ist, interessiert Fünfjährige, aber die nach dem „Universum“?

Da gerät die Mutter kräftig ins Straucheln. Auf die Frage, ob auf dem Mond Menschen leben könnten, erklärt sie ihrem Sohn, dass der Mond „keine Atmosphäre“ habe, weil „die Schwerkraft“ fehle, ja „nicht existiere“.

Diese Begründung ist falsch. Jeder Körper hat eine Anziehungskraft, je nach Masse. Richtig wäre: Der Mond übt eine Schwerkraft aus, aber deren Anziehungskraft ist zu gering, um eine Atmosphäre an sich zu binden. Cnyrim muss sich postwendend bei der Frage nach „Ebbe und Flut“ korrigieren und sagt: „Die Anziehungskraft des Mondes beeinflusst die Gezeiten auf der Erde“, aber auch diese Erklärung ist nicht ganz korrekt.

Pfiffige Fragen, nur teilweise richtig erklärt

Nicht weil „der Mond um die Erde kreist und beide zusammen um die Sonne, entsteht zwischen den Himmelskörper eine Anziehungskraft“. Die Schwerkraft ist eine Masseneigenschaft. Bewegen sich die Himmelskörper, „entsteht keine Anziehungskraft“, sondern eine Fliehkraft und erzeugt die elliptischen und nicht kreisförmigen Umlaufbahnen.

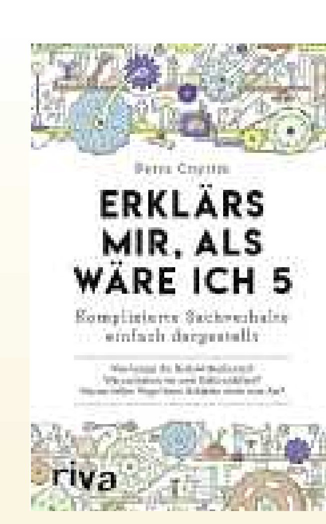
Nach „das Universum“ folgen weitere Kapitel über Physik, den Menschen, Psychologie, unsere Nahrung, Biologie, Wirtschaft und Finanzen, das Internet und Dinge des Alltags.

Der Rezensent bewundert die Cleverness des kleinen Poldi, aber auch Erwachsene finden in dem Buch viele Antworten für sich.

Man sollte dennoch das „Erklärs mir“ kritisch lesen. Ein Relikt aus den Anfängen der Photosyntheseforschung ist beispielsweise die Irrlehre, der Sauerstoff stamme vom CO_2. In Wirklichkeit stammt es aus der Spaltung von H_2O.

Sinnvoll gelesen und übermittelt, ist das Buch sowohl für Erwachsene als auch für Fünfjährige lehrreich.

Wolfgang Thüne



***Petra Cnyrim: „Erklärs mir, als wäre ich 5. Komplizierte Sachverhalte einfach dargestellt“**, Riva Verlag, München 2018, broschiert, 200 Seiten, 9,99 Euro*

Kritische Auseinandersetzung eines Anwalts mit aktuellen politischen Themen

Rainer Thesen ist Rechtsanwalt und Oberst der Bundeswehr d.R. Er entstammt also der Bevölkerungsgruppe, die gemeinhin als Bildungsbürgertum bezeichnet wird. Er ist ein leidenschaftlicher Beobachter seiner Zeit, vornehmlich der Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Thesen bezeichnet sich als konservativen Bürger, der Bewährtes bewahren möchte, gleichzeitig aber offen ist für notwendige Veränderungen. Er ist Autor und gleichzeitig Blogger. Sein Motto lautet „Sapere Aude“ (Wage es, weise zu sein), er will seine Themen hinterfragen, um sich eine Meinung zu bilden.

Kontroverse Diskussionen

Insgesamt bietet sein neues Buch „Deutschland stürzt ab“ 92 Einzelbeiträge beziehungsweise Anmerkungen zur Lage der Jahre 2015 bis Ende 2017. Thematisch behandelt er beinahe alle Bereiche, die in der öffentlichen Diskussion kontrovers gesehen werden oder die hart kritisiert werden müssen. Eine Auswahl seiner kritischen Ereignisse und Themenfelder: das kranke Geschichtsverständnis der Deutschen, die fragwürdige Willkommenskultur, wann gehört Deutschland zum Islam, das Problem der political correctness, das Versagen der Verteidigungsministerin von der Leyen, Kritisches über die großen Kirchen in Deutschland, waren deutsche Soldaten im Zweiten Weltkrieg grundsätzlich Kriegsverbrecher oder der Komplex Asylmissbrauch.

Schon diese Aufzählung vermittelt den Eindruck von intellektuell anspruchsvollen Auseinandersetzungen mit Fragen, die Menschen in unserem Lande bewegen. Jeder Beitrag ist mit dem Datum seines Erscheinens versehen. Für den Leser ist das bei der Fülle der Themen wichtig für die jeweilige zeitliche Einordnung, zum Beispiel die damalige kontroverse Debatte um einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren im Januar 2016. Der engagierte Bürger Thesen bestimmte die Auswahl der zu kommentierenden Vorgänge selbst, er behandelte, was ihm im Zeitraum 2015 bis 2017 für eine Stellungnahme wichtig schien. Natürlich gab es weitere Vorgänge in besagter Zeit wie die sehr kontroversen deutsch-polnischen Diskussionen um deutsche Reparationsleistungen oder Sicherheitsprobleme an der deutschen Ostgrenze oder das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Zeugnis von Demokratie

Thesens Buch ist kein Sammelsurium von Meckereien auf Stammtischniveau, ganz im Gegenteil, es sind ernsthafte und kritische Auseinandersetzungen und begründete Meinungen, die man nicht zu teilen braucht. Der Grundsatz Kritik an der Sache und Gegenvorschlag wird eingehalten. Als Beispiele können genannt werden: seine Anmerkungen zum Geschichtsverständnis der Deutschen, seine Kritik an der aktuellen und häufig nicht sachbezogenen Auseinandersetzung mit der AfD oder die Sicht der Deutschen über Preußen.

Alle diese Argumente machen das Buch zu einem interessanten Leseerlebnis, es dient der politischen Bildung und fordert die eigene Urteilsfähigkeit heraus. Der Titel „Deutschland stürzt ab“ ist aber zu reißerisch und weckt negative Assoziationen. Die Texte bezeugen keine „Selbstaufgabe der Deutschen“, sie belegen vielmehr, dass die demokratische Substanz in der deutschen Bevölkerung gewachsen ist. Es leben viele Bürger wie Thesen unter uns, die sich in demokratischen Parteien engagieren und die sich einmischen.

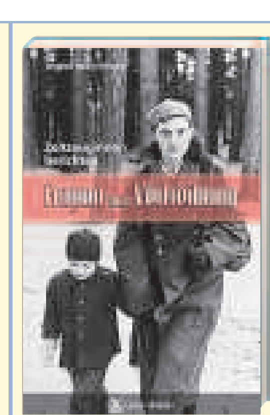
Karlheinz Lau



***Rainer Thesen: „Deutschland stürzt ab – die Selbstaufgabe der Deutschen“**, Osning Verlag, Garmisch-Partenkirchen 2018, broschiert, 334 Seiten, 24 Euro*



Alfred M. de Zayas
Die Wehrmachts-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts
Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg
Wer die Debatte über die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" kennt, weiß, dass auch Wehrmachtsoldaten Opfer von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden. Dieses Buch, das große wissenschaftliche Anerkennung genießt und mehrere Auflagen in Amerika erlebt hat, dokumentiert dies. Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts wurde 1939 eingerichtet, mit der Aufgabe, völkerrechtswidrige Handlungen der Kriegsgegner Deutschlands zu dokumentieren. Die Unterlagen dienten juristischen und diplomatischen Stellen des NS-Staates zur Erstellung von Weißbüchern, Protestschreiben und Anklagen gegen Kriegsgefangene. Der Autor hat als erster die 226 erhaltenen Aktenbände ausgewertet. Diese Akten befinden sich im Bundesarchiv – Militärarchiv – Freiburg im Breisgau. Ausländische Archive wurden auch konsultiert, um die Zuverlässigkeit der deutschen Akten zu verifizieren. 540 Seiten
Nr. P A0545 Gebunden 29,80 €



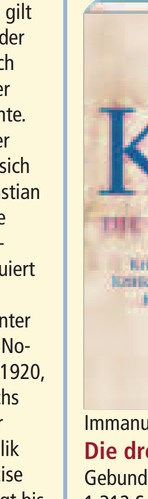
Brigitte Neary (Hrsg.)
Frauen und Vertreibung
Zeitzeuginnen berichten
159 Seiten/Gebunden
Nr. P A0054 7,95 €

Es waren insbesondere deutsche Frauen und Kinder, denen bei Kriegsende 1945 und darüber hinaus großes Leid widerfahren ist. Stichworte hierfür sind Flucht, Vertreibung, Vergewaltigung, Mord, Verschleppung und Zwangsarbeit. Die Herausgeberin zeichnet den Leidensweg einiger dieser Frauen mit den Mitteln der „oral history" nach, die explizit Zeitzeugen zu Wort kommen lassen will. Befragt wurden Frauen, die sowohl der Gruppe der sogenannten Reichsdeutschen als auch der Volksdeutschen angehören und in Ostpreußen, Schlesien, Galizien, im Sudetenland, im Banat, in der Vojvodina und in Siebenbürgen ihre Heimat hatten. Sie alle geben Auskunft über sehr individuelle, teilweise tief erschütternde Erlebnisse und erzählen, wie es ihnen mit großer Energie und Überlebenswillen gelungen ist, das Leid der Flüchtlingszeit zu überwinden.



Sebastian Haffner
Die deutsche Revolution 1918/19
253 Seiten/Gebunden
Nr. P A1240 9,95 €

Die Revolution von 1918/19 gilt bis in unsere Tage als eines der einschneidendsten, aber auch umstrittensten Ereignisse der neueren deutschen Geschichte. Akribisch und mit gewohnter sprachlicher Brillanz begibt sich der berühmte Publizist Sebastian Haffner (1907–1999) auf die Spuren jenes „düsteren Dramas": Scharfsinnig rekonstruiert er in seinem erstmals 1969 erschienenen Buch die mitunter blutigen Geschehnisse von November 1918 bis zum März 1920, die zum Sturz des Kaiserreichs führten und Deutschland für nur wenige Jahre zur Republik machten. Seine ebenso präzise wie streitbare Analyse schlägt bis heute in Bann.



Immanuel Kant
Die drei Kritiken
Gebunden
1.312 Seiten
Nr. P A1142 9,95 €

Kritik der reinen Vernunft *
Kritik der praktischen Vernunft *
Kritik der Urteilskraft
Immanuel Kants „Kritiken" gehören zu den weltweit meistbeachteten Werken der Philosophie. In der „Kritik der reinen Vernunft" (1781/1787) widmet sich der Königsberger Denker der philosophischen Schlüsselfrage „Was kann ich wissen?" Die „Kritik der praktischen Vernunft" (1788) behandelt die allgemeinen Grundlagen der Ethik und die verbindlichen Voraussetzungen sittlichen Handelns. In der „Kritik der Urteilskraft" (1790) vereint Immanuel Kant seine Ästhetik mit einer Theorie der organischen Natur und vollendet seine kritische Philosophie.

Ingeborg Jacobs
Freiwild
Das Schicksal deutscher Frauen 1945
231 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0154 8,95 €

Die Frauen in den deutschen Ostgebieten und in Berlin waren 1945, als die Rote Armee zum Endsieg über Hitlers Drittes Reich antrat, Freiwild der russischen Soldaten. Hunderttausende von ihnen wurden in sowjetische Arbeitslager verschleppt. Mehr als hunderttausend Frauen und Mädchen wurden allein in Berlin vergewaltigt, insgesamt waren es annähernd zwei Millionen. Viele starben an den ihnen zugefügten Qualen, andere begingen Selbstmord. Die, die überlebten, gingen durch die Hölle, waren traumatisiert und stigmatisiert. Das Schicksal dieser Frauen wurde zu einem der großen Tabus der deutschen Nachkriegsgesellschaft – in Ost und West.

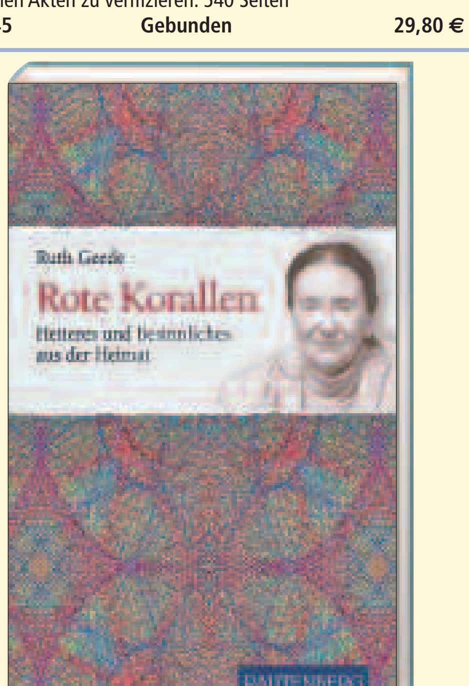
Sonderpreis 9,95 €

Oswald Spengler (Gebunden)
Der Untergang des Abendlandes
Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte 1472 Seiten
Nr. P A1141 9,95 €

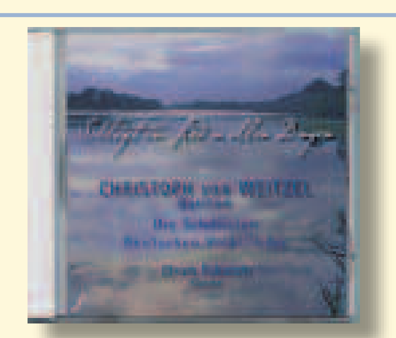
Spenglers Idee vom Untergang des Abendlandes markiert eine Wende in der Geschichtsphilosophie. Gegen die Vorstellung eines linearen Voranschreitens der Geschichte (Antike, Mittelalter, Neuzeit) setzt er den Gedanken eines zyklischen Werdens und Vergehens. Vor diesem Hintergrund analysiert er alle großen Kulturen und skizziert den Plan einer Weltgeschichte, der auch Voraussagen über die Zukunft gestattet. Spenglers Opus Magnum wurde von Anfang an begeistert und kritisch gelesen und sorgt seit fast 100 Jahren für Kontroversen. Zuletzt bezog sich Samuel P. Huntington in „Kampf der Kulturen" auf Spenglers Werk.



Immanuel Kant (Autor)
Kant – Aussprüche und Aphorismen
Kant für Leser, denen Kant lesen eigentlich zu schwer und mühsam ist: Das ist das Ziel dieser klugen Auswahl, die das Werk des großen Philosophen für Einsteiger zugänglich macht. Immanuel Kants Geist weht auch durch den pointierten Satz. Ein Beispiel? Phantasie ist düster oder frei und unser guter Genius oder Dämon. Dieses Buch versammelt kantische Gedanken über das Wesen der Erkenntnis und den Sinn der Geschichte, über Religion und Erziehung, Kunst und Genie und die allgemeine Menschen- und Lebenskunde.
288 Seiten/Gebunden
Nr. P A1059 6,95 €



Ruth Geede
Rote Korallen
Heiteres und Besinnliches aus der Heimat
In Kurzgeschichten und Gedichten, teilweise in ostpreußischer Mundart verfasst, erzählt Ruth Geede, die gebürtige Königsbergerin, mit Liebe und Humor von ihrer Heimat. Das bäuerliche Leben auf dem Land ist die Kulisse für die heiteren Begebenheiten, die den Helden widerfahren. Einer dieser Helden ist der Ohm Sodeikat, der seiner Frau einen überaus teuren Hut kauft, welcher verloren geht und als verdrecktes Katzenbettchen wieder auftaucht. Aber auch dramatische Geschehnisse werden warmherzig beschrieben. Da gibt es zum Beispiel Maria, die nach dem Tod ihres Ehemannes den Verstand verliert. In ihren Geschichten und Gedichten gelingt es Ruth Geede meisterhaft, ihre geliebte und unvergessene Heimat Ostpreußen neu erstehen zu lassen. Mit ihrer ausdrucksvollen Sprache malt sie ein bezauberndes Bild der ostpreußischen Landschaft mit ihren goldenen Weizenfeldern und den kristallschimmernden Seen. 176 Seiten.
Nr. P 533193 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Schläft ein Lied in allen Dingen – Die schönsten Dt. Volkslieder
Lieder: Ännchen von Tharau; Der Mond ist aufgegangen; Guter Mond, du gehst so stille; Wenn ich ein Vöglein wär, Kein schöner Land; Wem Gott will rechte Gunst erweisen; Geh aus mein Herz; Weißt du wieviel Sternlein stehen; Der schöne Tag bricht an; Das bucklige Männlein; Der Lindenbaum; Schneiders Höllenfahrt; In einem kühlen Grunde; Abschied vom Walde; Es ist ein Schnitter; Bist du bei mir u.v.m. Laufzeit: 63 Min.
Nr. P A0737 CD 12,95 €



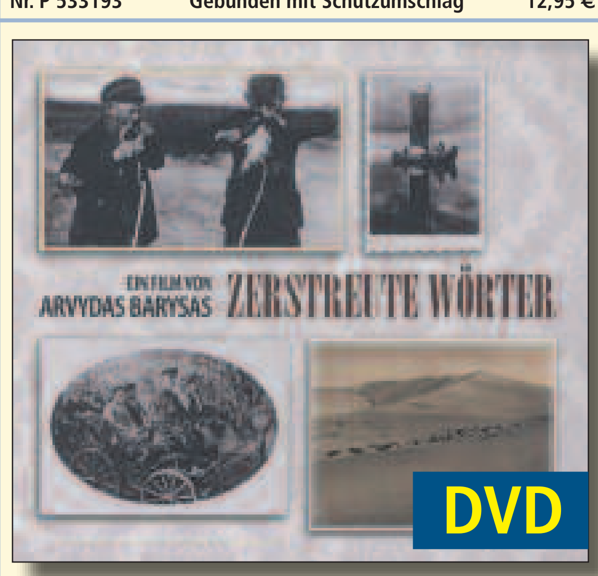
E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
Der große Ostpreußenroman
Else Stahl lässt die Landschaft Ostpreußens mit ihren dunklen Wäldern, kristallenen Seen, goldgelben Weizenfeldern und schimmernden Küsten zu neuem Leben erwachen und nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die Zeit. Vor diesem Hintergrund spielt die jahrhundertlange Geschichte einer Familie. Ein goldschimmernder Bernstein mit einer eingeschlossenen Mücke, der vom Meer an die samländische Küste gespült wurde, wird von Generation zu Generation weitervererbt und ist Zeuge der ineinander verwobenen Lebensgeschichten. Er geht verloren, taucht immer wieder auf, niemand weiß, wie er in diesen Kreislauf geraten ist. Doch dieses Schmuckstück verheißt nichts Gutes. Aus Liebe wird Hass, aus Freude wird Leid, aus Frieden wird Krieg. Den Helden des Romans wird kein dauerhaftes Glück zuteil. Jedes Kapitel erzählt die Geschichte einer Generation, die mit der vorherigen auf raffinierte Weise verbunden ist. Mit ihrer fesselnden Erzählweise sorgt Else Stahl für anhaltende Spannung und lässt den Leser in eine längst vergangene Welt eintauchen. 440 Seiten.
Nr. P 533186 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



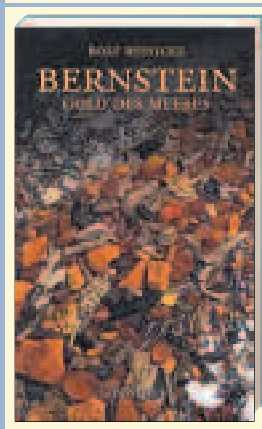
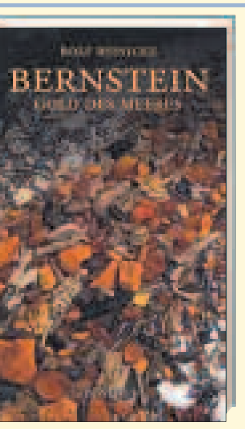
Ruth Geede
Der Wiesenblumenstrauß
Heitere ostpreußische Geschichten
Ein Strauß voller humorvoller Kurzgeschichten und Gedichte, der den Duft der unvergessenen Heimat verbreitet, ist in diesem Band versammelt. Liebevoll schildert Ruth Geede in „Der Wiesenblumenstrauß" die Eigenarten ihrer Landsleute – liebenswürdig und unverwechselbar, teilweise in ostpreußischer Mundart. Da gibt es zum Beispiel den kleinen Instjungen Nante, der die Gutstochter Annemarie vor einer ungewollten Heirat bewahrt und auf diese Weise seine Vorliebe für Igel entdeckt oder das Kindermädchen Nusch, das von der großen weiten Welt träumt und eine folgenreiche Zugreise unternimmt. In jeder Erzählung schildert die „Grande Dame der Ostpreußen" eine lustige Begebenheit und lässt in den Gedichten die alte Heimat Ostpreußen mit ihren Bewohnern, die das Land so liebenswert machen, wiederauferstehen. Mit 101 Jahren ist Ruth Geede die älteste aktive Journalistin der Welt. Sie lebt und arbeitet heute in Hamburg. 176 Seiten.
Nr. P 533191 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



Arvydas Barysas (Spieldauer: 30 Minuten)
Landschaften und ihre Pflanzenwelt auf der Kurischen Nehrung
Ein Film von Arvydas Barysas
Die Kurische Nehrung wird meistens Sandland genannt. Diese Landschaft wird mit weiten, öden, vom Wind verwehten Dünen, die nur spärlich mit Pflanzen bewachsen sind, assoziiert. Aber die komplizierte Bodenbeschaffenheit der Nehrung schafft eine einmalige Landschaft und ist die Ursache der unterschiedlichen ökologischen Bedingungen sowie der vielfältigen Pflanzenwelt. Am Strand und in dem weißen Treibsand der Dünen sind die Verhältnisse für Gewächse schwierig. Die Pflanzen sind gezwungen, sich an dürre, schnell heiß werdende, nicht ertragreiche Böden, an starke Windböen, häufige Wetterumschläge und Einwirkung des Salzwassers anzupassen. In solchen Landschaften wachsen nur ausdauernde Pflanzen der Sandwüsten. In den Graudünen verwehrten die Pflanzen, die im ausgedorrten Boden wachsen können, die Bewegung des Treibsands. Jeden Sommer schmücken sie die Dünen mit ihren bescheidenen Blüten. Am Haff rauscht dichtes Schilf, in den feuchten Wiesen wachsen üppige Pflanzen mit grellen Blüten. Der Film lädt zur virtuellen und stillen Wanderung über die Kurische Nehrung ein, auf der sie Geheimnisse und Schönheit der Pflanzenwelt entdecken können.
Nr. P A1265 DVD 24,95 €



Arvydas Barysas
Zerstreute Wörter
Ein Film von Arvydas Barysas
„Während des Krieges kommt Verschiedenes vor"– sprachen die Brüder Sakuth, die im Herbst 1944 mit Tausenden deutschen Zivilisten ihre Heimat auf der Kurischen Nehrung verließen. In einer stürmischen Herbstnacht 1948 sind sie mit ihren Eltern aus der Sowjetzone der DDR in einem Fischerboot geflohen. Mühsam erreichten sie die Küste Schwedens, beantragten Asyl und blieben dort für das ganze Leben, obwohl sie manchmal sehnsüchtig auf den Horizont der Ostsee hinüberblickten. Arbeitssame, lustige und starke Männer eroberten die Herzen der skandinavischen Jungfrauen. Es gab genug Arbeit, dann kamen Kinder zur Welt und wuchsen auf, es schien, dass das Leben seinen ruhigen Gang ging. Sogar das Haff, viel größer als das Kurische entdeckten sie inmitten Schwedens und siedelten sich dort an. Mit den alten Einwohnern wanderte auch die einmalige Hafffischerkultur für immer ab. Die Nehrungseinwohner, zerstreut in der ganzen Welt, konnten bald mit niemandem in ihrer Muttersprache mehr sprechen. Dieser Film ist ein authentisches Zeugnis des Lebens der Fischer auf der Kurischen Nehrung in der Zeit zwischen zwei Weltkriegen. Der Zuschauer entdeckt Naturbilder in verschiedenen Jahreszeiten, Architektur und Fischfang. Dauer: 66 Minuten.
Nr. P A1264 DVD 24,95 €

Rolf Reinicke
Bernstein – Gold des Meeres
80 Seiten/Kartoniert
Nr. P 9661 12,99 €

Bernstein, das „Gold des Meeres", gilt als begehrtester Strandfund an Ostsee und Nordsee – und wohl auch der bekannteste Schmuckstein überhaupt. Die Popularität dieses faszinierenden Naturmaterials weckt immer wieder Interesse an seiner geheimnisvollen Enstehung, seinen ungewöhnlichen Eigenschaften, seinen besonderen Fundorten. In diesem Buch erfährt man alles über Bernstein: wie, wann und wo er entstand, welche lange Reise er hinter sich hat, wo und wannn man ihn finden kann, wie man ihn sicher erkennt und wozu er verwendet wird. Der Geologe Rolf Reinicke, erfolgreicher Buchautor und bekannter Landschaftsfotograf, hat selbst Bernstein gesammelt. Er versteht es, gleichermaßen informativ wie unterhaltend viel Wissenswertes über ihn zu vermitteln – mit interessanten Fotos und verständlichen Texten.



Kette mit kleinen bunten Bernsteinbohnen
Die Bernsteinkette hat eine Länge von ca. 43 cm und besteht aus verschiedenfarbigen ovalen Bernsteinbohnen.
Nr. P A0864 29,95 €

Jugendliches Bernsteinset (Bernsteinhals- und Bernsteinarmband)
Mit verschiedenfarbigen Bernsteinstücken auf längenverstellbaren Lederbändchen.
Nr. P A1267
19,90 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Journalisten ticken links

Kopenhagen – Laut einer dänischen Studie über 17 entwickelte Länder sind Journalisten im Schnitt weitaus linker eingestellt als andere Bürger. Vor allem grünen Ideen hängen Medienschaffende an, gefolgt vom Feminismus, dem sie dreimal so häufig verhaftetet sind wie der Bevölkerungsschnitt. Nationalkonservative Meinungen seien beim Normalvolk dagegen sechsmal so oft anzutreffen wie bei Medienleuten. Die Studie basiert auf nationalen Umfragen in den Ländern. *H.H.*

Pistorius rügt DPolG-Wendt

Hannover – Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius hat den Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, scharf kritisiert. Wendt hatte dem Mörder der 14-jährigen Susanna auf Facebook gewünscht, er möge „in der Hölle schmoren“. Dies sei, so SPD-Politiker Pistorius, „völlig verfehlt“. Wendt verteidigt seine Wortwahl. *H.H.*

ZUR PERSON

Der Sommer schafft das

Kaum eine Behörde steht in diesen Tagen so unter Beobachtung wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Die Nürnberger Behörde muss das ausbaden, was das „Wir schaffen das!“ von Kanzlerin Merkel anrichtete: einen Berg von 1,4 Millionen Asylanträgen abtragen. Jutta Cordt, die Amtsleiterin von Anfang 2017 bis 15. Juni 2018, hatte das nicht geschafft. Innenminister Horst Seehofer entließ sie nach dem Skandal in der Bremer Bamf-Außenstelle, wo im Eilverfahren hunderte Asylanträge ungeprüft bewilligt wurden.

Neuer Bamf-Chef soll der für Ausländerfragen zuständige Ministerialrat in Bayerns Innenministerium, **Hans-Eckhard Sommer**, werden. Bis zu seiner Ernennung leitet er das Amt kommissarisch. Der 56-jährige Jurist gilt laut „Focus“ als „harter Hund“. 2014 kritisierte das CSU-Mitglied bei einer Anhörung im bayerischen Landtag zur Asylpolitik, dass die Erhöhung des Taschengelds für Asylbewerber „eine wesentliche Ursache für den massiven Anstieg der aussichtslosen Asylanträge“ gewesen sei. Und 2017 trat er als Sachverständiger im Bundestag für schnelle Abschiebungen ein.


Bild: BR

Wenn der Bayerische Flüchtlingsrat Sommer als „Hauptarchitekten der menschenfeindlichen bayerischen Abschreckungspolitik“ bezeichnet, der zu keinen Kompromissen bereit sei, so wird sich Sommer diese Aussage als Kompliment ans Revers heften.

Eigentlich sollte Sommer Chef des neuen bayerischen Landesamts für Asyl werden, das er half, mit aufzubauen. Jetzt hat Seehofer den Mann Bayerns Ministerpräsidenten Söder vor der Nase weggeschnappt. Im Bamf muss Sommer nun den Druck aus dem Kessel nehmen, den seine Vorgängerin Cordt unter den Mitarbeitern mit schnellen, aber qualitativ fragwürdigen Asylentscheidungen erzeugt hat. Er hat das Zeug, es schaffen zu können. *H. Tews*



Schlacht um Berlin

Wie die Grünen sich um Merkel scharen, warum Habeck auch ’ne Tüte Eiswürfel nicht hilft, und was Roth herausplaudert/ Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Das sind ja wirklich hoch interessante Tage, die wir gerade erleben. Das Beste aus Sicht von uns Bürgern und Zuschauern des Spektakels: Manchen Akteuren geht das Berliner Durcheinander derart an die Nieren, dass sie ihre geübte Zurückhaltung verlieren und im Sinne des Wortes „aus der Rolle“ fallen, die ihnen das Drehbuch zugewiesen hatte.

Katrin Göring-Eckhardt beispielsweise ist Co-Chefin der Grünen-Fraktion im Bundestag und damit eine prominente Sprecherin der Opposition. Angela Merkel ist Kanzlerin und CDU-Vorsitzende, also höchste Repräsentantin der Regierung.

Was machen Regierung und Opposition in einer funktionierenden Demokratie miteinander? Klar doch, sie kratzen sich die Augen aus. Oberstes Ziel einer richtigen Opposion ist es, die Regierung mit allen demokratischen Mitteln zu beharken und im (für die Opposition) besten Falle aus dem Sattel zu schießen. Die Regierung dagegen hat zu regieren und die Opposition in die Schranken zu weisen, damit sie bleibt, was sie ist – Opposition eben.

So müsste Göring-Eckhardt höchst zufrieden sein mit dem Gezänk im Regierungslager und die Gelegenheit nutzen, zusätzlich hinzulangen, um das Feuer zu schüren. Oder nicht?

In Wahrheit macht sie genau das Gegenteil. In der linken „taz“ antwortet die grüne „Oppositionspolitikerin“ auf die Frage: „Was würde denn fehlen, wenn Merkel weg wäre?“: „Fehlen würde eine Person, die für Europa steht. Die für Ausgleich steht, für Sicherheit und Stabilität.“

In welchen Parteien waren Merkel und Göring-Eckardt noch gleich Mitglied? Die bezaubernden Worte von Göring-Eckardt hinterlassen den Eindruck, dass die beiden Damen ein und derselben Truppe angehören. So wie Göring-Eckardt für Merkel schlägt sich nur ein Wahlkämpfer für seinen eigenen Spitzenkandidaten: „eine Person, die für Europa steht“, „Ausgleich“, „Sicherheit“, „Stabilität“ – mehr Unterstützung geht kaum noch.

Die Grünen-nahe „taz“ kommentiert dazu: „Was Seehofer jetzt veranstaltet, das gefährdet nicht nur die Regierung, das gefährdet auch den Frieden im Land und in Europa.“

Die Sprache des Regierungs-Propagandisten tritt auch hier in klassischer Reinheit zutage. Die Ausage lautet: Entweder wir bleiben an der Macht, oder Chaos und Krieg klopfen an die Tür! Diese Waffe hatte schon das SED-Regime jedem an die Schläfe gepresst, der Widerworte wagte.

Göring-Eckardt entwickelt in ihrem Rausch jene Bunkerpsychose, die gewissen Regimen in der Untergangsphase zu eigen ist. Die Grünen, seien, so die Fraktionschefin, „offenbar die einzigen, die noch für Humanität in der Politik kämpfen“. Auf Deutsch: Alle anderen sind Bestien.

> »Wir müssen bereit sein, alles zu verlieren. Nur so können wir gewinnen!«

Gleichzeitig bietet sie Trost für die von Machtverlust-Ängsten eingekesselten Anhänger: „Wir sind ja noch lange nicht fertig. Tatsächlich brauchen wir so was wie eine starke, enthusiastische Gegenbewegung für Menschlichkeit.“ Ein Sturm bricht los!

Der „taz“-Kommentator vervollkommnet Göring-Eckardts Größenwahn durch das dazugehörige Bild der geostrategischen Gesamtlage: „Wenn schon in Deutschland die Hetzer und Raufbolde gewännen, wer würde da international die EU noch als Gegenpol zu Despotie und Nationalismus ernst nehmen?“

Das ist der Frontverlauf: Draußen die ausländischen Hetzer und Raufbolde, der kulturlose, imperialistische Ami mit seinem Trump auf der einen Seite und auf der anderen die barbarischen Ostvölker, die sich einen Putin oder Orbán an die Spitze wählen. Dazwischen Deutschland, das die Welt retten muss, den Frieden und die Menschlichkeit, wobei die Mächte des Bösen auch hier immer mehr Gelände besetzen. Auf der letzten Verteidigungslinie stehen die grünen Prätorianer des Lichts mit Merkel im Zentrum.

Dabei haben Feigheit und Verrat bereits die eigenen Linien zersetzt. „Ich frage mich, wo eigentlich die SPD steckt?“, klagt der „taz“-Kämpfer die Genossen an. Das hat man von einem Verbündeten, der sich so oft selbst in den Fuß geschossen hat, dass er nun nicht mehr marschieren kann. Die SPD? Die liegt im Lazarett, wo sie hingehört in ihrem Zustand.

Dann eben alleine, so die grünmerkelsche Losung. Aber dafür ohne Rücksicht, bis zum letzten Blutstropfen, Sieg oder Untergang! Grünen-Parteichef Robert Habeck gibt den Kampfkommandanten der letzten Bastion: „Wenn wir realistisch sein wollen, müssen wir radikal werden. Wenn wir kämpfen, müssen wir bereit sein, alles zu verlieren. Nur so werden wir gewinnen“, so Habecks flammender Durchhalte-Appell am 15. Juni, als die unionsinternen Gefechte mitten ins Berliner Regierungsviertel vorgedrungen waren.

Leuten wie Göring-Eckardt und vor allem Habeck möchte man eine Tüte Eiswürfel auf die Stirn legen: Gaaaanz ruhig! Entspann dich. Schade nur, dass diese simple Therapie in der Geschichte selten geholfen hat. Typen dieses Schlages leben in ihrer eigenen Welt, wo Feen gegen Monster kämpfen.

In so eine wirre Vorstellung verläuft sich nun mal, wer sich 40, 50 Jahre lang eingeredet hat, die moralisch einzig mögliche politische Position einzunehmen. Dann gibt es nur noch ganz oder gar nicht. Daher droht Habeck jedem Abweichler mit blanker Klinge: „Alle Parteien werden sich entscheiden müssen, auf welcher Seite sie stehen.“ Bist du nicht für uns, bist du gegen uns. Dann lautet dein Urteil: ewige Verdammnis.

Kann man diesen armen Verrückten denn gar nicht mehr helfen? Sind diese Wahn-Attacken völlig unheilbar?

Tja, so funktioniert Paranoia leider. Sie spinnen sich eine Scheinwelt zusammen, weitab der Wirklichkeit. Innerhalb dieser Scheinwelt aber sind die Urteile des Paranoikers vollkommen rational. Wer davon überzeugt ist, Cäsar zu sein, der ist gut beraten, sich vor Brutus in Acht zu nehmen, der sich als jedermann tarnen kann: als scheinbar harmloses Gegenüber im Café, als zufälliger Nebenmann im Bus und als ach so freundlicher Pfleger in der Anstalt sowieso.

Für Habeck ist bei der Union ein „konservativer Putsch“ im Gange, der nicht in die Zeit vor Kohl, sondern in die Epoche vor Adenauer zurück will. Was war vor Adenauer, wenn wir die vier Besatzungsjahre mal überspringen? Genau. Gegen solche seelische Überhitzung kommen Sie mit ’ner Tüte Eiswürfel nicht an.

Habeck, so heißt es, sei ein intelligenter Mann. Das wollen wir nicht bestreiten. Aber selbst das klügste Hirn kann im Feuer des Wahns verbrennen.

Claudia Roth macht uns da weniger Sorgen. Natürlich ist sie streng auf Linie, dabei aber beruhigend schlicht gestrickt, also relativ harmlos. Sie bemerkt es nicht einmal, wenn ihr gelegentlich ein Häppchen Wahrheit herausrutscht, ungewollt.

Zur Fußball-WM hoffe sie, dass Özil, Khedira und Boateng richtig groß rauskommen und Neuer und Müller wenigstens keine groben Fehler machen, sagte sie (siehe Zitat rechts unten). So zeige sich das bunte Multideutschland.

Damit hat Roth ausgeplappert, was schiefläuft in multiethnischen Gesellschaften und was diese unterscheidet von weitgehend homogenen Gemeinschaften.

In den homogenen Gemeinschaften ist es beinahe egal, welchen genauen Stammbaum ein Spieler hat oder aus welcher Ecke er kommt. Bei den Vielvölker-Gesellschaften dagegen wird immer genau hingesehen, welcher Gruppe einer angehört und wer wie groß herauskommt, genauso, wie Roth es tut. Fühlt sich eine Gemeinschaft benachteiligt, drohen Kränkung und Ungemach.

Wäre die „bunte“ Gesellschaft wirklich so tolerant und gemeinschaftlich, wie Multikulti-Fans es behaupten, wäre es völlig egal, ob Khedira dies oder Neuer das gebacken bekommt, wären ja alles „unsere Jungs“. So ist es aber offenbar nicht, und ausgerechnet Claudia Roth hat es verraten. Wäre Habeck gewiss nicht passiert.

MEINUNGEN

__Fritz Goergen__ weist bei „Tichys Einblick“ (13. Juni) darauf hin, welche __Machtmittel Horst Seehofer__ im Ringen mit __Angela Merkel__ um die Asylpolitik in der Hand hält:

„Mit den Stimmen der CSU ist der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Merkel beschlossene Sache. Muss sie am Ende Seehofer gewähren lassen, um sich dieses Tribunal zu ersparen? Klar ist: In einem solchen Untersuchungsausschuss würde Merkel Stück für Stück derart auseinandergenommen, dass ihr Rücktritt nur noch eine Frage des Termins wäre.“

Die 1987 bei Köln geborene deutschtürkische Germanistin __Tuba Sarica__ kritisiert in der „Welt“ (14. Juni) einen weitverbreiteten __antideutschen Rassismus__ unter Deutschtürken. Die Fußballer __Özil und Gündogan__ setzten dabei falsche Signale:

„Was ich ... besonders perfide finde: Es gibt eine spezielle Feindseligkeit gegen die Menschen und gegen das Land, in dem wir wohnen ... Deutschtürken lassen meistens kein gutes Haar an Deutschen ... Ich glaube, dass Özil der Kultur der Parallelgesellschaft näher steht als der Kultur des Landes, für das er in der Nationalmannschaft spielt. Das ist mir klar, seit er sich weigerte, die deutsche Nationalhymne zu singen. Özil blüht auf, wenn sie (Özil und Gündogan) sich bei der türkischen Parallelgesellschaft beliebt machen können. Sie sind meiner Meinung nach Beispiele für misslungene Integration.“

Der in der DDR aufgewachsene __Michael Klonovsky__ fühlt sich in seinem Blog (14. Juni) von der __heutigen Lage__ an die __Spätzeit des SED-Staates__ erinnert:

„Wieder bekämpft ein ‚breites gesellschaftliches Bündnis‘ aus Politbürokraten, Blockparteifunktionären, sozialistischen Medien- und Kulturschaffenden, Lehrern, Staatspfaffen, Professoren, Kampfgruppen, Kabarettisten, Engagierten und Spitzeln die Opposition, wieder streut die Führung über die staatlich gelenkten Medien infantile Durchhalteparolen aus, während sie das Land verkommen lässt.“

__Wolfgang Greber__ hängt in der Wiener „Presse“ (17. Juni) die Enttarnung von __BND-Spionage in Österreich__ recht tief:

„Dass Staaten ..., die einander gut sind, bisweilen dennoch unter die Matratze, in die Schublade oder das Tagebuch des Anderen lugen und sich auch sonst ein wenig umhören, ist – pardon – so alt wie die Menschheit ... Aufklärung, Spionage, letztlich (Macht)Politik ist kein Moralseminar oder rechtsnormengefesseltes Spiel guter Menschen auf dem Ponyhof ... Man weiß nie, wozu es einmal gut sein könnte, sollte sich halt aber nicht erwischen lassen.“

__Claudia Roth__ (Grüne) verriet dem „Tagesspiegel“ (17. Juni), was sie sich von der __deutschen WM-Mannschaft__ erhofft:

„Wenn Özil das Spiel gut eröffnet, Khedira das entscheidende Tor schießt, Boateng am Ende des Turniers zum besten Spieler gewählt wird und Neuer und Müller im Gegensatz zur CSU zeigen, dass aus Bayern auch was richtig Gutes kommen kann, dann hilft das bestimmt. Und ich wedle frenetisch mit der Regenbogenflagge, versprochen!“